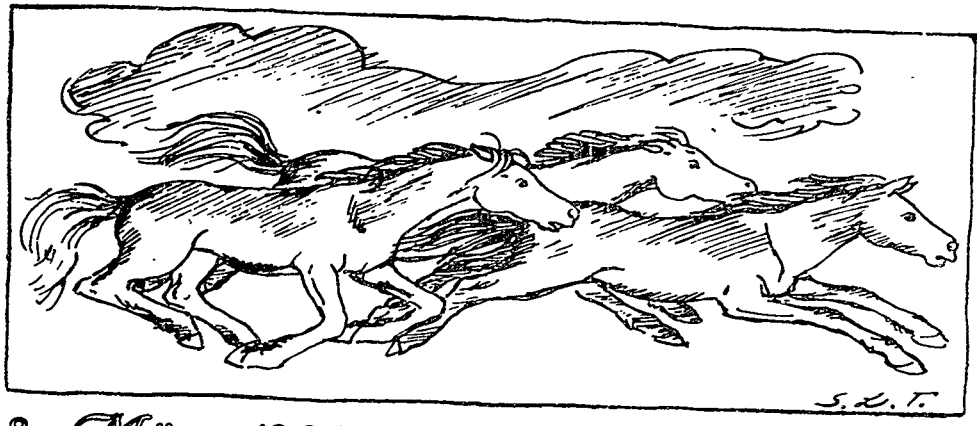

8. März 1926

# PAUL KAMPFFMEYER • ZUM 100. GEBURTSTAG WILHELM LIEBKNECHTS

LIEBKNECHT der Alte wurde am 29. März 1826 in Gießen geboren. 100 Jahre sind nur ein kurzer Atemzug in der Weltgeschichte. Und doch hat diese seit der Geburt Wilhelm Liebknechts ein ganz neues Gesicht erhalten. Der Deutsche Bund, der beschränkte Untertanenverstand, der im Polizeistaat gegängelte Zunftgeselle: sie sind für immer verschwunden. Das Begräbnis des Deutschen Bundes, die Geburt des selbständigen Arbeiters, das Werden der Weltwirtschaft und Weltpolitik hat Liebknecht noch erlebt. Den Sturz der Gottesgnadenmonarchieen, die Vernichtung des Zarismus, den er mit der ganzen Leidenschaft seiner feurigen Seele betrieb, hat er nicht mehr geschaut.

Die junge sozialdemokratische Generation, die erst im 20. Jahrhundert geboren ist, steht in keiner lebendigen Fühlung mehr mit Wilhelm Liebknecht. Seine zahlreichen Schriften sind aus dem Buchhandel verschwunden. Sie waren vielfach das Produkt einer schnell verrauschenden Stunde. Man sieht oft den zur Schnelligkeit mahnenden Setzer hinter dem Broschürenschreiber stehen. Seine größeren Arbeiten selbst setzen sich vielfach aus Zeitungsartikeln, aus Kalenderaufsätzen zusammen. Viele seiner wirksamen Reden sind als Flugschriften erschienen. Aber die Wirksamkeit dieser Reden verliert sich mit dem Verschwinden der politischen Situation, aus der sie herausgeboren wurden. Wir müßten heute vielfach historische Abhandlungen zu diesen Reden schreiben, wenn wir die mächtige agitatorische Kraft, die in ihnen einst arbeitete, dem Leser verständlich machen wollten. Vielleicht gibt man einmal ein Liebknechtbrevier heraus, das nochmals das Feuer seiner oft glänzend stilisierten Gedanken ausstrahlt, ein Feuer, das oft den ganzen Menschen durchwärmt. Der Liebknecht, der uns packte und ergriff, war ganz revolutionärer Ethiker, dieser spräche unserer heutigen Jugend, die sich vielfach von den begrifflichen abstrakten Gedankengängen unserer "materialistischen" Historiker abgewandt hat, sehr zum Herzen. Wilhelm Liebknecht zählt zu meinen wegweisenden Jugendlehrern. Fast noch Knabe, las ich seine Flugschrift Zu Schutz und Trutz mit gleichgesinnten Mitschülern. Wir standen in unseren Jugendjahren ganz unter der zündenden

Gewalt dieser Rede, sie leuchtete uns wie eine Feuersäule voran, als wir zum Sozialismus emporstiegen. Und noch eine oratorische Kundgebung Liebknechts war es, die uns in späteren Jahren immer und immer wieder zu einer fast fanatischen Stellungnahme gegen den Staat und seine Institutionen hinriß, eine wahrhaft verhängnisvolle Kundgebung für viele Genossen: die Rede Über die politische Stellung der Sozialdemokratie, insbesondere mit Bezug auf den Reichstag. Wie Kommandoworte von der Barrikade her drangen die kurzen Sätze dieser Rede auf uns ein: »Die sozialistische Idee kann nicht innerhalb des heutigen Staates verwirklicht werden: Sie muß ihn stürzen, um ins Leben treten zu können. Kein Friede mit dem heutigen Staat! Und weg mit dem Kultus des allgemeinen und direkten Wahlrechts.« In richtiger Vorausahnung ihrer dämonischen Kraft hat August Bebel diese Rede von Anfang an heftig bekämpft, und Liebknecht hat sie später förmlich widerrufen. Aber sie ist heute noch ein sprechender Beweis des gewaltigen Könnens des Agitators, des Propagandisten Liebknecht.

In dem Agitator steckt die geschichtliche Größe Liebknechts. Als Agitator gewann Liebknecht Bebel für seinen revolutionären Radikalismus, als Agitator zog er 1868 den Vereinstag der Deutschen Arbeitervereine in das Heerlager der Internationale hinüber und bahnte damit den Weg zur Gründung der Sozialdemokratie, als Agitator verkündete er in dem Leipziger Hochverratsprozeß 1872 den weitesten Kreisen des deutschen Volkes die frohe Botschaft des Sozialismus, als Agitator, der zerstreute Heerhaufen zu einer einheitlichen Armee zusammenballen will, schlug er alle theoretischen Bedenken Marx' und Engels' gegen die Vereinigung der Lassalleaner mit den Eisenachern in den Wind, als Agitator sprach er in der ausnahmegesetzlichen Zeit aus dem Reichstagsfenster zu den Massen. In diesen Sätzen sind die historischen Großtaten Wilhelm Liebknechts kurz zusammengefaßt. Sie bestehen in dem Hineintragen des Sozialismus in die weitesten Volkskreise und in der dadurch bewirkten Entwickelung der Sozialdemokratie von der Sekte zur Massenpartei. Gerade für diesen Abschnitt ihrer Geschichte bedurfte die Sozialdemokratie eines Agitators von feurigem Temperament, von reicher dichterischer Einbildungs- und Gestaltungskraft, von umfassender allgemeiner Bildung und von einem starken Ethos. Und über alles das gebot im reichsten Maß Wilhelm Liebknecht.

Man kann die Geschichte der deutschen Sozialdemokratie in 2 Perioden teilen: in die propagandistische und die praktisch-politische. Man *kann* sie in diese Abschnitte zerlegen. Aber diese Trennung ist doch äußerlich, gewissermaßen künstlich, dient nur zur Heraushebung der 2 unterschiedlichen Charaktere der sozialistischen Bewegung überhaupt. Die Sozialdemokratie ist in keiner Phase ihres Daseins lebensfremd gewesen und hat sich nie allein in den erdfernen Höhen des reinen Gedankens bewegt. In ihrer grünen Jugend schon tritt sie mit einem sehr realpolitischen Arbeiterschutzgesetz hervor. Die Möglichkeit einer erfolgreichen praktischen Betätigung einer Partei ist nicht zuletzt an die Anzahl ihrer Mitglieder, an den Besitz wirksamer Machtmittel gebunden. Jede Partei hat in ihren Anfängen einen sektenhaften Zug. Da sie wegen ihrer Schwäche noch nicht selbst Gegenwartsleben gestalten kann, verweilt sie mit ihren Gedanken und Strebungen mit Vorliebe in der Zukunft. Sie weiß, daß ihre Stunde erst später schlägt, und sie kündet im voraus das an, was sie einmal schaffen will. Der Gegen-

wartsstaat, in dem sie noch keine Möglichkeit zu schöpferischen Aktionen findet, ist ihr in jeder Weise unsympathisch, und sie stellt das Ideal des Zukunftsstaats auf. Der Liberale der vormärzlichen Zeit den konstitutionellen, der Sozialdemokrat der sechziger Jahre den demokratischen Staat. Die Pflege dieses Ideals wird zu ihrer Hauptaufgabe. Soll es zur Wirklichkeit werden, so muß diese Partei eine große Anhängerschaft um sich scharen. Der Agitator wird in solcher geschichtlichen Lage zum Hauptakteur.

Diese historische Rolle eines großen, die Massen erobernden Propagandisten der sozialistischen Idee hat Wilhelm Liebknecht in der sozialdemokratischen Bewegung Deutschlands gespielt. Er trug das tatenweckende ethische Pathos des Revolutionärs in die sozialdemokratische Bewegung hinein. Wilhelm Liebknecht stammt in gerader Linie von den führenden Geistern unserer großen klassischen Kulturperiode. In jedem Individuum lebt nach Liebknecht der gleichberechtigte Mensch, lebt die Menschenwürde. Liebknechts Schreib- und Sprechweise erinnert mitunter an die dramatische Rhetorik Schillers. In prächtigen Perioden marschieren die Sätze in seinen historischen Darstellungen auf. In Bildern des edelsten Schillerschen Barocks spricht er von den Heldentaten der historischen Personen der französischen Großen Revolution und der Pariser Commune. Er formt die Menschen groß und bedeutend, sowohl nach der guten wie nach der bösen Seite hin, sie sind von ihm nach eigenen Entwürfen geformt, sie sind keine Naturaufnahmen. Der Sinn für realistische Details fehlt ihm. Sein an Schiller gebildeter Schönheitssinn lehnt sich entrüstet gegen die moderne naturalistische Dichtung auf. Wenn Liebknecht einen Gerhart Hauptmann aburteilt, dann hört man Friedrich Schiller gegen Bürger reden. Schiller warf Bürger Plattheit, Gewöhnlichkeit des Ausdrucks vor. Aus der Feder Liebknechts könnte der Satz Schillers geflossen sein: »Eine notwendige Operation des Dichters ist die Idealisierung seines Gegenstandes, ohne welche er aufhört seinen Namen zu verdienen.« Liebknecht muß seine Personen stets ideal umformen. Helden oder Bösewichter. Die Höhen- und Tiefenlinien der von ihm dargestellten Ereignisse streben ins Riesenhafte, Ungeheure. Seine Darstellungen sind oft grandiose Freskomalereien. Hinter allen seinen Schilderungen steht eine sturmbewegte Seele. Wahrhaft zermalmend fällt sein sittliches Urteil auf alle nieder, die das Menschenrecht mißachteten, die die menschliche Persönlichkeit verknechteten. Er betrachtet die Weltbühne als eine moralische Anstalt. Und diese Auffassung strömt aus allen seinen Urteilen. Wie bäumt sich seine sittliche Entrüstung auf, wenn er über Napoléon III oder Bismarck zu Gericht sitzt! Ein ruhiger Spiegel historischer Ereignisse und Personen ist seine Seele nie gewesen. Sonne und Mond malen sich bei ihm immer in wogender See. Indem er historische Personen zeichnet, wird er sofort zu deren begeistertem Lobredner oder entrüstetem Ankläger.

Im schönen Schwung Liebknechtscher Rede erscheint das ferne sozialistische Zukunftsland als ein heiliger Boden, vor dessen Betreten man sich die Schuhe auszieht. Seine ethisch-religiöse Auffassung vom Sozialismus brachte er in der Programmdebatte des sozialdemokratischen Parteitags in Halle /1890/ besonders bildkräftig zum Ausdruck: »Haben wir nicht das, was die Kraft der Religion bildet, den Glauben an die höchsten Ideale? Ist im Sozialismus nicht die höchste Sittlichkeit: Selbstlosigkeit, Aufopferung, Menschenliebe? Wenn wir unter dem Sozialistengesetz freudig das schwerste Opfer gebracht haben, uns die Familie und die Existenz zerstören ließen,

uns auf Jahre trennten von Frau und Kind, bloß um der Sache zu dienen, so war das auch Religion . . . Es war der Glaube an den Sieg des Guten und der Idee: die unerschütterliche Überzeugung, der feste Glaube, daß das Recht siegen und das Unrecht zu Fall kommen muß. Diese Religion ist uns niemals abhanden gekommen.« Der Sozialismus siegt nach Liebknecht, weil er die Verkörperung des höchsten sittlichen Gedankens und Wollens ist.

Nur mit einiger Einschränkung kann Liebknecht seinen Freund Marx als seinen Lehrmeister ansprechen. Liebknecht wurzelt tief im humanistisch-klassischen Zeitalter. Die Marxsche Theorie von der Ausbeutung des Menschen wendet Liebknecht mit fühlbarem Ruck ins Ethische. Der humane Ethiker Liebknecht stellt die Ausbeutung des Menschen nicht als eine bloß wirtschaftliche Tatsache fest, nein, er klagt sie mit heftiger Leidenschaft als einen vernichtenden Schlag gegen das Menschenrecht und die Menschenwürde an. Zu den ersten starken Eindrücken, die Liebknecht von Karl Marx erhält, zählen die temperamentvollen Äußerungen seines Lehrmeisters über das Modell einer elektrischen, einige Eisenbahnwagen ziehenden Maschine: »Jetzt ist das Problem gelöst, die Folgen sind unabsehbar. Der ökonomischen Revolution muß mit Notwendigkeit die politische folgen, denn sie ist nur deren Ausdruck.« So Marx. Unzweifelhaft hat Marx das Auge Liebknechts für die revolutionäre Kraft der Technik geöffnet, denn wiederholt stimmt Liebknecht einen begeisternden Dithyrambus auf die großen, den kulturellen Fortschritt beflügelnden Umwälzungen der Technik an; aber einer "materialistischen Geschichtsauffassung" im Sinn der "Marxisten" am Jahrhundertende, die schließlich die Idee zu einem bloßen Spiegelbild des ökonomischen Seins, der wirtschaftlichen Wirklichkeit werden ließen, huldigte er nicht. Er gestand den Ideen eine Eigenbewegung zu. Daher sein Enthusiasmus für die Aufklärung, für die Verbreitung von Kenntnissen, seine hohe Einschätzung Buckles, der in der Erweiterung des Wissens den Kulturfortschritt sah.

Liebknecht erzählt einmal in seinen Erinnerungen Karl Marx zum Gedächtnis folgende bezeichnende Geschichte: Er habe mit Marx über seine "Mittlertätigkeit" im Londoner Kommunistischen Arbeiterverein gestritten, weil er »zwischen der reinen kommunistischen Lehre und der Praxis, insbesondere zwischen Marx und den Arbeitern gewissermaßen den Mittler zu spielen« versuchte. Er stand also unter der Anklage taktisch und theoretisch verwerfliche Konzessionen den verschiedenen Richtungen im Londoner Arbeiterverein gemacht zu haben. »Marx verbat sich heftig die "Mittlertätigkeit"; wenn er den Arbeitern etwas zu sagen habe, so könne er es selbst sagen.« Marx sah offenbar in dem vom klassischen Idealismus erfüllten Liebknecht nicht den richtigen Dolmetscher seiner Theorieen. Dieser Vorfall ist äußerst charakteristisch für die geistigen Beziehungen zwischen Marx und Liebknecht. Die Vorstellung von dem ethischen Sieg des Sozialismus wurzelt in Liebknecht tiefer als die von dem "naturnotwendigen" ökonomischen Werden dieses Sozialismus. Selbstverständlich sind ihm die historisch-ökonomischen Ideengänge geläufig, aber sie treten doch auffällig in seinem ganzen Denken zurück. Die Tragweite der Marxschen Geschichtsauffassung ist ihm wohl in ihrer revolutionären, den alten Idealismus überwindenden Bedeutung nicht zum Bewußtsein gekommen. Als den revolutionären Geist in der Geschichtsschreibung betrachtet er vor allem Buckle. Er sagt einmal in seiner Rede Zu Schutz und Trutz, daß Marx auf ökono-

mischem Gebiet das sei, was Buckle für die Geschichtsschreibung und Darwin für die Naturwissenschaften gewesen. Man weiß, wie Marx sich gerade dem Naturforscher Darwin geistesverwandt fühlte, weil dieser auf die Bildung der Pflanzen- und Tierorgane als Produktionsmittel für das Leben der Pflanzen und Tiere mit besonderm Nachdruck hingewiesen hatte. Und Marx betrachtete die Bildungsgeschichte der produktiven Organe des Gesellschaftsmenschen, der technischen Werkzeuge, als die Grundlage der gesellschaftlichen Organisation. Die Technik war nach Marx der eigentlich revolutionäre Faktor in der Flora und Fauna und in der historisch-sozialen Welt. Wäre Liebknecht wirklich in der ökonomisch-technischen Auffassungsweise Karl Marx' heimisch gewesen, so hätte er nur Marx als den großen Umgestalter der Geschichtswissenschaft feiern können.

Der Agitator Liebknecht, der grundsätzliche Gegner der ganzen kriegerischen Epoche von 1864 bis 1871, wurde besonders von Buckle angezogen, weil der englische Historiker den militärischen Geist so entschieden brandmarkte. Liebknecht druckt einmal den Satz Buckles gesperrt nach: »Das größte Übel, welches die Menschheit kennt, das, wenn wir die religiöse Verfolgung ausnehmen, das meiste Leiden verursacht hat, ist ohne Zweifel die Sitte des Kriegführens.« Dieser Satz klingt recht wenig historisch-ökonomisch.

Das propagandistische Zeitalter der Sozialdemokratie mußte noch besonders laut reden, da die Sinne der Massen zu stumpf waren, um sofort die Eigenart eines Gegenstandes zu begreifen. Je mehr aber die Dinge in ihrem Wesen erkannt wurden, je weniger brauchten sie durch starke Worte kenntlich gemacht zu werden. Sie sagten nun selbst aus und bedurften nicht erst eines Ausrufers. Der Agitator aber ist ein Ausrufer und Aufrufer. Er muß überall aufrütteln, in der Zeitung, in der Volksversammlung und im Parlament. Den Beruf des Weckers hat Wilhelm Liebknecht vorbildlich erfüllt, er scheuchte die Massen aus dem Schlaf auf und zeigte ihnen den Weg zur Höhe. Und das war eine große moralische Tat. Helle Blitze aber mußten bei der großen Macht der Finsternis in den Massen den Höhenpfad erleuchten, und zu blitzen verstand Wilhelm Liebknecht, selbst, als er schon "der Alte" in der Partei war. Als die Reihen der Sozialdemokratie riesenhaft anschwollen, als diese Partei zu einer politischen Macht wurde, da mußte der Agitator vor dem praktischen Politiker zurücktreten. Das kühle Abwägen der politischen Machtverhältnisse, das war nicht die Sache eines so kühnen Draufgängers wie Liebknecht, der bereits im Kampf um die deutsche Einheit und Freiheit sein Leben mutig aufs Spiel gesetzt, und der sich im Leipziger Hochverratsprozeß selbst als »Soldat der Revolution« bezeichnet hatte. In diesem Prozeß hat er den Inhalt seines Lebens mit den Worten zusammengefaßt: »Ein zwiefaches Ideal hat mir von Jugend an vorgeschwebt: das freie und einige Deutschland und die Emanzipation des arbeitenden Volkes, das heißt die Abschaffung der Klassenherrschaft, was gleichbedeutend ist mit der Befreiung des Menschen. Für dieses Doppelziel habe ich nach besten Kräften gekämpft, und für dieses Doppelziel werde ich kämpfen, solange noch ein Hauch in mir ist. Das will die Pflicht.«

Als das Volk Berlins den toten Liebknecht im August 1900 zu Grabe trug, da dankte es ihm öffentlich, daß er als »Soldat der Revolution« bis zum letzten Atemzug für nationale und soziale Volksbefreiung gestritten hatte.

# LUDWIG QUESSEL · DEUTSCHLAND UND POLEN IM VÖLKERBUND

BWOHL die Fragen, die mit der Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund in Zusammenhang stehen, zunächst auf der Tagesordnung der jetzt beginnenden Sitzungen des Völkerbundsrats noch nicht zu finden sind, besteht doch kein Zweifel, daß gerade sie die Auseinandersetzungen in Genf beherrschen werden. Wer die früheren Erörterungen über den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund noch in Erinnerung hat, weiß, daß zunächst von deutscher Seite die These vertreten wurde, Deutschland könne nur dann in den Völkerbund eintreten, wenn ihm ein ständiger Sitz im Völkerbundsrat eingeräumt werde. Dieser Anspruch Deutschlands schien damals keineswegs bescheiden. Die Völkerbundsakte unterscheidet in Artikel 4, der sich mit der Bildung des Völkerbundsrats beschäftigt, zwischen Mächten, die aus eigenem Recht ständig im Rat des Völkerbunds vertreten sind, und Mächten, die in ihn durch Wahl auf eine nicht fest bestimmte Zeit hineingelangen. Die ersten werden Hauptmächte genannt, während man die letzten, die ihr Vertretensein im Rat der Wahl der Völkerbundsversammlung verdanken, als Wahlmächte bezeichnen könnte. Als Hauptmächte im Sinn des Artikels 4 galten ursprünglich die Vereinigten Staaten, das Britische Reich, Frankreich, Italien und Japan. Da die Vereinigten Staaten wegen ihres Gegensatzes zu Japan keine Bindungen in Sachen der Friedenssicherung eingehen sondern sich freie Hand im Fernen Osten wahren wollten, lehnten sie den Eintritt in den Völkerbund ab, wodurch die Anzahl der im Völkerbundsrat vertretenen Hauptmächte auf 4 reduziert wurde. Bis zur ersten Wahl durch den Bund wurden als quasi gewählte Mitglieder des Völkerbundsrats neben den 4 Hauptmächten (England, Frankreich, Italien und Japan) Belgien, Brasilien, Spanien und Griechenland bestimmt. Dieser Sachverhalt tritt im 1. Absatz des Artikels 4 in folgender Weise in die Erscheinung:

»Der Rat setzt sich zusammen aus Vertretern der alliierten und assoziierten Hauptmächte sowie aus Vertretern von 4 anderen Mitgliedern des Bundes. Diese 4 Mitglieder des Bundes sind von der Versammlung nach deren Ermessen und zu einer von ihr zu bestimmenden Zeit zu wählen. Bis zu der ersten Wahl durch den Bund sind die Vertreter Belgiens, Brasiliens, Spaniens und Griechenlands Mitglieder des Rats.«

Es bleibt zu beachten, daß sowohl die Anzahl der Haupt- als auch die Anzahl der Wahlmächte des Rats in der Völkerbundsakte nicht ein für allemal festgelegt ist. Der 2. Absatz des Artikels 4 läßt ebenso eine Vermehrung der Haupt- wie der Wahlmächte zu:

»Mit Zustimmung der Mehrheit der Versammlung kann der Rat Mitglieder des Bundes bezeichnen, denen eine dauernde Vertretung im Rat zukommt; mit gleicher Zustimmung kann der Rat die Anzahl der Mitglieder des Bundes erhöhen, die von der Versammlung zur Vertretung im Rat zu wählen sind.«

Aus alledem geht hervor, daß Mächte, denen eine dauernde Vertretung im Rat zugebilligt wird, zu dem Rang von Hauptmächten erhoben werden; ihnen stehen die Wahlmächte gegenüber, deren Mandat durch eine vom Plenum des Völkerbunds vollzogene Neuwahl jederzeit hinfällig gemacht werden kann, da jede Wahlmacht immer nur bis zur nächsten Wahl, deren Zeitpunkt offengelassen ist, als gewählt gilt. Der Anspruch Deutschlands im Rat ständig vertreten zu sein ging also dahin, ebenso wie die 4 Siegermächte England, Frankreich, Italien und Japan, als eine Hauptmacht der Welt an-

erkannt zu werden, was für die Zeit, in der er erstmals gestellt wurde, eine bemerkenswerte Forderung war. Daß ihr entsprochen wurde, verdankt Deutschland der konsequenten Friedenspolitik der französischen Demokratie, die sich die als Zankapfel gedachte britische Parole "Deutschland tritt nur als Hauptmacht in den Völkerbund ein" zu eigen machte. Mit der Anerkennung Deutschlands als Hauptmacht durch Frankreich war ein von angelsächsischer Seite geknüpftes Netz zerrissen, die englische Absicht durch ein blindlings britischen Parolen folgendes Deutschland ein Element der Verwirrung und Zersetzung im Sinn der Balance of power-Politik in den Völkerbund hineinzutragen vereitelt worden.

Selbstverständlich war, daß das England sehr unliebsame Zugeständnis der französischen Demokratie: die deutsche Republik als Hauptmacht anzuerkennen, nicht so gemeint sein konnte, daß in Zukunft keine andere Macht mehr zum Rang einer Hauptmacht erhoben werden dürfe. Die Verfassung des Völkerbunds kennt keinen starren Beharrungszustand. Ihre Autoren wußten, daß die Staatensysteme der Alten wie der Neuen Welt keine festen Kristalle sondern umwandlungsfähige und in ständiger Wandlung begriffene Organismen sind. Der Gedanke die Anzahl der Haupt- und Wahlmächte des Rates festzulegen und damit den wachsenden Körper des Völkerbunds in einen engen Panzer hineinzupressen lag ihnen durchaus fern. Der Rat kann mit Zustimmung der Mehrheit der Versammlung, so sagt der Artikel 4 der Völkerbundsakte, die »Mitglieder des Bundes bezeichnen, denen eine dauernde Vertretung im Rat zukommt«, und er kann »die Anzahl der Mitglieder des Bundes erhöhen, die von der Versammlung zur Vertretung im Rat zu wählen sind«. Nach keiner Seite hin also ein starres System sondern Beweglichkeit. Die Erweiterung der Anzahl der Haupt- und Wahlmächte des Rats ist ausdrücklich als Prinzip anerkannt. Das Grundgesetz des Völkerbunds, die Beweglichkeit bei der Zusammensetzung des Rats, anzutasten lag Frankreich bei der Anerkennung Deutschlands als Hauptmacht selbstverständlich völlig fern. Die Entwickelung im Völkerbund in den Jahren 1919 bis 1925 hatte übrigens auch gezeigt, wie unmöglich ein starres System für den Völkerbund ist. Zunächst waren die Vereinigten Staaten dem Völkerbund nicht beigetreten, um den Angelsachsen alle Möglichkeiten für kriegerische Handlungen in den Randländern des Stillen Ozeans offenzuhalten; dadurch erfuhr die Anzahl der Hauptmächte eine für viele unerwartete Verminderung. Aber auch bei den Wahlmächten zeigten sich starke Veränderungen. An die Stelle Griechenlands, das sich als Degen Englands gebrauchen ließ und damit sein freies Selbstbestimmungsrecht preisgab, trat Uruguay, und die Anzahl der Wahlmächte, das heißt der nichtständigen Mitglieder des Rats, wurde auf 6 erhöht, um der Tschechoslowakei und Schweden den Eintritt in den Rat zu gestatten.

Schon lange vor dem Zeitpunkt, da die französische Demokratie die deutsche Republik als Hauptmacht anzuerkennen sich bereit erklärt hatte, hatte Frankreich sich Polen gegenüber verpflichtet. Man kann annehmen, daß diese Verpflichtungen dahin gingen Polen als Hauptmacht, zum mindesten aber als Wahlmacht, in den Völkerbundsrat eintreten zu lassen. Durch das französische Zugeständnis an Deutschland konnten die älteren Verpflichtungen Frankreichs gegenüber Polen natürlich nicht aufgehoben werden. Andrerseits lag es auch im Interesse der von der französischen Demokratie verfolgten Friedenspolitik Polen und Deutschland als Gleichberechtigte im Rat

möglichst schnell einander näherzubringen, um einen Ausgleich in der Frage des polnischen Korridors, dieser aus angelsächsischer Zwietrachtstiftung getroffenen unmöglichen Regelung des freien Zutritts Polens zum Meer, anzubahnen. Man weiß, daß französische Politiker in Warschau eine Lösung des Korridorproblems und der ostoberschlesischen Frage in dem Sinn angeregt haben: aus dem ganzen ehemals preußischen Gebiet einen besondern Landesteil zu bilden, der mit Deutschland eine Zoll- und Verkehrsunion bilden könne. Diese Gedanken, die einer aufrichtigen Friedensgesinnung entsprangen, sind in Polen nicht ohne Eindruck geblieben. Wie sehr sie das außenpolitische Denken in Warschau beeinflussen, dafür legt folgende Ausführung des Berliner Lokalanzeigers vom 16. Februar 1926 Zeugnis ab:

»Polen steht heute, genau so wie Frankreich, vor der Frage politische Ansprüche aufzugeben, um die wirtschaftliche und finanzielle Existenz der Staaten zu retten. Aus der Erkenntnis dieser Zwangslage sucht Polen schon jetzt das ganze unhaltbare Problem seiner Westgrenze dadurch in einen neuen Zusammenhang zu stellen, daß es neuerdings den Gedanken eines Pufferstaates von Danzig bis Oberschlesien verkündet, der mit Deutschland in Zollunion treten könnte. Dieser Gedanke klingt an sich vielleicht gar nicht so übel, unter gewissen Voraussetzungen wäre er möglicherweise für Deutschland annehmbar, da er gegenüber der Unmöglichkeit des jetzigen Zustandes zweifellos das kleinere Übel darstellt.«

Dem Angelsachsentum schiene eine solche Lösung der östlichen Fragen, die ganz und gar in der Linie des Vereinigten europäischen Kontinents liegt, und die selbst von deutschen Nationalisten gegenüber dem bestehenden Zustand als »das kleinere Übel« angesehen werden kann, unerträglich. Die deutsche Ostgrenze ist gegenwärtig der stärkste Posten der britischen Balance of power-Doktrin. Träte hier ein Ausgleich zwischen Deutschland und Polen ein, so fiele es selbst britischer Staatskunst sehr schwer die Entzweiung der Völker Europas länger aufrechtzuerhalten. Selbst das Sprengpulver der deutschen Minoritäten könnte dann leicht naß werden und nicht mehr zünden. Daher die angelsächsische Parole für Berlin: Polen darf nie und nimmer zum Völkerbundsrat zugelassen werden.

Es scheint, daß viele deutsche Politiker das Spiel, das England mit Deutschland treibt, nicht erkennen können, obwohl es diesmal von ganz ungewöhnlicher Plumpheit ist. Man bemerkt in Deutschland vielfach nicht, daß es gerade diejenigen Organe in England sind, die bisher Locarno bitter befehdeten, die sich jetzt zu Sachwaltern Deutschlands gegen Polen aufwerfen. Das offizielle England ist natürlich viel zu klug sich die Hetze des prodeutsch schreibenden Teils der englischen Presse zu eigen zu machen. Aber der deutsche Außenminister hat, durch die britische Oppositionspresse ermutigt, die deutschen Gesandten in Paris, London, Brüssel, Rom und Tokio sogleich beauftragt darzulegen, daß die Aufnahme Polens in den Rat den deutschen Interessen widerspreche. Die Antwort, die er vom Quai d'Orsay erhielt, war durchaus eindeutig. Am 17. Februar schrieb der Temps:

»Die Agitation, die Berlin bei dieser Gelegenheit erzeugen wollte, selbst auf die Gefahr hin eine Krise innerhalb der Gesellschaft der Nationen zu provozieren, ist absolut erkünstelt, aber die Deutschen fühlen sich ermutigt in ihrem Widerstand durch die Sprache, die gewisse englische Zeitungen führen . . . Man wird sich jedoch nicht einschüchtern lassen durch die kaum noch verhüllte Drohung, daß, wenn man daran denke die Anzahl der ständigen Sitze im Rat zu vermehren, die Reichsregierung auf die Demarche zurückkommen könnte, die sie in Genf gemacht hat: den Aufschub der auf den 8. März festgesetzten Versammlung zu fordern oder selbst in aller Form auf ihr Eintrittsgesuch zu verzichten, was zur Folge haben müßte, daß die Locarnoverträge nicht in Kraft treten. Deutschland hätte bei einer solchen Haltung mehr zu verlieren als zu gewinnen. Aber einige Organe der englischen

Opposition nehmen sie zum Vorwand, um ein sogenanntes Komplott der französischen Politik gegen die Locarnoverträge zu denunzieren. Gestern verdächtigten sie Frankreich und seine Alliierten, die einer Erweiterung des Rats günstig gestimmt sind, im Schoß des Rats einen lateinisch-slawischen Block bilden zu wollen, um den britischen Einfluß zu bekämpfen; heute verdächtigt man Frankreich das Inkrafttreten der Locarnoverträge verhindern zu wollen, indem man Deutschland nötigt sein Eintrittsgesuch zurückzunehmen ... Man glaubt zu träumen, wenn man diese kühnen Behauptungen gerade in der britischen Oppositionspresse liest, die nicht aufgehört hat Chamberlains und Briands Aktion zugunsten Locarnos zu bekämpfen.« Noch schärfer war die Sprache des Quai d'Orsay 2 Tage später, als die Vorstellungen des deutschen Botschafters bekannt geworden waren:

»Durch die Sondierungen, die die deutsche Regierung gleichzeitig in London, Brüssel und Rom vorgenommen hat, wird sie sich darüber klar geworden sein, daß es der perfiden Kampagne der Presse jenseits des Rheins, unterstützt durch einen Teil der englischen Presse, nicht gelungen ist unter den Regierungen der alliierten Länder das Mißverstehen zu erzeugen, das die Diplomatie der Wilhelmstraße sich zur Ausbeute reservierte zum Nutzen der besondern Politik des Reichs ... Warum will Deutschland Polen vom Rat des Völkerbunds fernhalten? Man weiß genau, daß diejenigen, die, um das Spiel Berlins zu spielen, im allgemeinen die Vermehrung der ständigen Ratssitze bekämpfen, dabei Polen im Auge haben. Handelte es sich nur um Spanien oder Brasilien, stände man nicht einer solchen Entfesselung der Leidenschaften gegenüber ... Zwischen Berlin und Warschau werden sich demnächst die delikatesten Fragen von europäischer Bedeutung erheben ... Dieser Grund allein genügt, um die Gegenwart Polens im Völkerbundsrat notwendig zu machen, nicht um ein Gegengewicht zum deutschen Einfluß zu bilden, und noch weniger, um die eine Gruppe der Mächte gegen die andere zu verstärken ⟨übrigens ein Argument der Polemik, das von einer miserablen Konzeption der Politik, die in Genf getrieben werden soll, zeugt⟩, sondern um die gerechte Vertretung aller in Frage kommenden großen Interessen zu sichern und um jede friedliche Regelung auf der Basis und im Rahmen des Versailler Vertrags zu erleichtern. Durch den ständigen Kontakt in der Atmosphäre des Vertrauens im Rat können unter den gegebenen Bedingungen die beteiligten Mächte am sichersten versöhnt werden.«

Daß es friedliche Mittel gibt die unerträglichen Zustände im Osten so abzuändern, daß Deutschland und Polen einander nähergebracht werden, kann angesichts des oben skizzierten Gedankens nicht mehr geleugnet werden. Englischen Politikern mag der Gedanke, daß im Völkerbundsrat eine deutsch-polnische Aussöhnung zustandekommt, unsympathisch sein. Daß aber auch Deutsche das Heil Deutschlands in der Verwirklichung der englischen Absicht erblicken können: unter keinen Umständen eine dauerhafte Befriedung des Kontinents zuzulassen, ist kaum zu begreifen.

Soll Deutschland in den Völkerbund nur eintreten, um sich dort als Werkzeug Englands zu betätigen, so werden die Locarnoverträge für die Friedenssicherung Europas von keiner großen Bedeutung sein. Da das neue Europa systematische Friedensstörung nach angelsächsischen Parolen nicht ohne Abwehr hinnehmen kann, wird das Ende vom Lied sein, daß sich von neuem ein eiserner Ring um Deutschland legt. Diejenigen aber, die in bestem Sinn patriotisch zu handeln vermeinen, wenn sie sich der britischen Führung anvertrauen, werden immer wieder die bittere Erfahrung Griechenlands im Kampf gegen die Türkei und Deutschlands im Ruhrkrieg machen müssen: daß der britische Führer den Geführten mitleidslos im Stich läßt, wenn die Stunde der Not anbricht. Die Haltung Austen Chamberlains zu der Frage der Zulassung Polens zum Rat ist ein neues Beispiel für die alte englische Taktik der Balance of power-Politik. Nachdem die englische Oppositionspresse durch zahllose entrüstete Leitartikel Deutschland angeregt hatte durch die deutschen Gesandten bei allen Haupt- und Wahlmächten des Rats feierlich Verwahrung dagegen einzulegen, daß eine weitere Macht als stän-

diges Ratsmitglied zugelassen werde, erscheint gerade in dem Moment, in dem es für die deutsche Diplomatie kein Zurück mehr gab, Austen Chamberlain auf der Bildfläche, um in einer Rede zu beweisen, daß die ganze Aktion Deutschlands gegen eine Erweiterung des Rats ein für den Frieden Europas gefährlicher Unsinn sei. Der britische Außenminister legte dar, daß nach Deutschlands Eintritt in den Rat dieser im ganzen 5 ständige und 6 gewählte Mitglieder umfassen werde. Nun könne aber gerade auf der Grundlage der Locarnoverträge leicht der Fall eintreten, daß von diesen 11 Mitgliedern des Rats 6 ausscheiden müßten, weil sie in einer Streitsache, die der Rat zu schlichten habe, Partei seien. Unter diesen Umständen würde ein Schiedsspruch zustande kommen, dem jede Autorität fehlen müßte, weil hinter ihm nur eine Minderheit der Mächte stehen würde. Austen Chamberlain bereitete aber auch demjenigen Teil der deutschen Presse eine grausame Enttäuschung, der den Behauptungen der quasi prodeutschen Presse in England Glauben geschenkt hatte. Diese verbreitete die Behauptungen, daß Frankreich in einem Deutschland feindlichen Geist allein die Kandidatur Polens für einen ständigen Ratssitz vertrete, und daß in Locarno Deutschland Zusicherungen gegeben seien, daß die Ratssitze über 11 hinaus nicht vermehrt werden würden. Von beiden Behauptungen rückte Austen Chamberlain energisch ab. Der Quai d'Orsay faßte die Ausführungen des britischen Außenministers in Birmingham gegen die Aktion des deutschen Außenministers im Temps vom 26. Februar 1926 wie folgt zusammen:

»Der Leiter des Foreign Office hat klar dementiert, daß irgendwelche Verpflichtungen gegenüber Deutschland nur ihm einen ständigen Ratssitz zu gewähren eingegangen worden wären; er hat bestätigt, daß schon seit langem die Frage der Umbildung (réorganisation) des Rats von Genf in Aussicht genommen war, und, ohne sich über die Grundlagen des Problems auszusprechen, da das britische Kabinett zu ihm noch nicht Stellung genommen habe, brachte er für die Erweiterung des Rats ein mächtiges Argument bei, basiert auf der Notwendigkeit dem Völkerbund die unerläßliche moralische Autorität dafür zu sichern, daß seine Interventionen zugunsten der Erhaltung des Friedens auch tatsächlich wirksam seien.«

Die Dinge liegen also nach Austen Chamberlain so, daß, gleichgültig ob Deutschland in den Völkerbund eintritt oder nicht, die Frage der Vermehrung der Ratssitze nicht mehr zu umgehen sei, wenn man die im Organismus von Genf wirksame Friedenssicherung am Leben erhalten wolle.

Das englandgläubige Deutschland hat durch Austen Chamberlains Rede wieder einmal erlebt, wie England Werkzeuge fallen läßt, wenn sie im britischen Interesse verbraucht worden sind. Dieses Vorspiel zum Eintritt Deutschlands in den Völkerbund könnte für das deutsche Volk eine gute Lehre in dem Sinn abgeben sich endlich von der angelsächsischen Bevormundung frei zu machen. Im Grunde liegt hierin das ganze kontinentaleuropäische Problem verborgen. Solange Deutschland Parolen folgt, die von der Balance of power-Doktrin inspiriert sind, gibt es keinen wirklichen Frieden, keinen politischen Aufstieg in Europa. Soll in der Tat das wahr werden, was die volksparteiliche Provinzpresse verkündet hat, daß nämlich Deutschland im Völkerbund an der Bildung eines angelsächsisch-germanischen Blocks mitwirken wolle, so sind die Locarnoverträge nicht das Papier wert, auf dem sie geschrieben worden sind. Es ist notwendig diese Gefahr zu erkennen, um alle, die Deutschland lieben und in der Sicherung des europäischen Friedens die große Aufgabe der Gegenwart sehen, zu gemeinsamer Abwehr zusammenzuschließen.

# RICHARD KLEINEIBST · RÜCKWIRKUNGEN

DIE Bestimmungen dieses Vertrags lassen die Rechte und Pflichten unberührt, die sich für die Hohen Vertragschließenden aus Teilen aus dem Vertrag von Versailles sowie aus den ergänzenden Vereinbarungen, einschließlich der in London am 30. August 1924 unterzeichneten, ergeben.« So lautet in deutscher Übersetzung der Artikel 6 der Anlage A des Locarnovertrags. Unklarheit über den Sinn dieser Worte kann nicht bestehen. Der Wortlaut ist nach langen Beratungen stipuliert; Überraschungsmanöver, Erpressung oder ein ähnliches Argument können gegen die klare Verpflichtung jedes Unterzeichners nicht ins Feld geführt werden. Jeder Versuch sich den Konsequenzen zu entziehen, etwas davon abzuhandeln oder hineinzuinterpretieren muß das ganze Vertragswerk, das in letztem Sinn auf Treu und Glauben gegründet ist, erschüttern und damit alle Zukunftsmöglichkeiten, die es nach sich ziehen soll, verschütten. An die Gewissenhaftigkeit der Politiker werden unbedingte Anforderungen gestellt; ihre Verantwortung ist groß, und Unkenntnis als mildernder Umstand nicht zugelassen. Verhandlung, Vertrag, Verständigung sind die dem Deutschen Reich einzig offenen Wege in die Zukunft.

Mit solcher Gesinnung ist freilich die so oft vorgebrachte Entschuldigung schwer vereinbar ‹die im Ausland gebührend vermerkt wurde›, daß der Vertrag nur als ein faute de mieux zu betrachten sei, und das mieux war deutlich als die Auseinandersetzung durch Gewalt gekennzeichnet. Ebenso schlimm ist die Betonung, daß Deutschland ein furchtbares Opfer bringe, das gebührend honoriert werden müsse: eine Bettlergeste, die weder vertrauenerweckend noch besonders würdig ist. Noch gefährlicher ein drittes: der Versuch einer Ableugnung, daß durch die Annahme des Vertrags von Locarno der Verzicht Deutschlands auf Elsaß-Lothringen ausgesprochen sei, die an Winkeladvokatenkniffe gemahnende Auslegung, daß im Westen ein Verzicht nur auf kriegerische Handlung akzeptiert wurde. Das alte Streitobjekt, das das Zusammenleben der Völker so sehr vergiftet hatte und nun endlich begraben schien, erlebte dadurch fröhliche Urständ. All das gibt jedem Zweifel an dem ehrlichen Willen der deutschen Politik Raum, läßt ihr Handeln selbst dann noch bedenklich erscheinen, wenn man die Motive versteht und sie fühlend entschuldigt. Es muß daran erinnert werden, daß den Deutschnationalen, wie hier nachgewiesen werden konnte, der Vertrag oder die Verträge von Locarno wirklich nicht paßten: und zwar aus außenpolitischen Gründen, nicht etwa, wie ihre Gegner sich einbildeten oder glauben machen wollten, aus bloßer innenpolitischer Demagogie.[1] Ihre Annahme durch den Reichstag konnten sie nicht verhindern, das Werk zu Fall zu bringen haben sie deshalb nicht aufgegeben. Und dabei haben sie nicht unbeträchtliche Erfolge erzielt. An einem Beispiel sei es nachgewiesen.

»Mit den Rückwirkungen und Ergänzungen [des Locarneser Vertragswerks], die angestrebt werden, steht und fällt alles«, schrieb die Kreuzzeitung am 29. Oktober 1925. Hier ist der Ausgangspunkt der Strategie. Die »Rückwirkungen« als das Kernstück des Westpakts auszugeben, aus dem gentlemen agreement ein Recht zu stipulieren, bestimmte gesetzmäßige Forderungen daraus herzuleiten, die, wie man genau weiß, in *dieser* Form nicht erfüllt werden, und

1) Siehe *Kleineibst* Englische und deutschnationale Politik, in den Sozialistischen Monatsheften 1925 Seite 687 und folgende.

dann das völlige Versagen des Pakts auszuschreien: das ist die Taktik. So forderte Graf Westarp bei der Locarnodebatte »rechtlich bindende Abmachungen über frühere Räumungstermine« als Voraussetzung der Annahme:

»Bei dem Fehlen ausreichender Rückwirkungen sollte auch für diejenigen, die nach der Konferenz von Locarno ihre letzte Entscheidung nur noch von den Rückwirkungen abhängig gemacht hatten . . ., die Unannehmbarkeit klar zutage liegen.«

Die Absicht war leicht zu durchschauen und leicht zu durchkreuzen. Am 2. November warnte in sehr ernsten Worten der Temps vor dem, was er als ein »chantage en règle« der Deutschnationalen nannte. Er setzte dabei klar auseinander, was an Verpflichtungen von beiden Seiten übernommen worden war, und ließ keinen Zweifel darüber, daß eine Unterstützung der deutschnationalen Rückwirkungsforderungen zu den schwersten Enttäuschungen führen müsse. Wahrhaftig, man hatte den Temps nicht nötig, um das zu begreifen, und es wäre gewiß angenehmer sich auf ein führendes deutsches Blatt oder einen führenden deutschen Politiker berufen zu können. Doch die deutschen Politiker der Mitte und der Linken ließen sich ihre Taktik in dieser Frage von der Rechten vorschreiben. Man überbot sich, bevor der Vertrag noch ratifiziert war, in Forderungen, machte die Rückwirkungen zum Ausgangspunkt aller deutschen Außenpolitik und brachte sich selbst damit in zweifelhaftes Licht.

»Als eine notwendige Auswirkung der Verträge von Locarno erachten wir vielmehr die Befreiung der 2. und 3. Zone . . . Wir sind eins mit dem Herrn Reichskanzler in der Überzeugung, daß es mit dem Geist eines Friedensvertrags wie des von Locarno nicht vereinbar ist ein an diesem Friedensvertrage beteiligtes Land fürder mit fremden Truppen besetzt zu halten. Auch läßt sich mit Sicherheitspakt und der Regelung der Reparationen die Hinausschiebung der Abstimmung an der Saar bis zum Jahre 1935 nicht vereinbaren. Die Fraktion des Zentrums sieht daher in voller Übereinstimmung mit ihren Wählern in den rheinischen Landen in den bisher gewährten Erleichterungen keinen Anlaß zu freudiger Genugtuung. Denn sie bleiben beträchtlich hinter dem zurück, was nach den Verhandlungen von Locarno und nach den Erklärungen der Außenminister Frankreichs und Englands an selbstverständlichen Auswirkungen erwartet werden dürfte.«

Begleitet waren diese Ausführungen des Abgeordneten Fehrenbach von lebhaften Beifalls- und Zustimmungsbezeugungen aus der Mitte und der Linken des Hauses. Die Deutschnationalen haben aber noch mehr der Eideshelfer unter den Locarnofreunden. Der Abgeordnete Scholz von der Deutschen Volkspartei sagte in der selben Reichstagssitzung:

»Wir dürfen die bestimmte Erwartung aussprechen, daß, abgesehen von der Räumung der 1. Zone, die erfolgt und erledigt sein muß, ehe wir in den Völkerbund eintreten, auch eine wesentliche Abkürzung der Besatzungsfristen für die 2. und 3. Zone eintritt. Gerade hier können unsere Vertragspartner in erster Linie zeigen, wie sich der Geist von Locarno praktisch auswirkt.«

Der Führer der Demokraten, Koch, schlägt in die gleiche Kerbe. Es ist ja ein altes Lied, daß die Parteien der Linken, aus Angst vor einer Landesverratsbeschuldigung, bei jeder Handlung im Sinn der Völkerversöhnung ein schlechtes Gewissen haben und nach Entschuldigungen suchen. In dem Streben ihre nationale Zuverlässigkeit zu beweisen übernehmen sie sich nur allzu leicht und transponieren die nationalistischen Arien um einen Ton höher. Also der Abgeordnete Koch:

»Was an dem Vertrage nicht genügt, ist in erster Linie das, was er an Rückwirkungen enthält [davon enthält er bekanntlich gar nichts] . . . Wenn an Rückwirkungen uns zuteil geworden ist, was der Vertrag enthält [!], kann das noch nicht genügen. Es kommt darauf an, daß im Zusammenwirken der Nationen die Aufhebung der Besatzung im gesamten Rheinland so bald wie möglich durchgesetzt wird. Es kommt darauf an, daß die Abstimmung über das Saargebiet früher gelegt wird.«

Hat wenigstens die Sozialdemokratische Partei durch ihre Vertreter das verschobene Problem wieder zurechtgerückt und die Bedeutung der Locarneser Verträge von falschen Interpretationen gereinigt, hat sie auf die Verpflichtungen Deutschlands dem "Locarnogeist" gegenüber gebührend hingewiesen? Sie hat es leider nicht. Wohl machte ihr Sprecher Landsberg einen Anlauf in dieser Richtung bei der Polemik gegen die Deutschnationalen; doch auch er rief den »Staatsmännern der Entente« zu, daß die Vertragsunterzeichnung die Freimachung der Rheinlande zur Folge haben müsse. Und in viel kräftigerer Tonart wandelte dann der Abgeordnete Breitscheid dieses Thema ab: »Endlich: Auch was die Rückwirkungen angeht, sind wir weit davon entfernt zufrieden zu sein mit dem, was bis heute erreicht worden ist, sind wir weit davon entfernt uns daran genügen zu lassen, was an Verbesserungen in dem Regime am Rhein unmittelbar nach Locarno erzielt worden ist. Wir werden in dieser Beziehung nicht aufhören immer wieder unsere Stimme zu erheben und immer wieder geltend zu machen, daß, wenn die Locarnoverträge überhaupt einen Sinn haben, nach ihrer Unterzeichnung und nach ihrem Inkrafttreten außerordentlich viel mehr auf diesem Gebiet getan werden muß . . . Wir unsererseits werden nicht aufhören zu erklären, daß, nachdem durch diese Verträge jetzt die Sicherheit Frankreichs garantiert ist, es auf die Dauer unmöglich sein wird überhaupt einen Teil deutschen Gebiets militärisch besetzt zu halten. Es ist für uns eine ganz naturnotwendige Konsequenz aus diesen Abmachungen, daß das ganze deutsche Gebiet restlos von fremden Truppen befreit werden muß.«
So dieser sozialdemokratische Redner, der leider mehr die "Naturnotwendigkeiten" als die Vertragsnotwendigkeiten, die wesentlich klarer und beweisbarer sind, in Anspruch genommen hat.

Also beherrschten die Deutschnationalen in der Locarnodebatte restlos das Feld. Restlos? Doch nicht ganz. Ein Redner ist ihnen entgegengetreten. Und das war — der Reichskanzler Luther. Er hatte in Locarno mitparaphiert und das Ne varietur unterzeichnet. Und er hielt sich an die Bedingungen des Vertragswerks und verschmähte Auslegungskünste. Er sagte:
»In der Darstellung will ich mit denjenigen Fragen beginnen, die dem deutschen Volk in seiner Gesamtheit am deutlichsten vor Augen stehen: das sind die Rückwirkungen, zumal in ihrer Bedeutung für die rheinische Bevölkerung. Die Rückwirkungen stellen im Verhältnis zum Vertragswerk selbst in keiner Weise Gegenleistungen oder gar ein Handelsgeschäft dar . . . Vielmehr kann die Entscheidung über das Vertragswerk von Locarno nur aus ihm selbst, nur aus der Bewertung seiner allgemeinen politischen Bedeutung erfolgen. Der Sinn dieses Vertragswerks kann kein anderer sein als der: neue und bessere Grundlagen für die friedliche Weiterentwickelung aller Länder Europas zu schaffen.«
Und wenn dann, nach diesem unzweideutigen Bekenntnis, der Reichskanzler der Rückwirkungsstimmung so weit Rechnung trug, daß er in einer Paraphrase von dem dringenden Verlangen sprach »alsbald eine Wirklichkeit von Rückwirkungen zu erleben«, so drang der eigentliche Tenor seiner Darlegung doch in den Schlußsätzen zu diesem Kapitel wieder durch:
»Nie aber ist der Rückwirkungsgedanke so verstanden worden, als sollte oder könnte das ganze Maß der Rückwirkungen sofort in Erscheinung treten. Vielmehr muß dieser Gedanke weitergetragen werden durch seine innere Logik. Locarno ist eben, wie der britische Außenminister wiederholt ausgesprochen hat, und wie auch wir nicht oft genug wiederholen können, kein Ende sondern ein Anfang.«
Die Worte dieses wohl berufensten Interpreten des Locarnowerks sind gehört worden. Im Ausland. Und sie, wie auch die wichtigsten Teile seiner Essener Rede, haben Anerkennung gefunden, wurden als Bekundung des Willens zur aufrichtigen Durchführung der übernommenen Verpflichtungen verstanden, hätten eine sehr bedeutungsvolle Rückwirkung, nämlich die, daß das Mißtrauen in die Ehrlichkeit der deutschen Absichten gemildert wurde.

Im Inland, im Reichstag, verhallte die Rede Luthers; man sang mit mehr oder weniger Treffsicherheit von dem Blatt, auf das Graf Westarp den Generalbaß notiert hatte. Darf man sich wundern, wenn der Temps, der sich bemühte den Reden des Reichskanzlers Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, herbe Kritik an den Reden der Führer auf der Linken und der Mitte übte und feststellte, daß ihre Argumente den Glauben hervorrufen mußten, »daß sie hauptsächlich präokkupiert waren Entschuldigungen für die Billigung einer Politik zu suchen, die, wenn auch den augenblicklichen Interessen Deutschlands entsprechend, doch keineswegs seinen Gefühlen entspricht«? Wenn die Interpretationen den Zweck haben sollten die Enttäuschung in Deutschland bei Nichträumung der 2. und 3. Rheinzone als so gewaltig hinzustellen, »daß in der deutschen Meinung noch ein Umschwung eintreten könne, so wäre das eine Schacherei, die tatsächlich eine unzulässige Erpressung (chantage inadmissible) darstellte«. Man darf sich um so weniger über die Warnungssignale von dieser Stelle wundern, wenn man sieht, daß die Gefahr einer "Politik der unaufrichtigen Verständigung" auch in Deutschland erkannt wird.

»Wenn das deutsche Volk Verständigungspolitik treiben will ⟨und die Mittel zu einer andern Politik stehen ihm gar nicht zur Verfügung⟩, so muß es sie aufrichtig betreiben. Das Mißtrauen der Welt ist noch nicht völlig ausgestorben. Ist es wirklich nötig es von neuem zu schüren?«

So schrieb Moritz Julius Bonn am 26. November im Berliner Tageblatt, nachdem er vorher sehr klar gesagt hatte:

»Da der Rhein nicht gutwillig geräumt werden wird, solange die westlichen Nachbarn die Gefahr einer Gewaltpolitik beargwöhnen, so hat man nur die Wahl zwischen einer rein theoretischen Gewaltpolitik mit dauernder Besetzung des Rheinlandes oder Verzicht auf die leere Gewaltpolitik und Teilnahme an der internationalen Verständigung.«

Der Professor Bonn desavouiert seinen Parteivorsitzenden. Er macht sich schier als "Französling" verdächtig.

Jedoch, Erkenntnis ohne Umsetzung in die Praxis mag für das Studierzimmer genügen, nicht für die politische Aktion. Daß der Weg zur Befreiung der Rheinlande von alliierten Truppen, die gewiß die Freunde einer europäischen Politik, einer deutsch-französischen Einigung von Herzen wünschen, nur über eine aufrichtige Verständigungspolitik führt, das ist auch die These des Temps. Wenn Frankreich immer wieder zuerst die strikte Anerkennung der Abmachungen und effektive Beweise einer Gesinnungsänderung jenseits des Rheins verlangt, so nicht um die Verständigung zu sabotieren, sondern um die notwendige Basis dafür in Frankreich zu schaffen. Seine Voraussetzung ist freilich eine »absolut loyale und sichere Mitarbeit Deutschlands auf wirtschaftlichem wie politischem Gebiet«. Und der Wink wird noch deutlicher, wenn der Temps am Tag der Unterzeichnung, am 1. Dezember, ausführt, daß Deutschland in puncto Konzessionen »sich zuerst nach Paris hin wenden« müsse, daß die Okkupationsfragen, »soweit sie den Stipulationen des Versailler Vertrags zuwiderlaufen, nicht ohne die volle Zustimmung Frankreichs geregelt werden können«; und zwar, »indem Deutschland die neuen Sicherheitsgarantieen und Ergänzungen ökonomischer Natur genau präzisiert, die es eventuell geneigt wäre als Gegenleistung für Konzessionen, die man ihm bewilligen würde, in Vorschlag zu bringen«. Viel deutlicher kann man den Wunsch und Willen zu einer europäischen Politik, zu einer deutsch-französischen weitgehenden Zusammenarbeit ⟨die deren Voraus-

setzung ist) nicht machen. Noch deutlicher kann man auch die Warnung vor einer Politik englischen Gepräges nicht ausdrücken, nicht klarer aussprechen, daß sie zum Scheitern verurteilt und für Deutschland und für die gewünschte Befreiung der Rheinlande höchst unvorteilhaft ist. Hier ist zur Not noch die diplomatische Vorsicht gewahrt.

Soll das verlorene Liebesmüh sein? Einstweilen hängt die deutsche Presse, die deutsche Volksvertretung in der Hauptsache an der deutschnational-englischen Strippe. Die Nationalisten liefern das Stichwort; es heißt diesmal: Besatzungsstärke der 2. und 3. Zone. Wieder ein Rennen um den Preis der "nationalen Zuverlässigkeit". Die Deutschnationale Volkspartei braucht sich nicht zu beeilen. Sie ist wie der Swinegel immer und überall da, wenn die Deutsche Volkspartei atemlos, ihre Interpellation schwingend, eintrifft. So erlebt man es, daß die Partei des deutschen Außenministers diesen wegen angeblicher Nichterfüllung von Zusicherungen seitens der ehemalig feindlichen Vertragskontrahenten interpelliert, und daß sie fordert, Deutschland solle von der Regelung der Besatzungsstärke den Eintritt in den Völkerbund abhängig machen. Solche »chantage en règle« ist natürlich nur geeignet jenseits des Rheins das Gefühl der Unsicherheit wieder aufleben zu lassen, das gerade zu hindern, was sich ohne solche »tricherie«, wie es drüben genannt wird, automatisch bei konsequent sauberer Politik ergeben müßte. Denn die Rheinbesatzung ist kein Vergnügen für die Franzosen, sie belastet das Reparations- und damit das französische Budget, nicht das unsere. 75 000 oder 50 000 Mann? Das ist hier die Frage. Die Basis des deutschen Anspruchs? Die Botschafternote vom 16. November 1925, besagend, daß im Okkupationsregime Erleichterungen eintreten sollen, spezifiziert durch folgenden Text: »C'est ainsi que la réduction des effectifs, ceux-ci se rapprochant des chiffres normaux aura pour conséquence de permettre la remise à la disposition des administrations ou des populations d'une partie des bâtiments publics, logements ou terrains qu'il a été nécessaire d'affecter à l'usage des troupes ou des autorités d'occupation.« Nicht mehr, nicht weniger. Zugegeben, daß der Begriff der »Normalzahlen« vielseitiger Deutung Raum gibt, daß auch der mit der »Reduktion« verfolgte und angegebene Zweck keine zahlenmäßige Festlegung enthält. Nichts jedoch spricht für die Erklärung, daß es sich nur um die deutsche Präsenzstärke der Vorkriegszeit handeln könne, womit jenem Feldzug die offizielle Grundlage gegeben wurde.

Die ganze Vorgeschichte der Locarnoverträge scheint ebenso verschlafen worden zu sein, wie, um nur ein anderes Beispiel zu nennen, Austen Chamberlains Auftreten bei der Septembertagung des Völkerbunds, das das englische sozialistische Parlamentsmitglied Hugh Dalton zu schärfsten Ausfällen gegen den britischen Außenminister veranlaßte, in einem Artikel, der den bezeichnenden Titel Britische Strandräuber (wreckers) in Genf und den Untertitel Das glorreiche Recht Krieg zu machen führt, und der in gebührender Weise von dem französischen Peuple gekennzeichnet, von der deutschen Presse, auch der sozialistischen, jedoch kommentarlos zur Kenntnis genommen wurde. Was ist das? Mangel an Erkenntnis oder Mangel an Zivilkourage? Dieses scheint es zu sein. Schrieb doch der parteioffiziöse Sozialdemokratische Pressedienst zur Resolution des Auswärtigen Ausschusses:

»Der Auswärtige Ausschuß hat sich in 2 Sitzungen mit den Auswirkungen der Locarnoverträge beschäftigt. Es ist eigentlich nicht erkennbar, welchen Sinn und Zweck es hat dieses Thema im gegenwärtigen Augenblick zur Debatte zu stellen.

Erst vor 6 Wochen sind die Abmachungen von Locarno durch den Reichstag ratifiziert und dann in London unterzeichnet worden, und was das Wichtigste ist: sie sind überhaupt noch nicht in Kraft getreten, da ihre Wirksamkeit bekanntlich erst dann beginnt, wenn Deutschland seinen Eintritt in den Völkerbund vollzogen hat.« Und dann wird »die Innehaltung der seinerzeit gegebenen Zusicherung mit Nachdruck gefordert«, nämlich die Reduzierung der Besatzungsstärke. Wenn schließlich der interpellierte deutsche Außenminister neue Erleichterungen präsentieren kann, wird, so sicher wie das Amen in der Kirche, die ganze deutsche Presse sich bei dem englischen Außenminister bedanken. Der augenblickliche Szenenwechsel auf dem deutschen außenpolitischen Theater darf nicht darüber täuschen, daß die Rückwirkungskulissen in Bereitschaft gehalten und sehr schnell wieder aufgebaut werden können. Darf es um so weniger, als der neue Auftritt, der heldenmütige Kampf für die angelsächsische Vormachtstellung im Völkerbund, von den anglophilen deutschen Politikern ohne jede Deckung geführt wird. Wieder eine Option für England, wieder ein Preisgeben deutscher Interessen, das Heraufbeschwören neuer Feindschaft auf dem Kontinent. Das Gefühl der Unsicherheit muß wieder wachsen. Abrüstungs- und Rückwirkungskonflikte stehen hinter der Tür, durch die Deutschland seinen Eintritt in die Gesellschaft der Nationen halten soll. Cui bono? Bleiben die Locarnoverträge der Fetzen Papier, dann ist im Osten freie Hand. Zu welchem Ziel und Zweck, ist an dieser Stelle vor kurzem ausgeführt worden. Die deutsch-französische Verständigung ist dann wieder einmal hintertrieben, die Zusammenarbeit der Völker des Kontinents vertagt ‹wenn es ganz nach England geht: ad kalendas graecas›, und England kann die Balance of power-Politik zur Niederhaltung Europas getrost in alter Weise fortsetzen.

Darf die deutsche Politik dazu Hilfsdienste leisten? Sie darf es, bei Strafe des Untergangs, nicht. Die deutsche Zukunft steht auf dem Spiel, und, wenn diese den Tagespolitikern zu fern liegt, auch die deutsche Geltung in unmittelbarer Gegenwart. Im Konzert der Völker können wir nur mitspielen, wenn wir uns vorher mit Frankreich über die richtige Tonart geeinigt haben. »Frankreich kann den deutschen Nationalismus zerstören, indem es sich von dem seinen abwendet«, verkündet der Vorwärts. Könnten ihm die Franzosen in ihrer höflichen Sprache darauf nicht antworten: A votre tour, messieurs!? Warum die Tür durch übertriebene Komplimente versperren? »Wenn irgendetwas dazu beigetragen hat die günstige Wirkung der Locarnoverhandlungen zu hindern und zu hemmen, dann ist es Ihr Verhalten«, rief Genosse Landsberg dem Abgeordneten Graf Westarp zu. Warum nicht die Konsequenzen ziehen? Warum nicht ehrlicher Handel, statt höhere Preise zu stellen als man erzielen kann? Warum auch die Ware schlecht machen, die man braucht und doch schließlich zum "Weltmarktpreis" kaufen muß?

Die Locarnoabmachungen müssen ihrem Sinn entsprechende Rückwirkungen haben. Frankreich kann gar nicht daran denken sie zu verweigern und zurückzuhalten. Es müßte sich selbst und seine bisherige Politik sonst desavouieren. Es will aber neue Sicherheiten, bevor es bestimmte Garantieen, auf die es Anspruch hat, aufgibt. Die Gelegenheit den neuen Geist zu zeigen ist noch immer günstig. Will das deutsche Volk die Rheinlande freimachen, so müssen sich seine Politiker zuerst von der englischen Suggestion freimachen. Haben sie dazu die Kraft, dann werden sich die Rückwirkungen schon von selber einstellen.

# HERMANN JÄCKEL · DIE DEUTSCHEN GEWERKSCHAFTEN NACH DEM KRIEG

RUHELOS, sturmvollen Dranges war die Periode, die das deutsche Volk und mit ihm die deutschen Gewerkschaften seit 1914 durchlebten. Mit jenem Jahr begann eine bedeutungsvolle Epoche der Menschheitsgeschichte. Eine Zeit der Gewalt wurde zum Ausgangspunkt revolutionärer Entwickelungen. Kaum sichtbar für das Auge des Proletariers verlegte sich der Schauplatz, von dem aus das politische Schicksal der Welt gestaltet wird. Der Kapitalismus entfaltete wirtschaftliche Kräfte in Ländern, deren antike Kultur scheinbar für die Ewigkeit gegründet schien. Die Umgestaltung des gesellschaftlichen Zusammenlebens der Menschen bahnte sich bei allen Völkern an.

Die Auswirkungen des Vertrags von Versailles und die Inflation verhinderten lange Zeit für die breiten Schichten des deutschen Volkes die klare Erkenntnis dieser großen Umwandlungen der Weltwirtschaft. Auch heute ist noch nicht mit voller Klarheit zu erkennen, wie weit und nach welcher Richtung die gesellschaftliche Ordnung der einzelnen Völker in Mitleidenschaft gezogen wird. Aber sichtbar für jeden einzelnen steht vor uns nicht nur die gewaltige Reichtumsentfaltung der Vereinigten Staaten von Amerika, sondern auch ihre fabelhafte technische und betriebsorganisatorische Überlegenheit gegenüber dem einst technisch und organisatorisch hochstehenden Deutschland. Sichtbar für jeden einzelnen steht vor uns die in einem schier unfaßbar schnellen Tempo sich vollziehende Industrialisierung aller überseeischen Rohstoffländer. Es ist außerordentlich bemerkenswert, daß sich diese Industrialisierung hauptsächlich auf dem Gebiet der textilen Arbeit vollzieht. Auch im alten Europa begann mit der Revolutionierung der Textilindustrie die geschichtlich wichtige kapitalistische Entwickelung. Wildbewegte und stürmisch verlaufende Industrialisierung in Ländern, die bis dahin als Rohstoff- und Absatzgebiete für die alten industriell-kapitalistischen Erzeugungsstätten in Betracht kamen, müssen auf diese alten Industrieerzeugungsstätten zurückwirken und tiefgreifende Änderungen hervorrufen. Sie wirken auf die Wirtschaftselemente der alten Industriegebiete: Kapital und Arbeit, zurück.

Auch die die Arbeiterklasse beherrschenden großen Gewerkschaftsorganisationen Deutschlands konnten von all den Entwickelungen nicht unberührt bleiben. Unruhe und Gärung bewegten auch sie, und harte, oft mit großer Zähigkeit und Leidenschaft geführte Meinungskämpfe schüttelten während der letzten Jahre den gewaltigen Körper.

In starker Zusammenfassung der Kräfte hatte die 4jährige Kriegsperiode eine umfassende Fürsorgetätigkeit aller politischen Richtungen der Gewerkschaftsbewegung zugunsten der notleidenden Arbeiterschaft ausgelöst. Hatten die von altersher Deutschland beherrschenden reaktionär-autokratisch gerichteten Gruppen noch unmittelbar vor dem Krieg mit dem Gedanken einer gesetzlich legalisierten gewaltsamen Einschnürung der gewerkschaftlichen Bewegungsfreiheit gespielt, so zeigte die durch den Krieg geschaffene Situation vom ersten Tag an, daß eine Unterdrückung der proletarischen Organisationen jede Aussicht auf erfolgreichen Kampf mit einem mächtigen Gegner ausschließen würde. So wurden die Gewerkschaften während der Leidensjahre des Krieges das mahnende Gewissen, das den zu sozialpoliti-

scher und wirtschaftlicher Fürsorgetätigkeit unfähigen und im Verkehr mit den Arbeitern unerfahrenen behördlichen und regierenden Kreisen anzeigte, was zur Linderung und Beseitigung vorhandener Nöte getan werden könne, und wie es durchzuführen sei. Der für Deutschland unglückliche Ausgang des Krieges nötigte schließlich auch das kapitalistische Unternehmertum zur offiziellen Anerkennung der Arbeitergewerkschaften als gleichberechtigter Träger der Wirtschaft. Vorher waren es in der Hauptsache nur Industrieen mit mehr oder weniger primitiver Betriebsorganisation und Wirtschaftsverfassung gewesen, die sich zu Tarifgemeinschaften verstanden hatten. Jetzt wurde nicht nur der Gedanke der Tarifgemeinschaft für alle Zweige der gesamten Industrie von dem ganzen Unternehmertum anerkannt und durchgeführt, sondern auch die Schaffung einer Arbeitsgemeinschaft für alle Gebiete des Wirtschaftslebens erschien dem Unternehmertum angesichts der mit dem Kriegsausgang verbundenen Gefahren als das Gebot der Stunde. Aber den Vertretern der Schwer- und Leicht-, der weiterverarbeitenden und Fertigwarenindustrie erschien es nicht darum ratsam in eine Arbeitsgemeinschaft mit den Gewerkschaften einzutreten, weil sie etwa die tiefgegründete Überzeugung gehabt hätten, daß die Methoden des Klassenkampfs, die das Unternehmertum bis 1914 ausschließlich und rigoros angewandt hatte, schädlich seien. Die Stellung der Mehrzahl der Unternehmer war vielmehr durch das Bewußtsein der momentanen Schwäche des Privatkapitals bestimmt, durch die Unsicherheit der künftigen politischen und wirtschaftlichen Entwickelung und die Furcht vor revolutionärer Gärung. So konnte die Arbeitsgemeinschaft über die tarifvertraglich geregelten Lohn- und Arbeitsbedingungen nicht hinauskommen, und mit dem Nachlassen der revolutionären Spannung, der Rückkehr mehr geordneter Verhältnisse und der Steigerung des Selbstbewußtseins und der Macht der Arbeitgeberverbände sank sie zur Bedeutungslosigkeit herab.

Mit der tarifgemeinschaftlichen Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen durch Unternehmer- und Arbeiterorganisationen war den Leitungen der Gewerkschaft ein Feld reichster Tätigkeit gegeben. Mit geradezu ungeheurer Kraftanstrengung versuchten die Gewerkschaftsfunktionäre die außerordentlich schwierigen Aufgaben zu lösen, und Unbeteiligte und Außenstehende haben kaum eine Ahnung, welches Maß von Arbeit diese Lösung erforderte. Leiter von Industrieverbänden, die noch niemals mit den Unternehmerorganisationen an einem Tisch gesessen hatten, die noch keine durch Erfahrung gebildete Methode der Verhandlungstechnik kannten, die Gewerbezweige mit primitivster Hand- und mit qualifiziertester Arbeit zu vertreten hatten, mußten in scharfen kontradiktorischen Verhandlungen mit den Vertretern der Arbeitgeberorganisationen die Waffen kreuzen. Der gewissenhafte Gewerkschafter hatte nicht nur Woche für Woche, oft bis in die sinkende Nacht hinein, praktische Arbeit am Verhandlungstisch zu leisten. Er mußte unausgesetzt denken, suchen, forschen, in der Literatur, beim einzelnen Arbeiter in der Wohnung oder in der Werkstatt, in Lehrstätten und an vielen anderen Stellen. Denn es galt in die Feinheiten des Arbeitsprozesses der zahlreichen, mit einander nicht vergleichbaren Unterindustrieen einzudringen, die charakteristischen Merkmale und Schwierigkeiten der in Frage kommenden Arbeit begreiflich zu machen, alle die zahlreichen Argumente bewußt zu erkennen, die gegen eine geringere Entlohnung der Arbeiter weiblichen Geschlechts sprechen, die Lohnansprüche im allgemeinen und den Anspruch auf eine

verkürzte Arbeitswoche aus den Besonderheiten der betreffenden Industrie, der Zusammensetzung ihres Personals und dem Gang ihrer geschichtlichen Entwickelung zu begründen; es galt die Bewegung der Löhne und die jeweilige Lohnhöhe für die Arbeiten gleicher Art in den Konkurrenzländern, die sonstigen Produktionsbedingungen der gleichen Industrie des Auslands, die Warenpreise der Industrie des In- und Auslands, die Verschiedenheit der Struktur der Bezirke, die geschichtliche Entwickelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen in den Bezirken, für die Verträge abzuschließen waren, die unterschiedlichen Lohn- und Arbeitsbedingungen der einzelnen Sparten der Industrie und die tieferen Ursachen dieser Verschiedenheiten sowie deren geschichtliche Entwickelung zu erkennen und zu berücksichtigen.

Man ist leicht geneigt die tarifvertragliche Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen als etwas aus der Vorkriegszeit einfach Übernommenes und für die Arbeiter leicht Durchführbares zu betrachten. Man vergißt, daß bis zum Jahr 1918 der Tarifvertrag nur für eine relativ kleine Anzahl deutscher Arbeiter zur Tatsache geworden war. Gerade die großen, ihrer ganzen Struktur nach komplizierten Industrieen kannten den Tarifvertrag nicht. Die Unternehmer lehnten ihn grundsätzlich ab, und die gewerkschaftliche Macht der Arbeiter war zu gering diesen Widerstand zu brechen. Eine gewisse Vorbereitung dazu war dem Gewerkschafter freilich in seiner ununterbrochenen intensiven Tätigkeit in der Kriegswirtschaft und in der Heranziehung zu den Arbeiten des Demobilmachungsamts gegeben. Hier gewöhnte er sich an den Verkehr mit den Unternehmern und den behördlichen Stellen, sein Gesichtskreis erweiterte, sein Blick schärfte sich.

Mit dem zunehmenden Verfall der deutschen Währung nahm die tarifvertragliche Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen die Leitungen der einzelnen Gewerkschaften in immer erhöhtem Maß in Anspruch, bis schließlich 1923 das ganze Getriebe ins Stocken geriet. Als die Inflation zu Ende ging, war die Macht der Gewerkschaften auf ein Minimum gesunken, und die Umstellung der Löhne in Gold nach Stabilisierung der Währung ermöglichte eine Senkung der Arbeiterlöhne, die die Kaufkraft des Innenmarkts zum Schaden der Wirtschaft außerordentlich stark herabsetzte. In dieser Zeit der Schwächung der Gewerkschaften war es den Unternehmern möglich die 48 Stunden-Woche für die Mehrzahl der Arbeiter abzuschaffen. Vorher scheiterten alle Versuche, wie sie vor allem in der Textilindustrie wiederholt gemacht worden waren, an dem Widerstand der Gewerkschaften.

Daß der individuelle Arbeitsvertrag in allen Industrieen durch den Kollektivarbeitsvertrag ersetzt wurde, ergab sich aus der gewerkschaftlichen Entwickelung in der Kriegszeit und der Situation, die nach dem militärischen Zusammenbruch im Oktober 1918 in Deutschland vorlag. Die revolutionären Bewegungen, von denen damals große Schichten des deutschen Volkes, vor allem aber die deutsche Arbeiterklasse, ergriffen waren, brachten Forderungen mit sich, die weit über die kollektive Regelung des Arbeitsvertrags hinausgingen. Die deutsche Arbeiterklasse fühlte sich von den Vertretern des alten, im Krieg zusammengebrochenen Systems belogen und betrogen. Nicht nur politisch sollte tabula rasa gemacht werden, auch einer Umgestaltung der wirtschaftlichen Ordnung glaubte man die Wege ebnen zu können. Tausend Probleme tauchten auf. Die Schaffung eines einheitlichen Arbeitsrechts, die Weiterentwickelung des kollektiven Arbeitsvertrags zur

demokratischen Betriebs- und Wirtschaftsverfassung, das Rätesystem, vor allem das System der Betriebsräte, beschäftigten lebhaft die gewerkschaftlichen Diskussionen. Im Mittelpunkt der Erörterungen stand die Sozialisierung. Aus der Behandlung aller dieser Probleme erstand das Verlangen nach systematischer Bildungsarbeit. Man forderte, daß die gewerkschaftliche Bildungsarbeit mit dem Inhalt der neuen Zeit erfüllt werde, man erkannte, daß es notwendig sei die Gesetze der wirtschaftlichen Entwickelung begreifen zu lernen und Verständnis für taktische Maßnahmen zu wecken. Dazwischen wurde die Frage "Evolution oder Revolution?" aufgeworfen. Bald zeigte sich, daß betriebs- wie wirtschaftsorganisatorisch und -technisch die in der Vorkriegszeit zurückgesetzten Arbeiter sehr viel zu lernen hatten. Unter der Beschränkung auf ihre spezielle Arbeitsmaschine war ihr Blick für das Ganze getrübt worden. Dabei spielte auch die Organisierung der Angestellten und Beamten eine Rolle.

Diese Fülle von Aufgaben und das gesteigerte Selbstbewußtsein der Arbeiter aller Kategorieen trieb Millionen neuer Mitglieder in die Verbände. Die Mitgliederzahl stieg nach 1918 unausgesetzt. Im Jahr 1913 hatten die freien Gewerkschaften 2 573 718 Mitglieder. Deren Anzahl stieg im Jahr 1919 auf 5 479 073, weiter im Jahr 1920 auf 7 890 102, um im Jahr 1921 um 220 000 zurückzugehen. Der Höchststand wurde 1922 mit 7 895 065 erreicht. Einen starken Rückgang brachten die Beendigung des Ruhrkampfs und die Stabilisierung der Währung. Von 7 063 158 im Jahr 1923 sank die Anzahl der Gewerkschafter auf 4 564 163 im Jahr 1924. Bei der Mitgliederzahl des Jahres 1923 ist zu beachten, daß der rapide Marksturz und damit der Sturz der Mitgliederzahlen der Gewerkschaften bereits im Monat Oktober eintrat. Bemerkenswert ist weiter der, wenn auch minimale, Rückgang der Mitgliederzahlen im Jahr 1921 und die Steigerung im Jahr 1922. In diesen Schwankungen wird der innere Zusammenhang der gewerkschaftlichen Entwickelung mit den politischen Ereignissen offenbar. Im Jahr 1922 wurde Rathenau getötet. Dieser Mord erzeugte allgemeine Empörung innerhalb der demokratischen Kreise des deutschen Volkes, und damit entstand eine lebhaftere Betätigung der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter. Bei den christlichen Gewerkschaften sind die entsprechenden Zahlen diese: 1913 342 785, 1919 858 000, 1920 1 077 000, 1921 986 000, 1922 1 033 000, 1923 806 992, 1924 612 952. Die Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften stiegen von 106 618 Mitgliedern im Jahr 1913 auf 190 000 im Jahr 1919. Die Zahlen für die Jahre 1920, 1921, 1922, 1923 und 1924 lauten: 226 000, 225 000, 230 000, 216 497 und 147 280. Ähnlich war die Mitgliederzahl in den Verbänden der Angestellten. Die Gesamtzahl der organisierten Angestellten im Jahr 1924 betrug 1 200 000. Davon hatte der Allgemeine Freie Angestelltenbund 543 596, gegen 658 234 im Jahr 1922 und 60 000 im Jahr 1917. Mit der Steigerung der Mitgliederzahlen steigerten sich natürlich auch intellektuell und materiell die Ansprüche, die an die Verbände gestellt wurden. Die Erweiterung des Kreises der Aufgaben ging mit der Steigerung der Ansprüche Hand in Hand.

Von inneren Kämpfen geschüttelt haben die Gewerkschaften seit 1918 an der Lösung aller auftauchenden Probleme gearbeitet. Die Richtlinien für die Wirksamkeit der Gewerkschaften und die Bestimmungen über die Aufgaben der Betriebsräte, wie sie der Kongreß in Nürnberg /1919/ festlegte, zeigen Weg und Ziel der gewerkschaftlichen Praxis. Heute arbeiten nach

Schätzungen aus Arbeitgeberkreisen in den Betrieben der deutschen Industrie ungefähr 450 000 Betriebsräte, darunter 45 000 freigestellte; das heißt, es gibt 450 000 Betriebsräte, die sich gleichzeitig als Organe der Gewerkschaften betätigen. Der Umfang der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit ist zahlenmäßig leider nicht festzustellen. Zweifellos sind es Tausende von Bildungskursen der verschiedensten Art, die alljährlich von vielen Tausenden von Betriebsräten und anderen gewerkschaftlichen Funktionären besucht werden. Auf die Mittel- und Hochschulen, die errichtet worden sind, mit der Arbeiterakademie in Frankfurt am Main an der Spitze, sei nur hingewiesen. Die Literatur der einzelnen Verbände wächst außerordentlich stark an. Ebenso die gewerkschaftliche Literatur im allgemeinen. Nachdem sie im Jahr 1923 nahezu zusammengebrochen waren, haben sich die Verbände sehr schnell erholt und sind heute in sich selbst konsolidiert und gefestigt. Ihre Bureaus haben sich sozusagen zu Großbetrieben entwickelt, und nichts geschieht in der deutschen Wirtschaft wie in der Wirtschafts- und Sozialpolitik, wozu nicht die Gewerkschaften in irgendeiner Weise Stellung nehmen müssen. Die Gewerkschaften sind heute ein Element der Wirtschaft selbst geworden. Eine deutsche Wirtschaft ohne Gewerkschaften ist undenkbar. Die Entwickelung arbeitet zwingend darauf hin, daß die Gewerkschaften an der Wirtschaftsführung teilnehmen. Schon heute kann man die Bestrebungen deutscher Arbeitgeberverbände die Tarifgemeinschaft zu beseitigen und die Gewerkschaften zu ignorieren als verfehlt betrachten. Die Gewerkschaften als Repräsentanten der Arbeiter gehören zur Wirtschaft und können nicht ausgeschaltet werden. Die Zeit der Autokratie ist vorüber.

Selbst wenn es wahr ist, daß die Gewerkschaften in den stürmischen Jahren der Nachkriegszeit manches versäumt oder falsch gemacht hätten, zwingt sie der kategorische Imperativ der Entwickelung dieses Versäumte nachzuholen, Falsches auszumerzen, gutzumachen, und sich positiv schöpferisch zu betätigen. Die gleichen Kräfte werden sich in gleicher Richtung auf der Seite des Unternehmertums durchsetzen. Die vielleicht nicht abwendbaren Gegensätze innerhalb der Arbeiterbewegung ließen ein geradliniges und ununterbrochenes Wirken nach einer Richtung nicht immer zu. Das, was der Kongreß in Nürnberg bereits festlegte, wird die Tätigkeit der Gewerkschaften in den nächsten Jahren in höchstem Maß in Anspruch nehmen: Förderung der Entwickelung in der Richtung zur Wirtschaftsdemokratie. Es ist unsinnig darüber zu streiten, ob eine vollendete Demokratie der Wirtschaft auf der Grundlage der kapitalistischen Privatwirtschaft möglich ist, ob es eine Wirtschaftsführung im kapitalistischen Produktions- und Zirkulationsprozeß geben kann, und ob deshalb die Forderung einer Teilnahme der Gewerkschaften an der Wirtschaftsführung überhaupt berechtigt ist. Der praktische Gewerkschafter fragt nicht, ob ein gewisses Quantum Wirtschaftsdemokratie schließlich am Ende eines Prozesses qualitativ in eine höhere Form der Arbeitsorganisation überhaupt umschlägt. Er erstrebt die Wirtschaftsdemokratie schlechthin und geht Schritt vor Schritt vorwärts. Er sieht täglich, wie nicht nur die Wirtschaftspolitik, sondern die Wirtschaft selbst nicht allein von einzelnen sondern von Gruppen geführt wird, und er drängt nach Teilnahme. Der Kapitalismus wird es nicht fertigbringen die im Schoß der Zukunft schlummernden Krisen ohne die organisierte Arbeiterklasse zu überwinden. Die sich immer schärfer aufdrängende Frage der Rationalisierung ist nur mit den Gewerkschaften lösbar. Nur bei inniger Teil-

nahme des Arbeiters am Innenleben des Betriebs läßt sich bei uns größere Produktivität der Arbeit mit stärkerer Rationalisierung erzielen. Die Stellung des Arbeiters in den Vereinigten Staaten zu allen diesen Fragen ist nicht ohne weiteres mit der des Arbeiters in Deutschland vergleichbar. Der amerikanische Arbeiter sieht tausend Möglichkeiten des Aufstiegs vor sich, er sieht die "freie Bahn des Tüchtigen". Der deutsche Arbeiter hat vor sich nichts als die Unsicherheit der Existenz und das graue Einerlei des Alltags. Nur durch tätige Mitarbeit des einzelnen läßt sich Deutschlands Industrie emporheben. Tätige Teilnahme erfordert wachsende Demokratie. Diese Erkenntnis wird sich sehr bald den Unternehmern aufzwingen.

Schon die gegenwärtige Krise bringt starke Erleuchtung. Die Überwindung dieser Krise wird hohe Ansprüche an die deutschen Gewerkschaften stellen. Ihr Bau selbst wird unerschüttert bleiben. Nicht mehr wie sonst wird mit Massenzustrom zu rechnen sein. In zäher Kleinarbeit im Betrieb ist jeder einzelne einer Organisation zuzuführen. Kein Neuland mehr gibt es zu bearbeiten. Nur wenige Lohnempfänger sind vorhanden, die bis 1923, bis zum Zeitpunkt der Hochinflation, nicht 2 bis 3 Jahre einer gewerkschaftlichen Organisation als Mitglied angehörten. Andere Agitationsarbeit und andere Agitationsmethoden setzt diese Tatsache voraus. Die 450 000 Betriebsräte können ohne die starke Stütze der Gewerkschaften nicht wirken. Es erwächst ihnen die Aufgabe diese Stütze zu festigen, sie tragfähig zu machen. Die Heranbildung jedes Betriebsrats zu einem Verbandsorgan, das sich mit Sachkenntnis und Geschick seiner Aufgabe unterzieht, ist Sache der Gewerkschaftsleitungen. Sie werden dieser Forderung genügen müssen.

# CARL MENNICKE · DER RELIGIÖSE SOZIALISMUS IN DEUTSCHLAND

IN 2 charakteristischen Erscheinungen hat der religiöse Sozialismus in letzter Zeit an das öffentliche Bewußtsein gerührt: in der Akademischen Arbeitswoche, die der Kreis der Blätter für religiösen Sozialismus vom 18. bis zum 25. Oktober 1925 in den Räumen der Deutschen Hochschule für Politik in Berlin veranstaltete, und in der Jahrestagung der Arbeitsgemeinschaft religiöser Sozialisten Deutschlands, die Mitte November 1925 in Räumen des preußischen Landtags stattfand. Beide Veranstaltungen haben verhältnismäßig starke Beachtung in der Tagespresse gefunden, worunter die sozialdemokratische Parteipresse nicht fehlte. Das will natürlich noch längst nicht heißen, daß allenthalben ein warmes Verständnis für die Sache selbst vorhanden gewesen wäre. Immerhin ist es bemerkenswert, daß der Bewegung für religiösen Sozialismus in Deutschland zum erstenmal eine relativ so weitgehende Resonanz zuteil wurde. Dabei ist kaum anzunehmen, daß unter der Leserschaft jener Berichte viele waren, denen die charakteristischen Unterschiede beider Veranstaltungen zum Bewußtsein kamen. Und doch ist es so, daß diese Unterschiede rein nach der Art der Veranstaltungen besonders deutlich in die Erscheinung traten. Darüber hinaus kann festgestellt werden, daß beide Veranstaltungen zusammen ungefähr das in sich faßten, was sich heute in Deutschland als religiöser Sozialismus fühlt. Von einer Sondergruppe, die zwar beteiligt war, aber nicht ausdrücklich hervortrat, wird weiter unten noch die Rede sein.

ZEITLICH am weitesten zurück liegen die Anfänge der Strömungen, die heute in der Arbeitsgemeinschaft religiöser Sozialisten ihre Zusammenfassung gefunden haben. Der Bund Neue Kirche, anfänglich vom Pfarrer Karl Aner geführt, reicht noch in die Zeit des Kriegsausgangs zurück. Bei seiner Gründung wirkten im wesentlichen pazifistische Motive, die sich dann unter dem Druck der Revolutionsereignisse sozialistisch bestimmten, respektive formulierten. Zum Teil zweifellos ohne Bewußtsein der Tragweite solchen Beginnens. Aner ist denn auch längst aus der Bewegung wieder ausgeschieden. Durchaus ein Kind der Revolution ist der Bund sozialistischer Kirchenfreunde. Er wurde vom Pfarrer Günther Dehn begründet, der ebenfalls den Tendenzen, die in dem Namen des Bundes Ausdruck finden, inzwischen ferngerückt ist, wenn seine sozialistische Überzeugung an sich auch im wesentlichen die selbe blieb. Beide Bünde mußten bald einsehen, daß ihre Bestrebungen zu verwandter Natur waren, als daß sich das Nebeneinanderhergehen auf die Dauer hätte rechtfertigen oder auch nur aufrechterhalten lassen. So kam es sehr bald zur Verschmelzung im Bund religiöser Sozialisten, der heute noch besteht und seinen Sitz in Berlin hat, wenn auch keiner der beiden führenden Männer von damals ihm noch angehört. Die Leitung liegt heute in der Hand des Pfarrers Paul Piechowski und des Gewerkschaftssekretärs Bernhard Göring vom Allgemeinen Freien Angestelltenbund. Die Anzahl der Mitglieder hat im Lauf dieser Jahre mehrfach geschwankt, ist aber im ganzen doch gestiegen. Die Arbeitsgemeinschaft religiöser Sozialisten ist vor einigen Jahren dadurch zustande gekommen, daß der Berliner Bund religiöser Sozialisten sich mit dem Badischen Volkskirchenbund vereinigte. Auf Grund der großen Verschiedenheit der norddeutschen und süddeutschen Verhältnisse erwies es sich als unpraktisch oder unmöglich die beiden Bünde in einander aufgehen zu lassen. Man wählte diese Form der losen Vereinigung, die den Bünden ihre Selbständigkeit ließ. Mittlerweile ist der Thüringische Bund religiöser Sozialisten, der unter der Leitung des ⟨seit kurzem allgemeiner bekannten⟩ Pfarrers Emil Fuchs /Eisenach/ steht, dazugekommen. Auch die rheinische Gruppe religiöser Sozialisten, die der Pfarrer Georg Fritze /Köln/ leitet, gehört der Arbeitsgemeinschaft an, wie auch noch eine Reihe kleinerer Gruppen oder gar einzelner Personen hin und her im Land. Fast überall, wo es sich um Gruppen handelt, steht ein Pfarrer im Mittelpunkt.

Durch das Vorherrschen amtierender Pfarrer in dieser ganzen Bewegung ist ihr Charakter eigentlich schon gegeben. Im Vordergrund der Diskussion wie der praktischen Betätigung steht überall das Verhältnis von Kirche (protestantischer Kirche natürlich) und sozialistischer Bewegung. ⟨Da die Kommunistische Partei sich einstweilen schroff ablehnend verhält, kann dabei zunächst nur an die Sozialdemokratische Partei gedacht werden.⟩ Auch da, wo man sich der Schwierigkeit dieser Fragestellung aufs tiefste bewußt ist, kommt man doch der Situation nach nicht darum herum. Dabei nehmen Zuversicht und Eindeutigkeit in der Diagonale von Meersburg am Bodensee bis Berlin fortschreitend und zusehends ab. Der Meersburger Pfarrer Erwin Eckert, der Führer des Badischen Volkskirchenbundes, kennt weder Zweifel noch agitatorische Hemmungen. Für ihn fordern sich grundsätzlich Evangelium und marxistischer Sozialismus gegenseitig und daher tatsächlich auch Kirche und sozialistische Bewegung. Dementsprechend wird immer wieder

an alle Organe der Partei appelliert Kühle und Zurückhaltung aufzugeben und sich in den Kampf für die Eroberung der Kirche hineinzustellen. Man treibt, mit oder ohne Hilfe des Parteiapparats, eine rege Agitation für die Beteiligung der Genossen an den kirchlichen Wahlen. Man kämpft ausdrücklich gegen die freidenkerische Propaganda in den Reihen der Genossen. Man tritt natürlich nicht weniger energisch gegen alle Versuche kirchlicher Stellen die sozialistische Bewegung innerhalb des Kirchenvolks zu behindern in die Schranken. So strebt man auf eine Volkskirche zu, in der sozialistischer Geist lebendig ist, und auf eine sozialistische Bewegung, in der kirchlich gefaßtes und kirchlich gepflegtes religiöses Leben herrscht.

Ich sagte schon, daß diese Stimmung und Zielstellung völlig ungebrochen nur in der äußersten Südwestecke Deutschlands vorherrschen. Schon in Karlsruhe, wo die gehaltvolle und tiefgebildete Persönlichkeit des evangelischen Fürsorgepfarrers Heinz Kappes die Bewegung führt, urteilt man auf Grund der städtischen Erfahrungen viel zurückhaltender. Und erst recht sieht sich Fuchs in ein Problem gestellt. Natürlich kämpft er immer innerlich für die Wahrnehmung und Durchführung der Möglichkeiten, die ihm das kirchliche Amt bietet. Und seine menschlich warme und hingebungsvolle Art gewinnt ihm tatsächlich viele Herzen, so daß die letzten Gemeindewahlen in Eisenach für ihn eine ausdrückliche Rehabilitierung bedeuteten. Aber die Schwierigkeit kirchliche und sozialistische Arbeit zu verbinden wird von ihm deutlich gespürt und offen zugestanden. Am unklarsten liegen die Dinge naturgemäß in Berlin, wo bekanntlich weder kirchliches Gemeindebewußtsein noch ein geschlossenes Parteibewußtsein in die Erscheinung tritt. Man kämpft zwar auch hier prinzipiell in der gleichen Richtung, aber doch ohne daß diese Kämpfe irgendeine nennenswerte Teilnahme weckten. Die Weltstadt hat eben kein einheitliches Bewußtsein mehr, in dem solche Dinge ihre Stelle finden könnten.

Wenn diese ganze Haltung rein von der soziologischen Seite her eine kritische Würdigung finden soll, so ist zunächst noch einmal festzustellen, daß tatsächlich die Verhältnisse verschieden sind. Baden hat noch durchweg ländlich oder kleinstädtisch gebundene Bevölkerung. Auch die Industrie ist dort meist ländlich angelehnt. Außerdem hat es einen starken, in sich fest verbundenen katholischen Volksteil, der erfahrungsgemäß immer auch das protestantische Kirchen- und Gemeindebewußtsein sehr stärkt. So ist die Kirche in diesen Landstrichen immer noch eine Macht. Sie übt tatsächlich geistigen Einfluß aus und hat für Werden und gesellschaftliches Verhalten der Menschen unverkennbare Bedeutung. Von solchen Zuständen her ergibt sich die Fühlung der sozialistischen Bewegung mit der kirchlichen Einflußmacht von selbst. Es ist ganz ähnlich so in Ostpreußen und wiederum ähnlich in den größten Teilen Schwedens, wo ich die betreffenden Verhältnisse aus eigener Anschauung kennengelernt habe. In solchen Gegenden bereitet die Auseinandersetzung der sozialistischen Bewegung mit dem kirchlichen Bewußtsein auch deshalb keine unüberwindlichen Schwierigkeiten, weil noch genügend wirksame Reste kirchlich-christlicher Anschauung in den Menschen lebendig sind, an die man anknüpfen kann. Da spielt das rationale Räsonnement überhaupt nicht die Rolle wie in großstädtischer Industriebevölkerung. Meine Meinung ist deshalb auch immer die gewesen, daß die der Kirche verbundenen Genossen in solchen Gegenden die sich bie-

tenden Möglichkeiten ausschöpfen und ruhig erwarten sollen, was daraus wird. Sehr möglich, daß eine neue lebendige Form sozialistisch durchtränkten kirchlichen Gemeindelebens daraus hervorgeht. Aber überall, wo die industrielle Auflösung der kirchlich-gemeindlichen Formen und damit die geistige Zersetzung des kirchlichen Gemeindebewußtseins zu weit vorgeschritten ist, hat dieses Beginnen etwas Künstliches und wird dementsprechend gerade von den besten Kreisen der Arbeiterschaft mehr oder weniger energisch abgewehrt. Da läuft das Bemühen die Genossen mit Kirche und kirchlicher Gemeinde wieder in Zusammenhang zu bringen eben schlechterdings auf Apologetik hinaus. Und die ist schon schlimm genug, wenn sie der kleinbürgerlichen kirchlichen Gemeinde ihre Ängste nehmen soll, in die diese durch die Angriffe des modernen kritischen Geistes gerät. Sie ist völlig unmöglich, wenn sie dazu führen soll kirchliche Praxis und kirchlichen Geist einem abgrundtiefen Mißtrauen gegenüber zu rehabilitieren. In solcher Auseinandersetzung kann von der Sache kaum die Rede sein.

Es ist natürlich unmöglich die Grenzen irgendwie genau zu bezeichnen, bis zu denen die eine Praxis möglich und von denen aus die andere notwendig ist. Die Entscheidung darüber ist, da es sich um lebendige Verhältnisse und also um Imponderabilien handelt, jeweils der Persönlichkeit, die in der Sache steht, anheimgegeben. Jedenfalls hat man sich darüber klar zu sein, daß dieser Unterschied vorhanden ist, und daß sich nach Maßgabe dieses Unterschieds gewisse Verschiedenheiten in der Art, wie sich die Bewegung für religiösen Sozialismus darstellt und auswirkt, herausbilden müssen. Wie wirklich und wichtig diese Unterschiede sind, erhellt übrigens noch daraus, daß der Bund religiöser Sozialisten erst seit seiner Vereinigung mit dem Badischen Volkskirchenbund wieder einiges Leben gewonnen hat. In Berlin respektive Norddeutschland kommt die von amtierenden Pfarrern geführte Bewegung allein doch eben nicht recht vorwärts, während sie in Baden unverkennbar Schwung hat.

GANZ anderer Art ist, schon rein organisatorisch, der Kreis, aus dem im Frühjahr 1920 die Blätter für religiösen Sozialismus hervorgegangen sind, und der sich dann im Lauf dieser Jahre um sie her langsam, aber stetig erweitert hat. Er bildet keinerlei Bund oder organisierte Vereinigung sondern ist eine ganz freie geistige Bewegung, die kein anderes Band hat als eben die geistige Gemeinschaft. Infolgedessen sind ihm auch organisatorische Zwecke wie die der Versöhnung von Kirche und Sozialdemokratie ganz fremd. Dieser Kreis müßte es ausdrücklich ablehnen sich auf irgendeine Konfession oder dergleichen festgelegt zu sehen. In ihm sind denn auch Juden genau so gut zu Hause wie Christen.

Dieser Kreis ist sich bewußt, daß er von der ausgesprochen großstädtisch-industriellen Situation herkommt. Die Menschen, die sich in ihm zusammengefunden haben, sind durch die Erkenntnis von der innern Schwere dieser Situation zusammengeführt worden. Die zerstörerische Wucht des kapitalistischen Schicksals für die menschliche Gesellschaft ist ihnen von ihrem religiösen Bewußtsein her aufgegangen. Und im Zusammenhang damit natürlich die Erkenntnis, daß zunächst auch einmal die sozialistische Bewegung dieser zerstörerischen Wucht erlegen sei, daß die geistigen und organisatorischen Mittel der sozialistischen Bewegung einer Reaktion zugehörten,

die sich zunächst rein im Rahmen der kapitalistisch-bürgerlichen Welt halte und nur an ganz vereinzelten Punkten diesen Rahmen durchstoße. Man glaubt in dieser Grunderkenntnis gleichzeitig die Mittel zu besitzen die sogenannten Krisenerscheinungen innerhalb der sozialistischen Bewegung zu verstehen und ihnen erst in vollem Umfang gerecht zu werden.

Das Wesen dieses Kreises wäre aber vollkommen verkannt, wollte man annehmen, daß er lediglich darauf aus wäre die sozialistische Bewegung mit geistiger kritischer Arbeit zu begleiten. Sein innerstes und ernstes Bestreben ist es vielmehr mit der sozialistischen Bewegung völlig zusammenzuwachsen und in und mit ihr diese geistigen Fragen durchzukämpfen. Dabei ist allerdings nicht zu leugnen, daß sich das in der Wirklichkeit kaum darstellt. Es gehören nicht einmal alle Glieder oder Freunde dieses Kreises einer der proletarisch-sozialistischen Parteien an, geschweige denn, daß von einer allgemeinen Mitarbeit in der Praxis der Bewegung die Rede sein könnte. Das liegt zum Teil daran, daß die führenden Köpfe alle in angespannter geistiger Berufsarbeit als Akademiker und Beamte stehen. Das hat aber zweifellos seinen Grund auch darin, daß sich das wirklich produktive Verhältnis von geistig-religiöser Grundhaltung und praktischen Gegebenheiten des Gesellschafts- und Parteilebens noch nicht hat finden wollen.

Der eigentliche Sinn der Bewegung ist oben schon umschrieben worden. Man geht davon aus, daß die gesellschaftliche Lage durch die Auswirkungen des modernen autonomen Geistes und durch die selbstherrliche kapitalistische Wirtschaftsentwickelung innerlich problematischer geworden ist. Das Bürgertum leidet daran im Grunde nicht weniger als das Proletariat, nur aller Wahrscheinlichkeit nach um einen Grad hoffnungsloser. Das Proletariat, dem diese Lage gleichzeitig wirkliche empfundene und harte Lebensnot ist, strebt doch prinzipiell über diesen Zustand hinaus. Sicher ohne volles Bewußtsein der Negativität seiner Lage und ohne irgendeine klare Vorstellung dessen, was werden kann und werden soll. Aber es steht doch mindestens im Kampf gegen den bestehenden Zustand, und man darf hoffen, daß in diesem Kampf, je ernster er geführt wird, die wahren Voraussetzungen eines entscheidenden Sieges vergegenwärtigt werden können. Gerade über diesen Fragenkreis ist übrigens keine volle Einigkeit vorhanden. Glieder des Kreises, die eine Zeitlang auf dem radikalsten kommunistischen Flügel gekämpft haben, neigen heute zu der Annahme, daß dem Proletariat überhaupt keine besondere Bedeutung bei der notwendig werdenden Umwälzung zukomme; daß es sich um ein geistig-seelisches Ereignis handle, das sich in Bürgern genau so leicht und genau so schwer vollziehen könne wie in Proletariern. Während andere, darunter der Verfasser dieses Aufsatzes, der Überzeugung sind, daß kraft der besondern geschichtlichen Konstellation die Dinge doch eben in erster Linie in den Reihen des Proletariats respektive in der tatsächlichen sozialistischen Bewegung zur Reife kommen und zur Entscheidung drängen. Darin aber herrscht bei alledem Einigkeit, daß nur von einer religiösen Grundhaltung her die Zusammenhänge wahrhaft erkannt und gedeutet und Auswirkungen erwartet werden können.

In diesem Artikel soll nicht in extenso auf den Ertrag der geistigen Arbeit eingegangen werden, die in den Blättern für religiösen Sozialismus und in einem nicht sehr ausgedehnten Schrifttum, das damit zusammenhängt, geleistet wurde. Es seien nur wichtige Grundgedanken herausgehoben.

Zunächst der geschichtsphilosophische Gedanke, im wesentlichen von Paul Tillich ausgeprägt. Tillich meint, daß sich die religiöse Kräftigkeit eines Zeitbewußtseins in der Art und Gestalt der Kulturformen darstelle. Diese Kulturformen (in Wirtschaft, Gesellschaft, Recht, Kunst, Philosophie usw.) erschöpfen sich in einer solchen Gesellschaftslage nicht in sich selbst sondern weisen über sich hinaus auf das Ewige und Unbedingte, das ja allen zeitlichen Erscheinungen gegenüber Krisis und Gericht bedeutet. In einer religiös und geistig aufgelösten Zeit wie der unsrigen erstarren dagegen diese Formen in sich selbst, sie werden gleichgültig gegen die Lebenstiefe und verkehren damit ihren Sinn: Ausdruck eines lebendigen Gehalts zu sein respektive dem Leben zu dienen, in blinde und willkürliche Herrschaftlichkeit, die immer mehr lebenzerstörend wirkt. Kulturformen müssen symbolkräftig sein, wenn sie lebenfördernde Bedeutung haben sollen. Da die kapitalistische Wirtschaft in sich kreisende Endlichkeit ist, da sie darauf besteht, da sie geradezu ihren Stolz darin setzt, daß sich ihr Sinn in ihrer endlichen Funktion erschöpft, muß der religiöse Mensch sie als lebensfeindlich und lebenzerstörend, ja als unmenschlich und gottlos bekämpfen. Natürlich nicht dadurch, daß er sie zerschlägt, sondern dadurch, daß er um den Durchbruch des Ewigen durch diese in ihrer Endlichkeit erstarrte Form ringt.

Dieser geschichtsphilosophisch-systematische Gedankenkreis ist am klarsten entwickelt: infolge der großen systematischen Schöpferkraft seines Urhebers, eben Tillichs. An und für sich bewegt uns aber nicht weniger intensiv der volkswirtschaftliche Fragenkreis, ohne daß es hier bisher auch nur annähernd zu der gleichen Klarheit gekommen wäre. Darüber besteht zwar Einigkeit, daß aller Utopismus abzulehnen ist; daß wir zunächst auf Statisierung der europäisch-amerikanischen Wirtschaftsbestände angewiesen sind. Aber dieses erzwungene Zugeständnis wird als tiefe Not empfunden, und mit ihr unmittelbar die Notwendigkeit nur um so intensiver Durchbruchs- und Ansatzstellen für eine wesentliche Umwandlung wahrzunehmen. An dieser Notwendigkeit wird um so schwerer getragen, als ja ganz ersichtlich von dem Bestand der kapitalistischen Wirtschaft Tag für Tag verheerende Wirkungen auf den gesellschaftlichen Körper ausgehen. Das Grundgefühl der kommunistischen Arbeiterschaft: daß eigentlich nicht gewartet werden kann, wird in voller Tiefe nachempfunden, und es wird gerade vom religiösen Bewußtsein her als dringende Aufgabe erfaßt die Fühlung mit diesem Grundgefühl keinen Augenblick zu verlieren. Ja, man weiß, daß dieser radikal drängende Wille gar keine andere Möglichkeit hat als sich zerstörerisch zu äußern, wenn ihm nicht von der angespannten Aufbauarbeit her wirklich produktive Möglichkeiten geboten werden. Ein sich in der gewohnten gesellschaftlichen Linie haltendes sozialpolitisches Fortarbeiten wird also unter allen Umständen als ungenügend und als dem Zustand gänzlich unangemessen erkannt. Auf der andern Seite wird allerdings deutlich gesehen, daß die Verwirklichung jedes konstruktiven Sozialisierungsplans Voraussetzungen an Kräften erfordert, die im bisherigen Bestand der Arbeiterbewegung kaum hervorgetreten sind. Nicht, als ob nicht darauf vertraut würde, daß die Kräfte an den Aufgaben wachsen. Aber die religiöse Einsicht in die Zusammenhänge menschlichen Lebens öffnet den Blick dafür, daß alle utopistische Hoffnung auf die menschliche Natur irrtümlich ist. Daß Kräfte nur aus der wahren Besinnung wachsen, die gerade darin besteht, daß man sich auf die harten Grenzen der menschlichen Natur und die innere Fragwürdigkeit der menschlichen Situation besinnt.

Von dem geistigen Ringen, das mit allen diesen Andeutungen geschildert ist, hat die Akademische Arbeitswoche ein anschauliches Bild gegeben. Die gekommen waren, um mitzuarbeiten, haben empfinden müssen, wie die führenden Glieder dieses Kreises durchaus wissen, daß sie im Problem stehen, wie sie aber andrerseits voller Zuversicht ihre Arbeit tun.

JENE Gruppe, die auf der Akademischen Arbeitswoche in einer Reihe ihrer Glieder vertreten war, aber für sich durchaus eine besondere Gruppe bildet, ist die Neuwerkbewegung, so benannt nach ihrer Zeitschrift Das Neue Werk. Sie ist von bestimmten Kreisen der christlichen Jugendbewegung, der sogenannten Schlüchterner Jugend, getragen. Der geistige Führer ist der Pfarrer, jetzt Bezirksjugendfürsorger Herrman Schafft /Kassel/, der auf der Meißner Tagung der Freideutschen Jugend im Jahr 1923 die entscheidende Rolle spielte.

Diese Bewegung hat schnell hinter einander verschiedene Stadien durchlaufen. Von starker Anlehnung an den Idealismus der politischen Demokratie ⟨und engerer Fühlung zur Demokratischen Partei durch ihren anfänglichen Führer Otto Herpel⟩ hat sie sich unter dem Einfluß Eberhard Arnolds chiliastischen Stimmungen genähert, um dann unter Schaffts Führung, dem der Herausgeber des Neuen Werks, der Schweizer Emil Blum, an die Seite tritt, immer stärker auf die gegenwärtige Problematik der sozialistischen Bewegung verwiesen zu werden. Dabei ist es aber bis heute zu einer einheitlichen und wirklich auf die Realität gehenden stoßkräftigen Bewegung nicht gekommen. Es streiten vielmehr dauernd verschiedene Tendenzen mit einander. Einmal taucht immer wieder der Gedanke auf zur Bildung einer christlichen Parteigruppe zu kommen, christlich natürlich in dem Sinn, daß mit den christlichen Grundprinzipien für die Gestaltung des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens auch wirklich Ernst gemacht wird. Von daher stammt ein unverkennbares Interesse an gewissen Vorgängen im Jungkatholizismus und in entschieden evangelisch-christlichen Kreisen, zum Beispiel denen, die sich um den frühern Reichskanzler Michaelis scharen, und die ja bei den letzten Berliner Stadtverordnetenwahlen als Christliche Volksgemeinschaft aufgetreten sind. Andrerseits wird immer, wie um ein wirkliches Verständnis für die Lage des Proletariats, so auch um eine wirkliche Fühlung mit der tatsächlichen proletarisch-sozialistischen Bewegung gekämpft, wenn man sich auch ängstlich hütet die Verbindung zu eng werden zu lassen, da man davon eine Verwischung der rein evangelischen Grundgesinnung fürchtet. Und endlich stoßen immer wieder die chiliastischen Grundgedanken durch, die sich ja notwendig da einstellen müssen, wo man ernstlich die evangelische Ethik der Bergpredigt zur Richtschnur für das tatsächliche gesellschaftliche und wirtschaftliche Verhalten nimmt. Wenn dieser Kreis auch mit der Vertiefung, die der Begriff der eschatologischen Spannung ein für allemal durch die Barthsche Theologie erfahren hat, bekannt geworden ist, so bleibt an einer ganzen Reihe seiner Glieder doch eine gewisse pietistische Enge haften, die die Spannung zur "Welt" zu einer psychologischen Kategorie macht. Bei alledem ist der Ernst, ist die innere Kräftigkeit dieser Bewegung unverkennbar. Und es findet ein fruchtbarer Austausch nicht nur zwischen den Zeitschriften sondern auch zwischen den führenden Gliedern des Kreises mit denen statt, die dem Kreis der Blätter für religiösen Sozialismus nahestehen. Auf einer rheinischen Jugendtagung

ist gelegentlich zum Ausdruck gebracht worden, daß der religiöse Sozialismus die inhaltliche Bestimmtheit sei, nach der die Jugendbewegung eigentlich immer verlangt habe, und die ihr erst zu ihrem wahren Sinn verhelfen könne. Wenn das auch sicher etwas viel gesagt ist, so trifft es für die Neuwerkbewegung zweifellos zu, und da versteht es sich, daß die Dinge in den Jugendgruppen immer wieder einmal von einer andern Seite angefaßt werden.

Es soll noch bemerkt sein, daß die chiliastische Strömung sich gelegentlich im Lauf dieser Jahre als "christrevolutionäre" Bewegung gesondert hat. Sie wies von ihrem Führer Heinrich Strünkmann her einen eigentümlich völkischen Einschlag auf. Diese Sonderbewegung ist aber so gut wie spurlos verschwunden, wenn ihre Führer auch noch leben, und man also nicht wissen kann, in welcher Form sie etwa noch wieder auftaucht.

ES ist durchaus kein imponierendes und hoffnungweckendes Bild, das der religiöse Sozialismus in Deutschland heute bietet. Es entspricht aber der Überzeugung des Verfassers, daß die Bewegung für religiösen Sozialismus als solche gar nicht zu Macht und Ansehen kommen soll. Was in ihr von Bedeutung sein kann, sind nur die echten Kräfte, die überall da wirken, wo wurzelhafte religiöse Überzeugung lebendig ist und für das Verhalten in der gegenwärtigen Gesellschaftslage Konsequenzen hat. Je unauffälliger, je weniger betont das vor sich geht, desto besser für die Überzeugung und für die Sache. Ich hoffe zuversichtlich, daß die Bewegung für religiösen Sozialismus als besondere Bewegung in dem Maß verschwindet wie die sozialistische Bewegung wirkungskräftiger wird. Die Frage, ob das religiöse Sammlungs- und Ausdrucksbedürfnis sich dann in einer erneuerten Kirche oder in ganz anderen, freieren Formen befriedigt findet, lasse ich von mir aus unbekümmert offen.

## WALTER LESSMANN · ABEND

ABENDHIMMEL wölbt sich allweit,
Abendwind klirrt leise im Wegebaum,
Abendstern funkelt still im Weltraum,
Ackerfläche dehnet, breitet sich hin,
Endlos zur Ferne.
Himmelswölbung lehnt weich
An braune Erdflur.

Schwarze Linien schwingen dort.
Menschen ahnen rauschenden Wald.
Weibes klagende Weise trägt
Kühler Wind her,
Wind trifft müde Stirn.
Sehnen sucht,
Nachtwölben umfaßt
Erdeschweigen,
Wind und Menschenlaut.

Über allem sinnt,
In allem webt Gottheit.

# ERNST KÁLLAI · MALEREI UND FILM

MIT Recht führte hier vor kurzem Adolf Behne in seinem Aufsatz über die Not der Künstler die allgemeine Teilnahmlosigkeit gegenüber Malerei und Plastik auf eine geistige Wandlung des Publikums zurück.[1] Nicht die Wirtschaftskrise hält die Menschen fern von den Ausstellungen, sondern die Tatsache, daß ihre Schaulust von anderen Dingen gefesselt wird. Behne weist auf die Popularität von technischen Ausstellungen und Sportereignissen hin. Er macht die richtige Feststellung, daß solche "Sehenswürdigkeiten" den Triebkräften des realen heutigen Lebens und seiner Durchschnittsmenschen viel gerechter werden als die Kunstsalons. Diese zeigen immer noch Bilder, deren Lebensgefühl sonntäglich-beschaulich abseits der unempfindsamen, beziehungsweiten Aktivität unserer Zeit stehen. Die Künstler solcher Gestaltungen tragen demnach selbst die Schuld an ihrer Isoliertheit und an ihrem Elend, dem weder durch Bildverleihaktionen noch durch Erleichterungen des Bilderkaufs oder durch mildtätige Staats- und Gemeindespenden abgeholfen werden kann.

Es ist nur zu begrüßen, daß Behne seine Diagnose der Kunstkrise nicht auf das wirtschaftliche Übel beschränkt hat sondern mit scharfem Blick die viel tiefere geistige Problematik der Lage erkannte. Allerdings sind die Folgen dieser Problematik für die Malerei noch entscheidender als Behne sie gekennzeichnet hat. Es handelt sich um eine Entwickelung der optischen Erlebnistriebe, der keine Malerei mehr zu folgen vermag, auch wenn sie, dem Geist unserer Zeit entsprechend, noch so intellektuell technisch und sportlich orientiert ist. Es gibt eine Malerei, die unbestreitbar aus der vollkommenen Bejahung moderner praktischer Gesellschaftsarbeit hervorgegangen ist: die konstruktivistische. Sie ist derart von der Freude an der Praxis des täglichen Lebens erfüllt, daß sie diese Praxis zum Selbstzweck erhöht und befreit, als Erfüllung aller menschlichen Lebenstriebe schlechthin verherrlicht. Der Konstruktivismus ist ein idealisierter Utilitarismus, eine künstlerische Apotheose von Technik und Intellekt, Ökonomie und Organisation. Deshalb konnte und mußte er auch in die verschiedenen Zweige der modernen Nutzbarkeit münden, in Reklame und Architektur aufgehen. Doch seine Geltung als unbedingt zeitgemäße, dem praktischen Leben der Gegenwart verbundene künstlerische Vitalität bleibt auch ohne diese Anwendung bestehen. Trotzdem haben Konstruktivismus und mit ihm alle anderen Richtungen, die irgendwie als künstlerische Bejahungen der modernen Zivilisation anzusprechen sind, die Augen des Publikums womöglich noch weniger für sich als die Maler der neuen Sachlichkeit und die Epigonen der Freilichtmalerei. Diese malen wenigstens gegenständlich und bieten somit der Schaulust des Publikums, das vor allem nach dem Was eines Bildes fragt, immerhin doch noch etwas Sehenswertes, wenn schon gerade in den gegenständlichen Bildern, zumal in jenen der neuen Sachlichkeit, sich zum großen Teil ausgesprochen kleinbürgerlich-empfindsame Stimmungen äußern. Die moderne Aktivität mit der Großstadt als ihrem hauptsächlichsten Wirkungsfeld hat eben ein anderes optisches Erlebnisäquivalent gefunden, dem sie sich voller Bewußtsein hingibt. Es existieren schon Bilder, in denen der typisierte,

1) Siehe *Behne* Worin besteht die Not der Künstler?, in diesem Band der Sozialistischen Monatshefte Seite 36 und folgende.

mechanisierte und aus kapitalistischen Erwerbsverhältnissen zur Rastlosigkeit gezwungene Mensch die Erfüllung seiner Schautriebe erlebt. Allerdings abseits der Malerei. Es sind die Photographieen der illustrierten Magazine, die prunkvollen Bilder der Revuen und vor allem die Sensationen der Kinos, die jetzt die Hauptschar aller Aufnehmenden an sich ziehen.

Das Kino vermag sowohl den Proletarier wie den Bourgeois, den Handarbeiter wie den Intellektuellen zu fesseln. Und seine Popularität wird sich auch dann behaupten, wenn es zur höchsten Kultur eigenen Stils emporsteigt. Auch der geistig vornehmste Film besitzt jene Eindringlichkeit des gegenständlichen Augenscheins, die ihm den Kontakt mit dem naiven Publikum sichert. Der Film kann die ganze Fülle unseres modernen optischen Weltbilds über die Zuschauer streuen, ohne die Grenzenlosigkeit des Inhalts mit einer mehr oder weniger chaotischen Verworrenheit der Form erkaufen zu müssen. Und er vermag das Erblühen des kleinsten irdischen Lebewesens mit einer strahlenden Deutlichkeit vor unser Auge zu führen, die absolut naturgetreu wirkt, ohne sentimental objektbehaftet zu sein wie die Malerei, wenn sie genau darstellen will. Das gegenständliche Fassungsvermögen des Films ist der Malerei unendlich überlegen. Schon dieser eine Umstand genügt, um das Massenpublikum, das in erster Reihe doch immer vom gegenständlichen Inhalt des Bildes angezogen wird, den Gemäldeausstellungen abspenstig zu machen und es dem Kino zuzuführen. Und dabei hat das Kino eine noch viel mächtigere Anziehungskraft: Seine Bilder bewegen sich. Der unerschöpflich abwechslungsvolle Reichtum des Gegenständlichen selbst wird durch das Moment der Bewegung und Veränderung potenziert. Die an sich schon bewunderungswerte räumliche Vielheit wird zeitlich abgewandelt. Das optische Erlebnis vermag nicht allein Natur- und Milieuschilderungen im engern oder weitern Sinn zu fassen. Das Bild der Landschaft wird zur bunten Szenenfolge, zum örtlichen Rahmen von Geschehnissen, von Handlungen romanhaften oder dramatischen Charakters. Ist es nicht schon die Natur selbst, die sich auf der Leinwand bewegt, so gibt es doch immer irgendetwas dabei, was "los ist". Menschenschicksale entrollen sich und laufen ab. Spannung folgt auf Spannung, unausgesetzt tauchen Bilder des neuen szenischen und zugleich tragischen oder komischen Gehalts auf, um, kaum erfaßt, schon wieder dahinzuschwinden, ohne sich auch nur an einem Punkt zu Beharrung und letzter Tiefe zu sammeln. Das optische Erlebnis geht restlos im Fluß der Bewegung auf, was dem Wunsch des Kinobesuchers nach Zerstreuung sehr entgegenkommt.

Anders die Malerei. Sie zwingt dem, der sie in ihrem Wesen erleben will, ein Gefühl des unverrückbar Gegenwärtigen, des Festgewurzeltseins auf. Nicht so sehr durch die optische Unbeweglichkeit der Darstellung; denn diese ist auch in der Photographie gegeben, ohne daß man hier einen Zwang der Beharrung fühlte. Die Suggestion der Statik in der Malerei ist durch das Wesen des malerischen Erlebnisses bedingt. Zwar besteht dieses Erlebnis in einer zeitlich ausgedehnten, also durch verschiedene Zeitabschnitte fließenden psychischen Erregungsfolge. Trotzdem wird es auf der Bildfläche zu einer Vorstellung *zusammengemalt*, in der sämtliche zeitlich auseinanderfallende Erlebnismomente gleichzeitig und synthetisch gegeben sind. Der ganze Erlebnisverlauf staut sich gewissermaßen in dieser Gleichzeitigkeit und verharrt darin. Soviel auch das schöpferische Erlebnis des Malers selbst auf sich bewegende Erscheinungen der Wirklichkeit oder der Phan-

tasie gerichtet sein mochte, diese Bewegung kommt im Bild nur andeutungsweise, als ein Komplex von unbestimmten Assoziationen, zur Geltung. Empfindungen, Gefühle werden erweckt, deren Schwingungen in sich selbst zurückfluten wie der Wellengang eines bewegten Meeres. Selbst das aufgelösteste impressionistische Erlebnis mündet in der beharrenden Gleichzeitigkeit aller Bildteile und zwingt den Betrachter sich in ein äußerst verschlungenes Netz von Assoziationen hineinzuverweben, um die pulsierende Vitalität des Bildes miterleben zu können. Es wird ihm ein recht ansehnlicher Grad von psychischem Nachgestaltungsvermögen zugemutet. Er muß sozusagen malerische Noten lesen können und eine gewisse Routine des Spielens auf der psychischen Klaviatur aufbringen. Nur so wird es ihm möglich sein den zur Statik gestauten Erlebnisgehalt des Bildes nachfühlend wieder in Schwingung zu bringen. Gelingt ihm das, so lebt der ganze Bewegungsgehalt des Bildes doch immer nur in gestaltlosen, unklaren Gefühlen. Seine Vorstellung bleibt im Unbeweglichen eines optischen Moments gesammelt, zusammengedrängt. Will er bei der Betrachtung des Bildes nicht zu kurz kommen, so muß er sich in diesem Moment häuslich einrichten, wozu es aber eines intuitiven Vertrautseins mit der besondern Art des Malers bedarf. Der typische Mann aus dem Publikum aber, der todmüde von der Tagesarbeit abends immer noch Kraft und Interesse für den Kinobesuch hat, allen Kunstausstellungen hingegen auch am Sonntag aus dem Weg geht, dieser Publikumsmensch ist nicht geneigt zwischen seine Schaufreude am Gegenständlichen und dieses Gegenständliche selbst solch komplizierten Vermittlungsapparat zu setzen wie der Maler mit seiner künstlerischen Persönlichkeit es ist. Er braucht ein möglichst unproblematisches, sachliches und in die Augen springendes Bild der Dinge selbst, das er leicht erfassen, aber auch leichten Herzens schwinden sehen kann. Der harmloseste Kleinbürger, der seßhafteste Spießbürger ist in seinen optischen Erlebnistrieben durch das Kino zu einem richtigen Nomaden geworden. Er hat weder Geduld noch Verinnerlichungsfähigkeit genug, um die Festlegung der Dinge und Geschehnisse in knifflig-tiefgründigen und vielschichtigen Malerseelen "mitmachen" zu können oder zu wollen. Der Kinobesucher, und er ist die Masse der "Augenmenschen", die als sozialer Faktor gelten kann, weiß mit solchem Selbstbekenntnis nichts anzufangen, und sei es noch so erschütternd, glückhaft oder tragisch. Gewiß sieht er seine Kinodramen und -romane an und verfolgt das Schicksal ihrer verschiedenen Helden, die ja auch Persönlichkeiten darstellen und durch Handlung und mittels Zwischentexten genug Bekenntnisse üben. Aber das ist eben Theater, in dem "allerlei vorgeht". Wenn Menschliches, Allzumenschliches sich in spannend verwickelten Handlungen, in mimisch und körperlich bewegten, szenisch wechselvollen Bildern und in knappen Zwischentexten äußert, so ist das Publikum dabei. Daß aber dieses Publikum in einer Plastik oder in einem Gemälde das lebendige Wachstum oder das harmonische Gesetz der Form erfühle, wäre zu viel verlangt. Wie sollte auch der vielbeschäftigte Mensch des Alltags Augen und Sinn für die tiefverzweigten und kunstvoll gestalteten räumlichen, farbigen und formalen Beziehungen haben, in die der Maler einen Blumentopf oder eine Kaffeekanne etwa zu bringen vermag? Was sollte ihn reizen sich dem Erfühlen ihrer komplizierten Gesamtordnung zu widmen, im Anblick ihres verewigten statischen Gleichmaßes zu verharren, da er nur das bescheidene "Motiv" vor sich sieht? Und selbst, wenn es sich

um große historische oder religiöse Gemälde handelt, deren Gegenstände schon sein Interesse reizen könnten, so bleiben doch diese Darstellungen hinter dem, was er im Kino sieht, weit zurück. Die Bilderfülle der Zehn Gebote oder des Quo vadis? macht dem Film kein Maler nach.

Der herrschende Mensch unserer Zeit ist technisch geprägt, ganz auf das Irdische konzentriert, sachlich und aktivistisch. Er ist extensiv, drängt nicht zur mystischen sondern zur technisch-physikalischen Aufhebung aller Erdengrenzen von Zeit und Raum. Er beherrscht diese Grenzenlosigkeit durch ein System von ständig flutenden Beziehungen des Güter- und Menschenverkehrs, der Laut- und Zeichenübermittlung, der Presse und der Bildtelegraphie. Die Malerei ist schlechthin unfähig diesem Menschen zu folgen, seinen Aktionsradius zu umspannen, das Kaleidoskop seines Lebens einzufangen. Zunächst, weil in allen Richtungen der Malerei notwendigerweise ein Aufwand von Subjektivität herrscht, der in keinem Verhältnis zu dem Gehalt des Bildes an sachlichen Wirklichkeitsbeziehungen steht, selbst dort nicht, wo naturgetreuste Darstellung bewußt angestrebt wird. Denn hier verengt und versteift sich das Bild der Wirklichkeit zum kleinlichen Detail, das herauszuarbeiten und zu verewigen unökonomische Handwerksarbeit bleibt. Dieses umständliche gegenseitige Durchdringen von Gegenstand und Malersubjektivität belastet das Bild mit einem beschränkten und schwerfälligen, im Grunde sentimentalen Haften am Dinglichen. Mit einer Bürgerlichkeit des Lebensgefühls also, die heute tatsächlich nur noch als sonntäglich-beschauliches Abseitsstehen gelten kann.

Will aber die Malerei aus diesen eng verschlossenen, oft stickig gemütvollen Beziehungen hinaus, aufs weite offene Feld moderner Aktivität vorstoßen und dieses Feld, gleichsam aus Fliegerschau gesehen, als Gesamtheit beherrschen, so muß sie zur Abstraktion greifen, um durch die drängende Fülle des Gegenständlichen nicht chaotisch zu werden. Sie vermag sich zwar auch im Fall der Abstraktion sachlich zu meistern, wie es der Kubismus eines Léger oder Gleizes und der Konstruktivismus getan haben. Aber hier ist es wieder der Mangel an Darstellung, der das quantitative Mißverhältnis zwischen beziehungsweiter Malersubjektivität und konkreter Wirklichkeit bedingt. Die Malerei erliegt in solchen Fällen nur allzu leicht den Gefahren des lediglich Gebärdenhaften, Ästhetischen, Allgemeinen. Und sie ist der vielleicht noch schlimmern Gefahr ausgesetzt nur für bevorzugte Spezialgeister bestimmt, esoterisch und exklusiv zu werden. Allein der Film ist imstande mit einer präzisen Wirklichkeitsdarstellung gleichzeitig überlegene, wenn auch mechanisierte Distanz zu den Dingen zu bewahren, ihr Bild zu einer wechselvollen Schau jeder Realität schlechthin auszudehnen. Diese Fähigkeit des Films uns zur ganzen Vielheit und Grenzenlosigkeit des Lebens optisch in Beziehung zu setzen, korrespondiert mit unserm Lebensgefühl, das jenseits von Heimkult und Heimatskult, vom Persönlichkeits-, Familien- und Nationalgedanken nach internationaler Gemeinschaft drängt. Nur der Film ist es auch, der durch seine Kinetik ein optisches Erlebnis der rastlosen Aktivität dieser Gemeinschaft zu bieten vermag. Wie bleiben die Mittel der Malerei hinter dieser Kinetik und ihrem Reichtum an Spannungen zurück! Es gab Versuche der Malerei (vor allem der Futurismus zählt hierher) die Bewegungsfülle der modernen Welt, insbesondere der modernen Großstadt, einzufangen. Doch sie geben alle nur den Ausdruck der psychischen Erregtheit des Künstlers, nicht aber den Eindruck der ungeheuer flutenden und

vielgestaltigen Wirklichkeit. Diese Bilder mit ihrer zumeist krankhaften und überdies fiktiven Beweglichkeit sind bis zu einem gewissen Grad alle formlos-chaotisch. Auch vermitteln sie von dem machtvollen Wellengang moderner Weltkinetik selbst im besten Fall gleichsam nur das gekräuselte Spiel des Gischts, ohne die substanzielle Durchdringung, das Getragensein alles konkret Wirklichen durch die Bewegung zu zeigen. Diese universale Kinetik in ihrem Wesen, das heißt als eine Summe von bestimmten Einzelmomenten zum optischen Erlebnis zu bringen ist nur dem Film möglich. Die Malerei wird auf der ganzen Linie moderner optischer Erlebnismöglichkeiten unaufhaltsam zurückgedrängt, auch wenn sie noch so Schritt halten will. Ihre Unfähigkeit das extensive Lebensgefühl unserer Zeit auf eine der Eindringlichkeit und Massenwirkung des Films ebenbürtige Weise objektivieren zu können geht auf Wesensbedingungen dieser Kunst zurück.

Die unbeschränkte Extensität des Films ist durch die photographische Mechanisierung des Bildes ermöglicht. Demgegenüber bleibt das Gemälde selbst in seiner intellektuell und sachlich strengsten Form immer noch eine organische Gestaltung mit der ganzen Unmittelbarkeit menschlicher Selbstäußerung und mit der ganzen Hoheit geistiger Synthese. Im Spiel- und Kulturfilm nimmt das moderne Leben selbst seinen mechanisierten Lauf über zahl- und abschlußlos aneinandergereihte Episoden. Der Film ist das optische Erlebnis des Menschen unserer Zeit, zur äußersten Konsequenz getriebener, mechanisierter Impressionismus, Objektivierung eines sich nur im Extensiven und Vorübergehenden erschöpfenden Lebens. Der Konstruktivismus aber und die aus seinem Geist erzeugten neueren Bilder eines Baumeister etwa oder die aus kubistischer Zerschichtung neu geschaffenen Kompositionen der Braque, Muche usw. sind Versuche bei aller Bejahung dieses Lebens doch so viel Abstand von seiner zersplitterten Unstetigkeit zu gewinnen, daß eine sinnvolle Organik der Form möglich sei. Freilich müssen Geist und Gebaren solcher Versuche notwendigerweise dekadent überfeinert und dekorativ sein. Bedeuten sie doch letzte Kulturpositionen eines akulturellen Lebens, das, zur Synthese ungeeignet, mit Typen wohl, aber nicht mit Symbolen bedacht werden kann; höchstens mit ästhetischen Paraphrasierungen.

Doch es ist immer noch stilsicherer, wenn die Malerei sich bewußt auf ihr eigenes Gebiet zurückzieht, eine Exklusivität wider Willen und die Beschränkungen der Statik und des Motivischen mit in Kauf nehmend, als wenn sie der extensiven Kinetik unserer Zeit nacheifert und vergeblichen Anstrengungen verfällt. Mag sie damit abseits herrschender Realitäten geraten, naturversunken und lyrisch, sogar traumbefangen und spintisierend sein. In dieser Sonderstellung sammeln sich schließlich auch berechtigte Widerstände gegen das mechanistische Räderwerk der technisch-intellektuellen, kapitalistisch-nutzbarkeitsbesessenen Zivilisation; Widerstände, die sehr wohl zur befruchtenden Korrektur führen können. Man klagt über den gegenwärtigen Zustand unserer Zivilisation mit ihrer mörderischen Technik des Lebens. Die Entwickelung drängt schon aus nackter Existenznotwendigkeit zur Entspannung, zu einer Verteilung und Versöhnung der Kräfte. Sie drängt zu einem Menschen, der genug innere Ruhe haben wird, um bei aller Aktivität sich doch in einem Sein tiefster Geschlossenheit und Formvollendung sammeln zu können.

# RUNDSCHAU

## ÖFFENTLICHES LEBEN

### Staatssozialismus / Walther Pahl

**Produktionsgedanke und Staatssozialismus**

In der bürgerlichen Presse wird heute vielfach der Staatssozialismus unserer Tage als "kalte Sozialisierung" bezeichnet. Dieser Ausdruck stammt von Hjalmar Schacht, der angesichts der immer zahlreicheren wirtschaftlichen Einrichtungen zur Ausschaltung der freien Konkurrenz vor einer Sozialisierung der deutschen Wirtschaft auf kaltem Weg glaubte warnen zu müssen. Der Staatssozialismus, heißt es in der Kölnischen Zeitung vom 19. Dezember 1925, »verdirbt wie eine Seuche unsere Wirtschaftsgesinnung und Staatspraxis . . . Das deutsche Bürgertum merkt gar nicht, in wie hohem Grade es zwar nicht den Dogmen, aber einem gewissen Ausschnitt der Gesinnung und Haltung des Sozialismus, vor allem in seinem Verhältnis zum Staat, erlegen ist. Man fühlt sich versucht von einer Art listigen Rache des Sozialismus zu sprechen, dessen Frontalangriff zwar durch Gesellschaft und Wirtschaft abgeschlagen wurde, dessen geistige Unterminierung und Vergasung der bürgerlichen Front aber teilweise gelungen ist und noch weitere Kreise zu ziehen scheint.« Doch sind sich die Vertreter der Privatwirtschaft darüber klar, daß es sich hier um einen an sich unaufhaltsamen Vorgang handelt, gegen den einen entschlossenen Gegenstoß zu führen deshalb schwer möglich ist, weil dieser Prozeß der zunehmenden Durchdringung der Wirtschaft mit öffentlichrechtlichen Organisationselementen sich einerseits größtenteils unabhängig von einer planmäßigen Beeinflussung durch sozialistische Organisationen vollzieht, und andrerseits es ja gerade die privaten Gewerbetreibenden sind, die heute in jeder Notlage und Schwierigkeit am lautesten nach der Hilfe des Staates rufen.

In der Tat zeigt sich hier ein chronischer Krisenzustand des privatkapitalistischen Systems. Wir haben heute kein klar gegliedertes System der freien Wirtschaft mehr. An die Stelle der persönlichen Übernahme des Risikos ist einmal die kollektive Selbstbindung des Unternehmertums getreten. Vor allem aber haben die staatlichen Eingriffe in das Wirtschaftsleben dazu geführt, daß heute dem Wirtschaftsindividualismus verhältnismäßig wenig Raum zur Betätigung geblieben ist. Der Staat ist zu einer Wirtschaftsmacht allerersten Ranges geworden. Das haben uns seine Aktionen in der letzten Zeit deutlich vor Augen geführt. Man denke an das Vorgehen des Staates bei der Stinnessanierung, bei der Kredithilfe für Mansfeld und Rheinmetall und bei der Bestellung eines Staatskommissars im Fall Giesche. Ferner sind hier jene Fälle zu erwähnen, wo aus der Wirtschaft selbst der Ruf nach staatlicher Subvention ertönte, so bei der Kredithergabe an die Werftindustrie, bei den Bestrebungen zur Schaffung einer Zentrale zwecks Regulierung der Preise landwirtschaftlicher Produkte und endlich bei der Forderung der Errichtung eines Tabakmonopols. Verwiesen sei schließlich auch auf die erhebliche aktive Beteiligung des Reichs an der deutschen Elektrizitätsversorgung.

Man braucht nicht zu übersehen, daß der Staat die Mittel zu solchen Eingriffen in das private Wirtschaftsgeschehen zum Teil der privaten Wirtschaft selbst vorher entzogen hat, die zwar widerwillig, aber aus der Erkenntnis heraus, daß die Politik doch ihr Schicksal sei, ihre Kräfte seit 1923 dem Staat zur Verfügung stellte, um ihn nach der Schwächung durch die Inflation wieder auf gesunde Grundlagen zu stellen. Es muß anerkannt werden, daß die Privatwirtschaft die radikalen Maßnahmen, die für den Gesundungsprozeß des Staates notwendig waren, opferwillig ertragen hat. Seine heutige Kreditmacht verdankt der Staat zum Teil einer scharfen Anspannung der Steuerschraube auf Kosten der Wirtschaft. Überdies darf nicht verkannt werden, daß der primäre Grund für die Erweiterung der öffentlichen Machtsphäre in der Wirtschaft viel tiefer in einer Krise des privatkapitalistischen Systems liegt. Die Kräfte des wirtschaftlichen Individualismus beginnen zu erlahmen. Das beweist die Tatsache, daß die Ausdehnung der wirtschaftlichen Macht des Staates sich ja nicht nur auf Deutschland beschränkt sondern in allen Ländern Europas sich mehr oder weniger ausgeprägt bemerkbar macht, vor allem auch in England, dessen Wirtschaft sich in zunehmendem Maß mit staatssozialistischen Elementen durchsetzt. Auch das liberale Unternehmertum kann sich heute großenteils nicht mehr der Einsicht verschließen, daß die Kräfte der

freien Konkurrenz eine Gestaltung des Produktionsplans unter voller Entfaltung der Produktivkräfte nicht mehr gewährleisten. Der Produktionsgedanke läßt an dem schöpferischen Wert der freien Wirtschaft immer mehr Zweifel aufkommen und drängt die Privatwirtschaft zu einer Verflechtung mit der Wirtschaft der öffentlichen Körperschaften.

Angesichts dessen sollte die Arbeiterklasse endlich darauf verzichten sich die Argumente für die Sozialisierung aus der Konsumsphäre zu holen, derart, daß man immer wieder die Sozialisierungsforderung mit der Notwendigkeit einer Übereinstimmung des nationalen Produktionsplans mit den Bedürfnissen des Konsums begründet. Die Sozialisierung der Wirtschaft wird dadurch nicht weiter getrieben sondern höchstens gehindert. Die Hemmungen, die der Sozialisierung entgegenstehen, verringern sich in dem Maß, in dem sich die Arbeiterklasse für die Begründung der Sozialisierungsforderung den Gedanken einer Steigerung der wirtschaftlichen Produktivkräfte zu eigen macht. Der Konsumentenstandpunkt drängt in eine sinnlose Oppositionsstellung und hindert die sozialistischen Organisationen daran sich schon heute das Maß von Wirtschaftskenntnis zu erwerben, das notwendig ist, wenn man in einer vollendeten "Organisationswirtschaft" führend vertreten sein will. Das starre Beharren auf dem Konsumentenstandpunkt ist nicht zuletzt auch daran schuld, daß man sich immer noch dagegen wehrt in dem Staatssozialismus vom sozialistischen Standpunkt aus einen entschiedenen Fortschritt zu sehen und an seinem Ausbau planvoll mitzuarbeiten. Immer noch ist die Vorstellung, daß die Wirtschaft von sich aus "sozialisierungsreif" werden wird, und man eines Tages die kapitalistische Wirtschaft werde "übernehmen" können, nicht gänzlich über Bord geworfen.

Der Fortschritt der staatssozialistischen Durchdringung der Wirtschaft hängt zwar nicht von der Stellungnahme der Arbeiterklasse zu ihr ab, denn sie ist ein unaufhaltsamer Prozeß. Aber die Stellungnahme der Arbeiterklasse zu diesem Prozeß entscheidet darüber, ob der Staatssozialismus in eine planmäßig organisierte Wirtschaft einmünden wird oder nicht. Mit der Redensart "Staatssozialismus, das ist ja nicht unser Ziel" glaubt man immer noch dem Staatssozialismus eine grundlegende Bedeutung für die Entwickelung zur sozialistischen Wirtschaft absprechen zu können. Es ist notwendig, daß die sozialistischen Organisationen eine planvolle Einstellung zu der staatssozialistischen Durchdringung des Wirtschaftslebens finden und darangehen eine positive Wirtschaftspolitik zugunsten der Erweiterung der öffentlichen Machtsphäre in der Wirtschaft zu treiben. Wobei sie sich aber vor einer blinden Unterstützung der Staatswirtschaft auf Kosten der wirtschaftlichen Produktivität hüten müssen. Es wird vor allem zu verhüten sein, daß die wirtschaftliche Betätigung des Staates, wie vielfach heute, im rein fiskalischen Interesse erfolgt.

Die Schädlichkeit des heutigen Staatssozialismus liegt vor allem in seiner Systemlosigkeit, »in deren Dunkel«, wie Fritz Baade am 15. Januar in der Gewerkschaftszeitschrift Die Arbeit ausführte, »immer wieder die Gefahr entstehen muß, daß die staatlichen Eingriffe in das Wirtschaftsleben sich jeder demokratischen Kontrolle entziehen und schließlich zum Tummelplatz geschickt verborgener Sonderinteressen werden«. Hier hat die sozialistische Wirtschaftspolitik die Aufgabe alle Kräfte daranzusetzen, damit in das ungeordnete Durcheinander gemeinwirtschaftlicher Betätigung Plan und Geschlossenheit kommt. Man sehe sich zum Beispiel die Anarchie auf dem Gebiet der Elektrizitätswirtschaft an, von der heute schon vier Fünftel in den Händen des Reichs, der Einzelstaaten und der öffentlichen Körperschaften sind. Eine Organisation unter einheitlichem Gesichtspunkt ist hier zu einer dringenden Notwendigkeit geworden. Das Neben- und Gegeneinanderarbeiten von Reichs-, Landes- und Provinzelektrizitätsunternehmungen muß auf die Dauer die Elektrizitätswirtschaft in unökonomische Bahnen lenken. Das kann nur dadurch verhindert werden, daß die Landes- und Provinzwerke in einer einheitlichen Reichselektrizitätsverwaltung aufgehen. Dieses Beispiel zeigt, in welcher Richtung die planmäßige Mitarbeit der sozialistischen Wirtschaftspolitik an der staatssozialistischen Durchdringung des Wirtschaftslebens vonnöten ist, die sich heute größtenteils auf eine geheimnisvolle unterirdische Art vollzieht.

**Gemeinnützige Geldinstitute** Die zentrale Zusammenfassung der gemeinnützigen Geldinstitute, der Sparkassen und Kommunalbanken, erfolgt an der Spitze im Deutschen Sparkassen- und Giroverband und in dessen Bank-

organ Deutsche Girozentrale - Deutsche Kommunalbank. Diese gemeinnützigen Bankinstitute sind in der letzten Zeit Gegenstand scharfer Angriffe seitens der Privatbanken gewesen. Auf einer Mitte Februar veranstalteten genossenschaftlichen Tagung wurde von dem Vorstandsmitglied der Dresdener Bank Walter Frisch wieder sehr scharf über die "kalte Sozialisierung" im allgemeinen und die gemeinnützigen Bankinstitute im besondern gesprochen. Gegenüber den Angriffen der Privatbanken wird in dem jüngst veröffentlichten Bericht der Deutschen Girozentrale festgestellt, daß seit dem Krieg keine Aufblähung der öffentlichen Banken erfolgte. Die 3000 Sparkassen, die es heute gibt, bestanden bereits vor dem Krieg; es wurden nur 12 neue Girozentralen gegründet, und die Zahl der selbständigen Kommunalbanken im ganzen Reich beträgt kaum mehr als 60. Aus zwingenden wirtschaftlichen Gründen mußten diese Anstalten bisher überwiegend kurzfristige Anleihen gewähren. Der Aufgabenkreis der Sparkassen von heute ist ein anderer als vor dem Krieg. Die alten Sparguthaben sind heute verschwunden, und die neuen Sparkonten stammen vorläufig nur von "Zwecksparern", das heißt, es wird wohl wieder gespart, aber nicht wie vor dem Krieg für einen sorgenfreien Lebensabend sondern zu einem bestimmten Zweck für bestimmte Zeit (Wohnungsbau, Anschaffungen usw.). Die Folge ist, daß das Sparguthaben, sobald es eine bestimmte Höhe erreicht hat, abgehoben und verwendet wird. Indessen ist es den Sparkassen heute bereits wieder möglich in begrenztem Umfang kleinere Beträge langfristig als Hypothek in Gestalt von Baudarlehen hinauszugeben. Vor kurzem hat die Deutsche Girozentrale sogar eine langfristige Kommunalanleihe von 20 Millionen Reichsmark ausgegeben. Es ist zu wünschen, daß die Sparkassen usw. sich stärker als bisher dem Mittelstandskredit und dem Realkredit zuwenden und sich nach Möglichkeit von bankmäßigen Geschäften im engern Sinn fernhalten. Sparkassen und Kommunalbanken, ja Girozentralen verfügen nicht immer über die Einblicke, die für die Sicherstellung eines Kredits an größere industrielle Unternehmungen notwendig sind. Die Privatbanken sind da in einer viel günstigern Lage, weil sie mit der Industrie vielfach eng verbunden und imstande sind durch ihre Vertreter den Aufsichtsrat usw. ständig zu überwachen. Die gemeinnützigen Bankinstitute sind in der letzten Zeit hier nicht allzu vorsichtig gewesen, so daß es zu einigen Verlusten kam. Das sollte den Privatbanken, die sich in jeder Hinsicht der Unterstützung durch die Industrie erfreuen, um so weniger Anlaß zu einer Bekämpfung der gemeinnützigen Bankinstitute sein als diese Verluste durchweg durch Kreditgewährung an industrielle Unternehmungen entstanden sind.

Heftig wehren sich die Privatbanken gegen den auf dem Deutschen Sparkassen- und Girotag in Köln vorgebrachten Anspruch der gemeinnützigen Geldinstitute auf Gleichberechtigung mit den Privatbanken bei Einräumung eines der Finanzkraft der Girozentralen angepaßten Wechselkontingents. Die Sparkassen verfügen bei der Reichsbank bisher nur über ganz geringfügige Wechselkreditkontingente. Sie durften nur einen Bruchteil desjenigen Wechselkontingents bei der Reichsbank in Anspruch nehmen, das weit weniger bedeutenden Privatfirmen zustand. Die Privatbanken begründen die Ablehnung der Gleichbehandlung der gemeinnützigen Bankinstitute mit der Behauptung, daß die Bedingungen, unter denen beide Bankgruppen arbeiten, zu verschieden seien. Als Hauptgrund wird angeführt, daß der überwiegende Teil der kurzfristigen Gelder der Sparkassen und Giroorganisationen nicht die Spareinlagen seien, die hier mit den Depositen der Privatbanken in eine Reihe gestellt werden könnten, sondern die in die öffentlichen Kassen fließenden Steuern und Gebühren. Das ist eine durchaus irrige Ansicht. Die Sparkassen und Girozentralen verwalten öffentliche Gelder nur in geringer Höhe, hauptsächlich aber die Einlagegelder der kleinen Sparer. Diese Einlagen dürften heute bereits wieder 2 Milliarden Mark überschritten haben. Die Giroverbände dienen nur als Ausgleichkassen für die Spitzenbeträge, während die Einlagen bei dem Grundsatz der Dezentralisation den gleichen Kreisen zugeführt werden, von denen die Einlagen stammen. Dieses Geschäft ist kostspieliger als die Großgeschäfte der Privatbanken, die Zinsspanne aber zwischen den Spargeldern der Einlagen und Darlehen der Sparkassen ist viel geringer als bei den Privatbanken. Wie aus dem Geschäftsbericht der Deutschen Girozentrale hervorgeht, war das Geschäftsergebnis trotzdem außerordentlich gut. Die allgemeinen Unkosten sanken infolge einer Reorganisation des Betriebs um ein beträchtliches. Die Liqui-

dität wurde erheblich gesteigert. Ein besonderes Verdienst hat sich die Deutsche Girozentrale durch die Zentralisierung des gesamten Sparkassenrevisionswesens erworben.

Ein schwerer Fehler der gemeinnützigen Bankinstitute muß in ihrer Personalpolitik erblickt werden. Die Anzahl der in den gemeinnützigen Kreditinstituten angestellten Bankfachleute steht, was insbesondere für die leitenden Stellungen gilt, in keinem Verhältnis zu der überaus großen Anzahl solcher Angestellten, die aus Kommunalverwaltungen und Offizierskreisen übernommen wurden. Es wäre vonnöten, daß der Beamtenapparat der gemeinnützigen Geldinstitute mit gut geschulten Bankbeamten durchsetzt würde.

Die preußische Regierung hat neuerdings durch einen besondern Erlaß eine weitere Errichtung kommunaler Geldinstitute außerordentlich erschwert. Anlaß dazu gab die Tatsache, daß sich in letzter Zeit die Verluste an Spekulationsgeschäften übermäßig gehäuft haben. In ihren Arbeitsmethoden bedürfen die gemeinnützigen Bankinstitute einer Umstellung in der Richtung, daß sie sich mehr als bisher dem Realkredit und dem Mittelstandskredit zuwenden.

**Deutsche Reichspost**

Nachdem die Reichspost durch das Postfinanzgesetz in ein selbständiges Unternehmen des Reichs umgewandelt worden ist, hat sie seit dem 1. April 1924 die Bekanntgabe von monatlichen Einnahmen- und Ausgabenübersichten eingestellt. Ende 1925 veröffentlichte sie eine Denkschrift, um ihre vielfach bemängelte Wirtschafts- und Finanzgebarung zu rechtfertigen. Leider hat die Reichspost in dieser Übersicht über ihre Finanz- und Wirtschaftslage keine Spezialisierung der Positionen nach den einzelnen Quellen vorgenommen, so daß aus den veröffentlichten Zahlen keine ganz zuverlässigen Schlüsse gezogen werden können. Immerhin bekommt man ungefähr ein Bild, zumal wenn man die Zahlen mit denen von 1913 vergleicht. Die Personalausgaben betrugen für 1924 856 Millionen und wurden für 1925 mit 1098 Millionen veranschlagt. 1913 beanspruchten sie noch nicht 600 Millionen für das jetzige Reichsgebiet. Diese ungeheure Steigerung kann durch die allgemeine Steigerung der Nominalgehälter, durch die Abbaulasten und die Erweiterung des Geschäftskreises der Post nicht vollständig gerechtfertigt werden. Man ist geneigt den Kritikern recht zu geben, die der Post Unwirtschaftlichkeit vorwerfen. Die ebenfalls außerordentlich große Steigerung der Sachausgaben von ungefähr 260 Millionen im Jahr 1913 auf 729 Millionen für 1924 und 617 Millionen für 1925 erklärt sich daraus, daß 175 Millionen für Neuanlagen vorgesehen sind. Leider kann die Notwendigkeit dieser Neuanlagen nicht nachgeprüft werden, aber die Vermutung, daß bei der Reichspost eine ungesunde Thesaurierungspolitik getrieben wird, liegt um so näher, als neben den 175 Millionen für Neuanlagen noch eine weitere Erhöhung des Betriebsmittelfonds um 5 Millionen und eine Erhöhung der allgemeinen Rücklage um 42,7 Millionen vorgesehen ist. Nachdem man noch 1923 die Deckung der laufenden Ausgaben aus den ordentlichen Einnahmen für unmöglich erklärte, scheint man es heute für selbstverständlich zu halten, daß außerordentliche einmalige Ausgaben durch laufende Einnahmen gedeckt und außerdem noch erhebliche Rücklagen angesammelt werden dürfen.

Das Material der Denkschrift ist jedoch zu unvollständig, um ein schlüssiges Urteil fällen zu können. Es wäre zu wünschen, daß die Reichspost wieder wie früher Monatsübersichten gibt. Erst dann wird man genau entscheiden können, ob sie nicht in der Lage ist aus ihren Einnahmen beträchtlichere Summen an den allgemeinen Reichshaushalt abzuführen.

**Elektrizitätswirtschaft**

Im *preußischen* Landtag ist der Entwurf zu einem Gesetz über die Bereitstellung von Geldmitteln für die Ausgestaltung des staatlichen Besitzes an Elektrizitätsunternehmungen eingebracht worden. Der Freistaat Preußen beabsichtigt damit durch einen ökonomischen Ausbau der eigenen Unternehmungen und durch weitere Beteiligung an privaten Elektrizitätswerken einen bestimmenden Einfluß auf die Stromversorgung in Preußen zu nehmen. Den Bestrebungen der preußischen Regierung liegt ein einheitliches elektrowirtschaftliches Programm zugrunde, das also lautet: 1. Eine weitere Zersplitterung, vornehmlich auch beim Ausbau der noch nicht erschlossenen bedeutenden preußischen Wasser-, insbesondere Speicherkräfte soll unbedingt verhindert werden. 2. Durch Rationalisierung und große Zusammenschlüsse ist die Stromversorgung den jeweils wirtschaftlich am besten arbeitenden Werken zu übertragen. 3. Auf der Grundlage ermäßigter Selbstkosten, geringer Gewinnaufschläge und möglich-

stem Ausschluß unnützer Zwischengewinne ist eine Verbilligung des Strombezugs herbeizuführen. 4. Die Benutzung der elektrischen Kraft ist weitestgehend zu fördern, der Verbrauch zu heben, insbesondere sind auch die bisher unversorgten preußischen Gebiete elektrowirtschaftlich zu erschließen, unter grundsätzlicher Anerkennung der natürlichen Produktionsbedingungen der verschiedenen Wirtschaftsgebiete, das heißt ohne Beseitigung der Standortsvorteile, durch Einführung von Einheitstarifen. Für die Durchführung dieser staatlichen Elektrizitätswirtschaftspläne sind zunächst 54 Millionen Mark angefordert worden.

So sehr es zu begrüßen ist, daß der preußische Staat mit dem Gesetz eine Entstehung großer Privatmonopole verhindern und seinen Einfluß auf die Entwickelung der Stromversorgung festigen will, die so notwendige Beseitigung der Wirtschaftsanarchie auf dem Gebiet der Elektrizitätswirtschaft kann nicht Aufgabe eines der Länder sondern nur die des Reichs sein. Im Prinzip muß davor gewarnt werden die Errichtung von Großkraftwerken und die Zusammenfassung innerhalb der einzelnen Länder vorzunehmen. Mit der Erhöhung der Spannung erweitert sich der Aktionsradius der Großkraftwerke, so daß das gesamte Reich als einheitliches Wirtschaftsgebiet angesehen werden muß, dessen Organisation nur unter einheitlichen Gesichtszunkten erfolgen darf.

**Kurze Chronik** Der preußische Landtag nahm einen Antrag an das Staatsministerium zu ersuchen, daß es auf die Reichsregierung einwirke baldigst dem Reichstag einen *Bodenreformgesetzentwurf* vorzulegen, und zwar nach dem Vorschlag des Ständigen Beirats für Heimstättenwesen beim Reichsarbeitsministerium von 1920. Er soll zum erleichterten Erwerb und bessern Gebrauch des deutschen Bau- und Wirtschaftslands dienen. Gegen diesen Bodenreformgesetzentwurf läuft zurzeit das organisierte Bodenkapital Sturm. Auf der andern Seite werden ähnliche Anträge im thüringischen, sächsischen und anderen Landtagen vorbereitet. ◇ Auf der außerordentlichen Generalversammlung der *Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten*, die am 28. November 1925 in Berlin stattfand, wurde einstimmig die Erhöhung des Aktienkapitals von 750 000 auf 4 000 000 Mark beschlossen. Diese Kapitalserhöhung soll noch in diesem Jahr durchgeführt werden. Außer den bisherigen Aktionären, dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund, dem Allgemeinen Freien Angestelltenbund und dem Allgemeinen Deutschen Beamtenbund, haben sich an der Übernahme der neuen Aktien auch die Aktiengesellschaft Konzentration und der Hauptverband deutscher Krankenkassen in Berlin beteiligt. Wie aus dem Verwaltungsbericht der Bank hervorgeht, war die Geschäftslage in dem Geschäftsjahr 1925 günstig. Die Bank plant die Errichtung einer größern Reihe von Filialen im Reich. Eine ist bereits, im September, in Hamburg begründet worden. Mit großer Energie widmet sich die Bank der Aufgabe die Sparkasse des gewerkschaftlich organisierten Arbeiters zu werden. ◇ Das *preußische* Staatsministerium hat dem Staatsrat zur gutachtlichen Äußerung 3 Gesetzentwürfe über die Bereitstellung weiterer Mittel für den Stettiner Hafen, den Ausbau des Erz- und Eisenkais am neuen Binnenhafen in Emden und für die Erweiterung und Einschleusung des Fischereihafens zu Wesermünde zugehen lassen. Die in diesen Gesetzentwürfen angeforderten Mittel sollen im Weg des Kredits beschafft werden. Dieser Kredit würde einen Teilbetrag des Kredits von 150 Millionen Reichsmark darstellen, der durch das noch zu schaffende Gesetz über die Bereitstellung von Mitteln für die Ausgestaltung des staatlichen Besitzes an Bergwerken, Häfen und Elektrizitätswerken sowie zur Förderung der Landeskultur bewilligt werden soll.

**Literatur** Marxismus und Sozialisierungstheorie nennt *W. Greiling* eine Arbeit /Berlin, Vereinigung internationaler Verlagsanstalten/, in der er die Sozialisierungstheorieen Kautskys, Renners, Bernsteins, Neuraths, Goldscheids, Rathenaus und anderer auf ihre Übereinstimmungen mit dem Marxismus hin prüft und zensiert. Da der Verfasser unter Marxismus solche Ansichten versteht, »die sich durch irgendeine Stelle von Marx oder Engels belegen lassen«, kann seine Engstirnigkeit nicht weiter verwundern. Er sucht »auf Grund der einschlägigen Marxzitate [!]« den Nachweis zu erbringen, daß die Kautsky, Renner, Bernstein, usw. zwar vorgeben Marxisten zu sein, es aber in Wirklichkeit nicht sind. Da der Bolschewismus nach wie vor Marxismus zu sein prätendiert, und die deutschen Intellektuellen ihm das auch glauben, braucht solche Methode nicht wunderzunehmen. ◇ In dem Buch Die Arbeiterfrage eine Kernfrage des Welt-

kriegs /Berlin, Deutsche Verlagsaktiengesellschaft/ beleuchten Richard Sichler und Joachim Tiburtius eine spezielle kriegswirtschaftliche Frage von eminenter Wichtigkeit, den sogenannten Hilfsdienst, der nach der Absicht der Obersten Heeresleitung, die dieses System eines Arbeitszwangs einführte, eine Mobilisierung der so notwendigen Arbeitskräfte in der Heimat ermöglichen sollte, aber, wie die Verfasser an der Hand reichen Quellenmaterials zeigen, in seiner praktischen Durchführung schlimme Folgen hatte. <> Die von Bruno Zschätzsch in Hermsdorf /Thüringen/ herausgegebene Zeitschrift *Die Gemeinwirtschaft*, die bereits in ihrem 6. Jahrgang erscheint, verdient die aufmerksamste Beachtung seitens der sozialistischen Arbeiterschaft, weil sie die einzige Zeitschrift ist, die eine umfassende Information über die gemeinwirtschaftliche Bewegung des In- und Auslands bietet. Es wäre zu wünschen, daß sich die Zeitschrift ganz auf den praktischen Informationsdienst beschränkte.

**Sozialistische Bewegung / Wally Zepler**

**Iglesias †** Am 10. Dezember 1925 starb in Madrid der Gründer und Vorkämpfer des spanischen Sozialismus, Pablo Iglesias, 76 Jahre alt. Er war ursprünglich Schriftsetzer. So kannte er das Elend, aber auch die geistige Zurückgebliebenheit der spanischen Arbeiterschaft, und er setzte schon in früher Jugend seine Kraft und Energie für ihre Aufklärung und die Hebung ihrer Lebenslage ein. Er hatte dabei nicht allein gegen ihre geistige Indifferenz zu kämpfen; wo sie für politische Interessen zu haben waren, wandten sich die Arbeiter, wie vielfach in romanischen Ländern, vorwiegend dem Anarchismus zu. Iglesias wurde Marxist unmittelbar durch Paul Lafargue, der nach dem Zusammenbruch der Pariser Commune nach Spanien flüchtete. Um ihn scharte sich damals eine Gruppe spanischer Intellektueller. Sie gründete unter Iglesias' Führung 1879 die spanische Sozialistische Partei, deren Anhänger zunächst auf Madrid und einige Industriestädte beschränkt blieben. Dann begann man in Madrid ein Wochenblatt El Socialista herauszugeben, dessen Redaktion von 1886 an ebenfalls Iglesias übernahm. Im Jahr 1910 erst konnte Iglesias in einem Artikel der Sozialistischen Monatshefte mitteilen, daß El Socialista in ein Tagesblatt umgewandelt werden könne. 12 andere Wochenblätter existierten damals, und die Partei zählte in Madrid zusammen mit der Gewerkschaft 30 000 Mitglieder. Im gleichen Jahr gelang es Iglesias als erster Arbeiterdelegierter in das Parlament einzuziehen; er war mit etwa 41 000 Stimmen gewählt worden. An der Internationale nahm die spanische Partei schon seit dem Pariser Kongreß im Jahr 1889 teil; stets war Iglesias ihr Vertreter bei der Internationale. Während der Diktatur Primo de Riveras wurde der sozialistische Führer in den Kerker geworfen, mußte aber schließlich freigelassen werden, weil seine Gefangennahme allgemeine Empörung auslöste. Dem letzten internationalen Kongreß in Marseille hat Iglesias noch ein schönes Begrüßungsschreiben übersandt, da schon damals Krankheit ihn hinderte persönlich zu erscheinen. Ihn zu ersetzen wird für den spanischen Sozialismus eine schwere Aufgabe sein.

**Kulischow †** Im Januar 1926 starb in Rom, im Alter von 67 Jahren, Anna Kulischow, die Gattin Filippo Turatis, eine der Hauptführerinnen des sogenannten rechten Flügels der italienischen Partei und eine der bedeutendsten weiblichen Persönlichkeiten des internationalen Sozialismus überhaupt. Sie wurde am 9. Januar 1857 in Moskaya in der Ukraine geboren. Zunächst schlug sie den Lebensweg ein, den so viele reiche russische Mädchen um jene Zeit gingen. Schon als Gymnasiastin, 15 Jahre alt, fing sie an sich an politischen Geheimorganisationen zu beteiligen. Sehr bald war sie in einen Prozeß verwickelt, der sie zur Auswanderung zwang. Bevor sie das Land verließ, lebte sie einige Monate in einer Art kommunistischer Kolonie. Sie ging dann nach der Schweiz und nach Paris, wo sie in Beziehungen zu Andrea Costa trat. Costa wurde bald in einem politischen Prozeß zu 2 Jahren Kerker verurteilt. Auch Anna Kulischow war angeklagt. In der langen Untersuchungshaft wurde wohl der Keim zu der Krankheit gelegt, die sie durch ihr ganzes Leben verfolgte. Um sie zu heilen, ging sie nach Italien. Dort beendete sie das früher begonnene medizinische Studium. Überall war sie in regem politischen Verkehr mit den Flüchtlingen der Internationale, die sich in Italien angesiedelt hatten. 1879 wurde ihr ein Prozeß wegen Gefährdung der Staatssicherheit gemacht; nach 14 Monaten Untersuchungshaft wurde sie freigesprochen. Noch einmal dann kam sie

nach 20 Jahren vor das Kriegsgericht, das sie wegen Aufreizung zum Klassenhaß zu 2 Jahren Gefängnis verurteilte. Inzwischen war sie Marxistin geworden. 1885 lernte sie Turati kennen, mit dem sie bis zu ihrem Tod die innigste Lebens- und Anschauungsgemeinschaft verband. Anna Kulischow wandte sich nun der politisch-sozialistischen Aufklärungsarbeit unter den italienischen Proletarierinnen zu. Sie arbeitete dauernd mit Turati zusammen und spielte eine bedeutende Rolle auf dem Parteitag von Genua im Jahr 1892, der die italienische Sozialistische Partei erst eigentlich begründete. Seitdem 1891 die Critica Sociale gegründet wurde, widmete Kulischow ihre geistige Arbeit vor allem diesem führenden Organ, selten genug durch selbstgezeichnete Artikel, wohl aber durch intensive Besprechung und Beeinflussung alles dort Geschriebenen. Wie Turati, Bonomi, Bissolati, gehörte sie ausgesprochen dem reformistischen Flügel der Partei an und wirkte in diesem Sinn. Stets von Krankheit verfolgt, leistete sie fast bis zu ihrem Tod starke propagandistische Arbeit, neben ihrer medizinischen Tätigkeit, die sie ebenfalls in erster Linie in den Dienst der Arbeitenden stellte. Sie wird von allen, die sie kannten, als ebenso bedeutend wie selbstlos und hingebend geschildert. In der Critica Sociale, die ihre Januarnummer ausschließlich ihr geweiht hat, suchen die hervorragendsten italienischen Genossen die Züge ihres Wesens festzuhalten, alle voller Ehrfurcht vor der großen menschlichen Natur, der starken Geistigkeit und der tiefen Güte der Donna Anna, wie sie allgemein hieß. Anna Kulischows Wesen trägt den Stempel ihrer Abstammung aus Rußland, in dessen revolutionären Frauen das Weibliche sich stets mit dem ausgesprochen Geistigen verbunden hat.

**Deutschland** In der deutschen Sozialdemokratie spielte in den letzten Monaten die Frage des Eintritts von Parteimitgliedern in die Regierung wiederum eine Rolle. Nach dem Austritt der Deutschnationalen aus der Reichsregierung infolge ihrer Ablehnung des Locarnovertrags mußte der Plan einer Großen Koalition von den Sozialdemokraten bis einschließlich der Deutschen Volkspartei von neuem Gestalt gewinnen. Hatten es die Sozialdemokraten zuerst abgelehnt dem Locarnovertrag zuzustimmen, um den Deutschnationalen die Verantwortung nicht abzunehmen, so entschlossen sie sich schließlich dennoch dazu; wäre doch mit der Ablehnung eine tiefgehende politische Krise entstanden. Die Konsequenz der politischen Situation war die Bildung der Großen Koalition. Wie schon so oft, fürchtete aber auch diesmal wieder ein großer Teil der Genossen aus der bequemern Defensive, der politischen Opposition, in die Offensive überzugehen. Die Partei stellte schließlich eine Anzahl Forderungen als Bedingung ihres Eintritts in die Regierung: Ratifizierung des Washingtoner Abkommens, Ausgestaltung der Erwerbslosenfürsorge, paritätische Besetzung der Industrie-, Landwirtschafts- und Handelskammern usw., auf ⟨ohne freilich diesen in der Hauptsache sozialen Forderungen auch wirtschaftlich-produktive zu gesellen, von denen sie hätten getragen werden können⟩ und erklärte das Entgegenkommen der anderen Parteien in diesen Punkten für ungenügend, obgleich keine prinzipiellen Differenzen vorlagen. In der Reichstagsfraktion, die die Frage endgültig zu entscheiden hatte, sprachen sich 85 Genossen gegen, 33 für den Eintritt in die Regierung aus. Der Vorwärts konstatierte zwar ausdrücklich, daß es grundsätzliche Gegner der Koalitionspolitik in der Fraktion kaum mehr gibt. Um so weniger war in jener Situation der Ablehnungsbeschluß zu begreifen. Er ist nur so zu verstehen, daß die meisten Genossen doch innerlich noch immer schwanken; ihr Gefühl, das sie so lange auf der Seite eines Scheinradikalismus festhielt, sträubt sich immer noch gegen die verantwortungsvolle positive Regierungsarbeit, bei der ein Fortschritt nur auf dem Weg dauernder Konzessionen möglich ist, von der sie daher leicht Konflikte mit den Arbeitermassen befürchten ⟨übrigens ohne Grund⟩. Über diese Residuen einer geistig bereits überwundenen Auffassung wird man hinwegkommen müssen, wenn die Partei im politischen Leben Deutschlands ihrer Aufgabe genügen soll.

**Deutsch Österreich: Parteitag 1925** Vom 13. bis zum 16. November 1925 fand in Wien ein Parteitag der österreichischen Sozialdemokratie statt. Bevor man in die Beratung der Hauptfrage: des neuen Agrarprogramms eintrat, wurden organisatorische und aktuell politische Fragen besprochen. Man wandte sich gegen jede Verschleppung des neu zu schaffenden Gesetzes über Alters- und Invalidenversicherung und sprach sich für eine Umgestaltung der

Regierungsvorlage aus. Man forderte, daß das Wohnungsanforderungsgesetz, das heißt der Mieterschutz, ferner die außerordentliche Notstandsunterstützung und die Beihilfen für die Arbeitslosen bestehen bleiben sollen. Zur Organisation wurde ein Beschluß gefaßt, der der Mitgliedschaft von Genossen in Verwaltungsräten und dergleichen enge Grenzen setzt.

Fast die Hälfte der Zeit widmete der Parteitag dem Agrarprogrammentwurf, den eine Agrarkommission in langer Arbeit ausgearbeitet hatte, und den Otto Bauer in eingehender Rede erörterte. Wie die Genossen betonten, stellt er den ersten Versuch eines vollständigen Programms für die ländliche Bevölkerung dar, den die internationale Sozialdemokratie geschaffen hat. Er geht davon aus, daß Steigerung der Produktivität der Landwirtschaft das höchste Ziel der Arbeit des Sozialismus sein müsse, denn nur durch sie könne auch dem Industrieproletariat geholfen werden. Aber nicht durch Schutzzölle sei dieses Ziel zu erreichen. ⟨Diese Ablehnung der Zölle ist wieder einmal ein Produkt jener Ängstlichkeit und Halbheit, von der auch die österreichischen Sozialdemokraten im entscheidenden Moment nicht loskommen können, obgleich sie, in besserer Einsicht, vorher schon selber Zollvorschläge gemacht hatten (siehe die Artikel Schippels Zollpolitik und Arbeiter, Arbeiterparteien und Handelspolitik, in den Sozialistischen Monatsheften 1924 Seite 364 und folgende, 680 und folgende).⟩ Dafür wird eine Reihe anderer Maßnahmen empfohlen, die an sich sehr vernünftig und diskutabel sind ⟨nur eben den Zollschutz nicht überflüssig machen⟩. Zunächst sei das noch sehr geringe Bildungsniveau auf dem Land durch allgemeine und Fachschulen zu heben, wie die dänische Landwirtschaft durch ihr großartiges Volkshochschulwesen ihren hohen Stand erreicht habe. Von speziellen gesetzlichen Mitteln zur Hebung der Landwirtschaft fordert das Programm diese: Das schon bestehende, aber so gut wie gar nicht durchgeführte Kommassationsgesetz ist im Einvernehmen mit den Vertretungen der Bauernschaft wirklich durchzuführen, um der unproduktiven Zersplitterung des Bodens in winzige Parzellen entgegenzuarbeiten. Ein staatliches Ein- und Ausfuhrmonopol für Getreide solle die Preise regeln. Um das Angebot an Boden zu erhöhen, sind die Eigenjagdrechte und die Fideikommisse aufzuheben; mit dem vermehrten Angebot würden die Pachtpreise zugleich sinken und so wiederum die Überschuldung der Kleinbauern und Kleinpächter. Von dem Kleinbauern, dessen Einkommen das eines Industriearbeiters nicht übersteigt, ist Grundsteuer nicht zu erheben; ebenso ist die Zuckersteuer zu beseitigen und die Weinsteuer abzubauen. Die früher allen zugänglichen Wald- und Weiderechte, die jetzt Privileg der Alteingesessenen geworden sind, müssen wieder allen, besonders den Ärmeren, zukommen, und zwar durch Umwandlung des Gemeindelandes in Gemeindestammvermögen. Die jetzt zum Teil vernachlässigte Forstwirtschaft ist durch Sozialisierung der Forsten zu verbessern. Den Großgrundbesitz will das Programm nicht aufteilen, da er zur Produktion notwendig sei, vielmehr durch Erbpacht befestigen. Die notwendigen sozialpolitischen Maßnahmen sind auf die Eigenart des Landes zuzuschneiden; der Landarbeiter sei durch Siedelung um die Güter herum vom Kost- und Logiszwang zu befreien, der sozialpolitische Verbesserungen, wie Garantie einer Mindestruhezeit und ähnliches, unmöglich mache. Auf Grund dieses Programms würde die Sozialdemokratie, meinte Bauer, die Landbevölkerung allmählich gewinnen, besonders, wenn man antireligiöse Propaganda unter der nun einmal religiösen Bauernschaft unterlasse.

Das Programm fand im allgemeinen begeisterte Zustimmung. Widerspruch wurde von mancher Seite gegen den letzten Punkt erhoben. Die Antialkoholisten wünschten keinen Abbau der Weinsteuer, da ihnen das Schicksal der Weinbauern nicht so wichtig scheint wie die Bewahrung des Proletariats vor Alkoholschädigung; richtig wurde ihnen darauf erwidert, daß man dann zu ausländischem Wein greifen werde. Widmayer trat lebhaft für Einschränkung der Frauenarbeit auf dem Land und Verbot der Stallarbeit für Mädchen unter 20 Jahren ein; in abgeschwächter Form (als Einschränkung der Frauenarbeit in Großbetrieben) wurde sein Antrag in einem Amendement zum Programm aufgenommen. Dann wurde das Gesamtprogramm angenommen und zu reger Agitation in Stadt und Land aufgefordert.

Der Parteitag wählte zum Schluß den neuen Parteivorstand; statt der verstorbenen Genossen Reumann und David und des zum Sekretär der Internationale berufenen Friedrich Adler wurden der Gewerkschafter Hueber, ferner Sever und Pölzer in den Vorstand berufen.

**Frankreich** In Frankreich war die Sozialistische Partei in den letzten Jahren wieder vor allem mit der Frage beschäftigt, wie weit sie in Regierungskoalitionen mit bürgerlichen Parteien eintreten solle. Noch im August 1925 hatte der Parteitag 2210 Stimmen gegen und nur 559 für die Beteiligung aufgebracht. Seitdem aber machten die Koalitionsfreunde überraschende Fortschritte. Im November 1925 beschloß die 100 Mann starke sozialistische Kammerfraktion einstimmig unter bestimmten Bedingungen in die Regierung einzutreten, weil man damals reaktionäre Strömungen befürchtete. Da die bürgerlichen Parteien das von den Sozialisten vorgelegte Programm nicht annahmen, scheiterten die Verhandlungen. Aber die Frage kam nicht zur Ruhe und sollte schließlich vor dem maßgebenden Forum: einem Parteitag, entschieden werden. Es wurde deshaib ein außerordentlicher Parteitag nur zu diesem Zweck am 10. Januar nach Paris berufen, der seiner Aufgabe 3 volle Beratungstage widmete. Man suchte auf dem Parteitag vergeblich eine Resolution zustande zu bringen, der Gegner und Befürworter der Koalition zugleich ihre Stimme geben konnten, um die berühmte "Einstimmigkeit" zu erzielen. Dies gelang nicht; vielmehr wurde über eine Mehrheits- und eine Minderheitsresolution abgestimmt, von denen die eine Paul Faure, die andere Pressemane zum Verfasser hatte. Auch Faure lehnt nicht etwa prinzipiell den Eintritt in ein linksbürgerliches Kabinett ab, in einem solchen Fall müsse die Sozialistische Partei aber zur Durchsetzung der von ihr vertretenen Forderungen die Vorherrschaft, das heißt also die Mehrheit im Ministerium besitzen respektive die Regierung allein übernehmen. Die Partei wolle im übrigen jedes Kabinett unterstützen, das eine die Interessen des Landes berücksichtigende Finanzreform durchsetze. Ein Zusammengehen mit den Bürgerlichen dürfe niemals zu dauernder Bindung führen. Die Minderheitsresolution wollte die Entscheidung über eine eventuelle Teilnahme an der Regierung der Kammerfraktion anheimgeben, die Pläne für die Währungsstabilisierung und die Sanierung der Finanzen vorzulegen hätte. Sie erhielt bei der Abstimmung 1331 gegen 1766 Stimmen; der Parteitag war also nicht mehr allzu weit von Stimmengleichheit entfernt. Die äußerste Linke hatte eine eigene, doch nur ganz schwach unterstützte Resolution eingebracht, die Koalitionen grundsätzlich verwarf. Ihr Sprecher war Zyromski. Léon Blum, zurzeit der Führer der Partei, machte gegen Koalitionen bei der gegenwärtigen politischen Lage vor allem die Schwierigkeit geltend sich mit den Bürgerlichen über die Finanz- und die Kolonialprobleme zu einigen. Renaudel warnte dagegen vor politischer Inaktivität. Wie weit die Sozialisten, auch in Frankreich, trotz Renaudel, noch von wirklicher politischer Aktivität entfernt sind, zeigte sich, als sie am 6. März, 2 Tage vor der für das Schicksal des Kontinents so bedeutungsvollen Völkerbundstagung, das Kabinett Briand stürzen halfen, unbekümmert um die europäische Politik, die sie gefährdeten, ohne doch imstande zu sein ihr selber eine Richtung zu geben. Auch hier, wie in Deutschland, sind in der Partei anscheinend die agitatorischen Bindungen stärker als politische Einsicht und Verantwortung.

**Polen** Vom 31. Dezember 1925 bis zum 4. Januar 1926 wurde in Warschau der 20. Parteitag der Polnischen Sozialistischen Partei abgehalten. Über die wirtschaftliche Lage referierte der Leiter der Gewerkschaftszentrale Zulawski. Er stellte fest, daß fast ein Drittel aller Industriearbeiter arbeitslos seien. Aus Mangel an Kapital mußte eine große Anzahl Fabriken geschlossen werden. Unter solchen Umständen ergebe sich ganz von selbst die Notwendigkeit für die Arbeiter alle Produktionsmöglichkeiten zu fördern und zu begreifen, daß eine gewisse Interessengemeinschaft mit dem Unternehmertum für sie bestehe. Daher finde die radikale Agitation gegenwärtig in Polen keinerlei Boden. Diamand, der Mitbegründer der Partei in Galizien, erklärte sich scharf gegen jede weitere Liquidation des deutschen Eigentums in Polen; er hatte bekanntlich schon vorher der Ausweisung der Optanten entgegenzuwirken versucht.
Das Hauptproblem bildete auch hier die Koalitionsfrage. Nur daß es hier bereits in positivem Sinn entschieden ist; die Partei nimmt mit 2 Ministersitzen (Arbeits- und Innenministerium) schon an der Großen Koalition teil. In der Finanzfrage, die jetzt die wesentliche in Polen ist, hat die Sozialdemokratie eine Reihe von Ersparnismaßnahmen vorgeschlagen, bei deren Nichterfüllung sie aus der Regierung zurücktreten würde. Die radikalere Minderheit wünschte für diese Forderungen eine schärfere ultimative Form, Zusammengehen der Partei mit der radikalen Bauernpartei, die die Agi-

tation auf dem Land für sich allein in Anspruch nimmt. Beides wurde abgelehnt, der Eintritt der Sozialisten in die Koalitionsregierung Skrzynski gebilligt. Verschiedene Resolutionen fordern Durchführung der Verfassungsbestimmungen, Erkämpfung der Autonomie für in geschlossenen Gebieten ansässige Minderheiten, Aufhebung der Standgerichte, Abschluß der Handelsverträge mit Deutschland und anderes.
Neben den 200 polnischen Delegierten war auf dem Kongreß eine große Anzahl von Ausländern erschienen, aus Deutschland Wels, der in seiner Rede das gemeinsame Interesse Europas an einer Wirtschaftsgemeinschaft hervorhob und den sozialistischen Parteien die Aufgabe zuwies die psychischen Mauern niederzureißen, die noch immer zwischen Polen und Deutschen aufgerichtet seien. Besondere Ovationen wurden dem Vorkämpfer des polnischen Sozialismus Ignacy Daszynski gebracht.

**Kurze Chronik** Auf eine Einladung Tschitscherins zu einem Empfang bei der russischen Botschaft in Paris antwortete Renaudel, er müsse es ablehnen an einer derartigen Festlichkeit teilzunehmen, da von der "Sowjetregierung" zu gleicher Zeit *russische Sozialisten*, wie Timofejew, Gotz und andere, gezwungen würden in den Hungerstreik einzutreten, um sich vor den Grausamkeiten des bolschewistischen Kerkerlebens zu retten, da andere in die sibirischen Einöden verschickt würden, weil sie den Freiheitskampf gegen die absolutistische Regierung kämpfen. In dem Publikationsorgan der im Ausland lebenden russischen Sozialrevolutionäre wurde im November 1925 noch einmal ein glühender Protest gegen die Behandlung erhoben, die die russischen Genossen in den bolschewistischen Kerkern erfahren; die ausländischen Sozialisten aller Länder werden aufgefordert sich mit allen Mitteln für ihre Befreiung einzusetzen. ◇ Am 24. und 25. Januar tagte in Amsterdam das Bureau der *Sozialistischen Jugendinternationale*, um den für die Pfingsttage dieses Jahres angesetzten Jugendtag vorzubereiten. Dort soll ein Jugendschutzprogramm ausgearbeitet und die internationale Zusammenarbeit der Jugend wie die Bedeutung der Kulturarbeit für die Jugendbewegung besprochen werden. In Verbindung damit wollen die sozialistischen Studenten eine Studentenkonferenz veranstalten. ◇ Am 9. Februar wurde in Berlin ein *Sozialistischer Kulturbund* ins Leben gerufen, der »die kulturschöpferischen Kräfte der Arbeiterbewegung auf den Gebieten der Wissenschaft, Kunst, Erziehung, Volksbildung, Jugendwohlfahrt und Körperpflege« wecken und stärken soll. Alle einschlägigen Organisationen nahmen an der Vorberatung teil. Zum Vorsitzenden wurde Heinrich Schulz, zum Stellvertretenden Vorsitzenden Max Westphal gewählt. ◇ Zu Weihnachten fand in Budapest ein Parteitag der *ungarischen* Sozialdemokratie statt, auf dem unter anderm der Antrag gestellt wurde, daß die Partei nur mit solchen bürgerlichen Parteien zusammenarbeiten dürfe, die die Errungenschaften der Oktoberrevolution verteidigten. Es wurde aber beschlossen der Leitung freie Hand in der Zusammenarbeit zu lassen. Die Leitung wurde wiedergewählt. Gleichzeitig mit dem Parteitag war eine Frauenkonferenz zusammengetreten, die jedoch sofort der polizeilichen Auflösung verfiel, und zwar, weil die Versammlung in den Ruf eines Redners einstimmte: Nieder mit dem Krieg! ◇ Als Neujahrsbotschaft veröffentlichte die Leitung der Independent Labour Party *Englands* eine Art neues Parteiprogramm, das auch dem nächsten Parteitag vorgelegt werden soll. Seine Urheber sind Clifford Allen und H. N. Brailsford. Im Zentrum der Forderungen steht der »lebensnotwendige Lohn«, ein Minimallohn, der den Arbeitern Nahrung, Kleidung, Wohnung und Befriedigung der Kulturbedürfnisse garantiert. Ferner verlangt die Partei Verstaatlichung des Bankwesens, der Nahrungs- und Rohstoffeinfuhr, der Eisenbahnen, Bergwerke, der Elektrizitätserzeugung, des Grund und Bodens usw. Das Programm wird als »Sozialismus für heute« bezeichnet. ◇ Im Jahr 1925 konnte die *Critica Sociale*, die ausgezeichnete, von Turati geleitete Monatsschrift des italienischen Sozialismus, auf ihr 35jähriges Bestehen zurückblicken. Sie hat in dieser Zeit eine bedeutende theoretische Aufklärungsarbeit geleistet.

**Literatur** In einem von Begeisterung für seinen Helden erfüllten Buch von 147 Seiten hat Konrad Haenisch *Lassalle* als »Mensch und Politiker« geschildert /Berlin, Franz Schneider/. Das Werk ist der persönlichen Liebe entsprossen, die Haenisch sein Leben lang für Lassalle im Herzen trug. Er will ihn, wie er sagt, nicht als Wissenschafter oder in seinem ganzen geistigen Umfang als sozialistischen Denker schildern, ihn vielmehr den Arbei-

tern als Menschen nahebringen. Das hindert nicht, daß alles Wesentliche auch über sein schriftstellerisches und agitatorisches Wirken gesagt ist. Die Persönlichkeit Lassalles, sein unbändig leidenschaftlicher Geist, seine geniale Begabung, seine glutvolle Arbeitsenergie, die faszinierende Gewalt seiner Rednergabe, alles steigt uns aus dem Buch lebendig entgegen. Lassalle sah die Größe der Bewegung voraus, die er als erster schmieden half und die er nicht erleben sollte, und er zerbrach an seiner stürmenden Ungeduld. Karl Marx, der ihn, wie sein Brief an die Gräfin Hatzfeld nach Lassalles Tod zeigt, als Menschen hochstellte, mit dem er politisch aber in so heftige Differenz geriet, hat in der Geschichte ⟨mit Recht⟩ über ihn gesiegt. Sein Name, nicht der Lassalles, ist zum Markzeichen des Sozialismus geworden. Um so notwendiger und verdienstvoller, daß auch Lassalles Bild den Arbeitern, die ihn in ihrem ersten Erwachen stürmisch umjubelten, hier noch einmal ins Gedächtnis gerufen wird. Haenisch' Buch ist auch in seiner äußern Erscheinung schön und würdig. Es bringt eine interessante Zeichnung Jakob Steinhardts, die den Kopf Lassalles etwas anders sehen läßt als wir es sonst gewohnt sind, und eine ganze Reihe gut ausgewählter Brieffaksimiles: an seine Eltern, die Gräfin Hatzfeld, vor allem auch an Marx. <> Über *Johann Most* erschienen vor kurzem 2 Broschüren. Die eine stammt von Ernst Drahn und bildet das 6. Heft der Biobibliographischen Beiträge zur Geschichte der Rechts- und Staatswissenschaften /Berlin, R. L. Prager/. Sie will die große Monographie Rudolf Rockers durch einige dort nicht erwähnte Bemerkungen und Tatsachen ergänzen. Drahn erzählt kurz die Lebensgeschichte dieses wildrevolutionären Geistes, der nach seiner kurzen Wirksamkeit in Deutschland mit der in London gegründeten Freiheit eine Zeitlang einen so bedeutenden Einfluß übte, um dann als Anarchist in Amerika für Europa ins Dunkel unterzutauchen. Am Schluß gibt die Broschüre einen reichen Literaturnachweis. Rocker selbst ließ im Verlag Der Syndikalist in Berlin seinem Buch einen Nachtrag folgen, mit genauer Angabe der dadurch zu ergänzenden Seiten und einem eingehenden Namensregister. Zu Beginn erzählt er aus Andreas Scheus Lebenserinnerungen ein paar amusante Episoden aus Mosts Agitations- und Gefängnisleben, die dessen beißenden Witz und immer bereite Geistesgegenwart hübsch erläutern.

# WISSENSCHAFT

**Biologie / Hans Haustein**

**Vitalismus und Mechanismus** Eine neue Entwickelungsepoche jeder biologisch-physiologischen Forschung ging von William Harvey /1578 bis 1657/ aus, der nach langer Pause im Mittelalter als erster wirklicher Biologe erscheint, und der den Blutkreislauf durch Beobachtungen entdeckte, die auf exakter experimenteller Grundlage beruhten. Er begründete auch die Evolutionstheorie und stellte für die Lehre von den Generationen der Tiere den Satz auf: »Alles Lebende stammt aus dem Ei.« Ein Axiom, das für die Biologie von ungeheurer Bedeutung und Fruchtbarkeit wurde. In Verfolg der Gedankengänge Bacons /1561 bis 1626/ und Descartes' /1566 bis 1650/ setzte sich nun die experimentelle Methode wieder erfolgreich durch. Die Lehren der Iatromechaniker und der Iatrochemiker (die einen suchten das Leben aus den Gesetzen der Statik und Hydraulik zu begreifen und die Medizin als einen Teil der angewandten Mathematik und mechanischen Physik zu betrachten, die anderen führten sämtliche Vorgänge im Körper und die Wirkungen der Heilmittel auf chemische Prozesse zurück), zersplittert in eine Fülle von Einzelarbeiten, ausgeführt mit übertrieben einseitiger Spezialforschung, riefen als Reaktion den Wunsch nach einer Synthese hervor. So kam es zur Aufstellung von Systemen, die, das Wissen ordnend, es *einer* Idee unterzuordnen suchten, wie das mechanisch-dynamische System Friedrich Hoffmanns /1660 bis 1742/ und das animistische Georg Ernst Stahls /1660 bis 1734/. Sah Hoffmann als letztes Prinzip aller Lebensäußerungen den "Nervenäther" an (unter Einfluß Leibnizens), dessen Bewegung zwar nach mechanischen Gesetzen, doch unmittelbar angetrieben durch die jeder Äthermonade innewohnende Vorstellung ihres eigenen Daseinszweckes erfolge, so hob Stahl demgegenüber den Dualismus von Seele und Körper hervor; der Körper folge zwar mechanischen Gesetzen, doch erst die Seele belebe und bewahre ihn vor Fäulnis und Zerfall. Der eigentliche Träger der wissenschaftlichen Biologie im 18. Jahrhundert aber war Albrecht von Haller /1708 bis 1777/. Er hat den Begriff der Irritabilität festgelegt und dadurch im höchsten Grad befruchtend auf die künftige Forschung gewirkt. In der Reizbarkeit war eine Erscheinung des Lebendigen erkannt,

die es allen leblosen Körpern gegenüber auszeichnete. Die Entdeckung der Erregbarkeit alles Lebendigen wurde der Ausgangspunkt für die Lehre von der Lebenskraft, für den Vitalismus, der einen scharfen Dualismus zwischen lebendiger und lebloser Natur zum Ausdruck brachte und sich so gegen die einseitige mechanisch-chemische Theorie wandte. Die vitalistische Theorie knüpfte an die Systeme Hoffmanns und Stahls an. In erster Linie waren es französische Forscher, die diese Lehre ausbauten, und von ihnen hat Louis Dumas /1765 bis 1813/ sie am klarsten formuliert. Die mechanistische und chemische Erklärung der Lebensvorgänge wird verworfen und an ihre Stelle die übergeordnete "force hypermécanique", unbekannt und unerforschbar, als Erklärungsprinzip gesetzt. Die Lebenskraft ist der Strom, der sämtliche Lebensäußerungen des lebendigen Körpers hervorbringt. Nicht so klar entwickelten die deutschen Forscher ihre vitalistischen Prinzipien. Doch nahmen auch sie eine alle Lebensvorgänge regierende Lebenskraft an, von der jedoch verschiedene Formen differenziert wurden; wie der nisus formativus, der Entwickelungsreiz für die Formbildung des werdenden Organismus. Dieser Bildungstrieb sollte spezifisch sein, weshalb aus dem Ei zum Beispiel eines Hundes immer nur ein Hund, aus dem eines Huhnes immer nur wieder ein Huhn entstehen könne. In Deutschland wandte sich so im 18. Jahrhundert die biologische Forschung hauptsächlich der rein spekulativ arbeitenden Naturphilosophie zu, während auf exakten Untersuchungen begründete Fortschritte in England und Frankreich gemacht wurden, bis Johannes Müller /1801 bis 1858/, als Kind seiner Zeit Vitalist, in umfassenden Arbeiten die biologische Forschung zu großem einheitlichen Bild aufbaute. Gleichmäßig erfaßte er das ganze Gebiet der Lebensäußerungen und Lebensvorgänge, wobei für ihn das Walten der Lebenskraft streng nach physikalisch-chemischen Gesetzen erfolgte. Unter dem Einfluß der Naturphilosophen gestaltete sich seine Forschungsweise zu dem Typus einer echt philosophischen Naturforschung, die, die großen Probleme und Ziele der Wissenschaft zwar immer im Auge behaltend, sie doch nur als Mittel zum Zweck betrachtete, um zu einer harmonischen Auffassung der Welt zu gelangen. Unbeirrt blieb Müller dieser Tendenz treu, die er schon in seiner Habilitationsrede Von dem Bedürfnis der Physiologie nach einer philosophischen Naturbetrachtung vertreten hatte. Nach Müllers Tod zerfiel das Gesamtgebiet der Physiologie und Biologie notgedrungen, und heute ist erst recht der angewachsene Wissensstoff für einen einzelnen nicht mehr beherrschbar. Die großen Fortschritte auf morphologischem, chemischem wie physikalischem Gebiet brachten eine tiefere Erkenntnis der Lehre vom Leben, führten aber gleichzeitig auch dazu zu seiner Erklärung in der Hauptsache rein mechanistische Prinzipien heranzuziehen. Diese Fortschritte der exakten Naturwissenschaften mußten ebenfalls einen deutlichen Einfluß auf das gesamte Geistesleben ausüben, wodurch sich eine Überschätzung des rein Rationalen entwickelte, dem nun als Reaktion, besonders nach dem Zusammenbruch des äußern Lebens, ein Hang zum Mystischen gefolgt ist, der sich gegen die Mechanisierung des Lebens wendet. Dieser Zug der Zeit birgt aber die große Gefahr in sich in einen neuen Aberglauben zu versinken, in dem alles ererbte Wissensgut verschleudert wird. Wir müssen demgegenüber versuchen zu einer Festigung der Überzeugung von der Wirklichkeit des Geistes, der Seele, des freien Willens zu kommen, die das Geschehen nicht so ablaufen läßt, wie es aus notwendig wirkenden Ursachen ablaufen muß, sondern es selbst nach einem frei gewählten Bild gegen alle Notwendigkeit gestalten kann.

In der Biologie tauchten, dem mechanistischen Prinzip entgegen, schon um die Wende des 19. zum 20. Jahrhundert Anschauungen auf, die als Neovitalismus bezeichnet wurden. Hervorzuheben ist hier der Vortrag Hans Driesch' auf dem 5. internationalen Zoologenkongreß in Berlin /1901/, betitelt 2 Beweise für die Autonomie der Lebensvorgänge. Im Lauf des letzten Vierteljahrhunderts feierte der Vitalismus eine kraftvolle, empirisch und philosophisch tief durchdachte und eingehend begründete Wiederauferstehung, wenn auch die Neovitalisten die alte Annahme einer besondern Lebenskraft als Energieform ablehnen. Das wesentliche Moment ist geblieben: Bestritten wird die physikalisch-chemische Erklärbarkeit des Lebens. An ihre Stelle traten Hans Driesch' Entelechie (das alte Aristotelische wirkende innere Prinzip, das alle Eigenschaften und Lebensäußerungen bedingt), Johannes Reinkes Dominanten und Systemkräfte (die personifizierten richtenden Triebkräfte im Lebewesen, die die gewöhnlichen Energieen so len-

ken, daß ein bestimmter Zweck erreicht wird), Jakob Johann von Uexkülls Impulssysteme, Richard Kochs Atomseelen. Diese Kräfte sollen sich nun aus sich selbst beliebig vermehren und alle Lebensvorgänge regeln können.

Es stehen sich heute wieder wie einst Vitalismus und Mechanismus gegenüber. Und der Mechanist sieht jetzt durch den Vitalisten die strenge Gesetzmäßigkeit der organischen Welt in Frage gestellt. Das Axiom der Gesetzmäßigkeit der organischen Welt ist aber die Vorbedingung und notwendige Voraussetzung der kausalen Erforschung der Lebensvorgänge, die Ziel und Aufgabe der naturwissenschaftlichen Biologie bilden. Es handelt sich bei dem Widerstreit also zwischen Mechanismus und Vitalismus um die grundlegende Frage der Biologie. Dazu hat nun Bernhard Fischer in seiner bedeutenden Schrift Vitalismus und Pathologie (24. Heft der Vorträge und Aufsätze über Entwickelungsmechanik der Organismen /Berlin, Julius Springer/) kritisch Stellung genommen, da alle großen Probleme der Biologie als der Grundlage und Mutter der Pathologie auch für diese grundlegend und bestimmend sein müssen. Die Naturwissenschaft hat nach ihm das logische Recht die mechanistische Erklärbarkeit der Lebensvorgänge vorauszusetzen. Sie hat auch ein großes, ja praktisches Interesse daran, und demgegenüber liegt eine zwingende Notwendigkeit den Vitalismus als richtig anzunehmen nicht vor. Fischer betont aber gleichzeitig: »Es ist 1. gar keine Rede davon, daß die uns bis heute bekannten Gesetzmäßigkeiten der physikalischen Welt auch nur annähernd ausreichen könnten die Lebensprobleme zu erklären. Aber niemand weiß, wie weit wir noch unsere Kenntnisse unseres physikalischen Weltbildes vertiefen und erweitern und damit zugleich weiter in die Probleme des Lebens eindringen können. Von viel größerer Wichtigkeit ist aber 2.: Die Anerkennung des Mechanismus bedeutet mit keinem Wort die Verkennung der ganz besonderen grundsätzlich ganz neuen und eigenartigen Probleme im Bereich des Lebens. Es ist durchaus möglich, ja meines Erachtens heute schon ein zwingender Erkenntnisschluß, daß im Bereich des Lebendigen viele ganz besondere Gesetze herrschen, die in der rein physikalischen anorganischen Welt nicht vorkommen. Das, was der Mechanismus bestreitet und seiner Natur nach bestreiten muß, ist nur und ausschließlich die Existenz und Wirksamkeit autonomer, übermaterieller Faktoren, die in das chemisch-physikalische Geschehen der Lebensvorgänge selbstherrlich eingreifen, sie leiten, ordnen, antreiben oder hemmen können.«

Diese Voraussetzungen Fischers müssen in Betracht gezogen werden, wenn er dann den Vitalismus ablehnt, soweit er mit dem Anspruch auftritt als bewiesen anerkannt zu werden. Er versucht zu zeigen, daß der Vitalismus die Ausfüllung der auch von den Materialisten anerkannten Lücken unserer biologischen Kenntnisse durch vitalistische Spekulationen nicht nur nicht im geringsten fördert sondern im Gegenteil eine große Gefahr für die Weitererforschung der biologischen Probleme bedeutet, da er jedes tiefere Eindringen in die Welt der Erscheinungen, jeden Fortschritt unserer Erkenntnis geradezu verbarrikadiert, wie an den 2 Beweisen auseinandergesetzt wird, die Driesch 1901 herbeigeschafft hatte (die Regeneration der Ascidia clavellina und die Regulationseier). Hatte Driesch gezeigt, daß sowohl vom Kiemenkorb wie vom Eingeweidesack aus durch Sprossung von der Wunde her die Regeneration der ganzen clavellina erfolge, demnach »alles jedes, und jedes alles kann«, was mechanistisch undenkbar und unerklärbar wäre, so ist diese Denkunmöglichkeit freilich nicht vorhanden, was die Theorie von Uexkülls zeige, der dem Protoplasma die übermaschinelle Fähigkeit zuschreibt den maschinellen Apparat immer wieder neu zu schaffen und aufzulösen, was im innern Wesen die Keimplasmatheorie ist. Fischer zieht als Denkmöglichkeit auch die geniale Theorie der mnemischen Erregung Richard Semons herbei. Schließlich widerlegt er die Drieschsche Beweisführung durch die genauen Untersuchungen J. Schaxels, der im Jahr 1914 an Serienschnitten im Mikroskop verfolgen konnte, daß von einem Embryonalwerden irgendwelcher Gewebe im Dienst der rückläufigen Entwickelung keine Rede sein könne. Der Wiederaufbau geht von sogenannten Reservezellen aus, Zellgruppen, die in den verschiedenen Geweben des unversehrten Tiers verteilt sind, unter vollständiger Zerstörung der differenzierten Gewebe auf dem Umweg der Phagozytose oder der histolytischen Degeneration; das heißt also, aus undifferenzierten embryonalen Zellen, die erhalten blieben und noch Vollkeimplasma haben. Und die Entelechie widerlegt man aus der Tatsache, daß völlig "zweckwidriges" Geschehen nachweisbar sei, wobei man etwa an das

Auftreten bösartiger Geschwülste denkt ⟨und damit freilich den "Zweck" allzu sehr auf den Nutzen für den lebenden Menschen reduziert⟩. Faßt man den Begriff der mechanistischen Erklärung nicht rein physikalisch sondern auch chemisch auf, so sind heute schon viele Beispiele kausaler mechanistischer Erklärung für zahlreiche, früher völlig unerklärliche denkunmögliche Dinge dem Verständnis nähergebracht worden: so die Korrelation der Organe durch die Hormonwirkung, die Antikörperbildung, die Reflexmechanismen. Die Erfolge auf dem Gebiet der Nachahmung von Lebensvorgängen ermutigten die Mechanisten zur Weiterarbeit mit ihren Methoden. Unsere Kenntnisse der chemischen Seite der Formbildung sind allerdings noch ungeheuer gering; es ist daher selbstverständlich, daß noch fast alle großen Probleme der organischen Formbildung der Lösung harren. Nach allen bis jetzt unternommenen Versuchen zeigt jede besondere organische Form eine spezifische chemische Struktur. Diese Feststellung stimmt nun mit der Schlußfolgerung, die als ein wichtiges Ergebnis vitalistischer Gedankengänge durch von Uexküll aufgestellt worden ist, überein. Sie lautet: So viel Lebewesen, so viel Pläne, wofür man auch sagen kann: so viel Individualplasmen. So nimmt man also die organische Form als das Produkt, das Resultat der spezifischen chemisch-physikalischen Zusammensetzung. Die Lösung der wichtigsten Grundfragen der Formbildung überhaupt sieht man in der Zusammensetzung der Lebenssubstanz selbst, in ihrer feinsten chemisch-physikalischen Struktur. Die ganze experimentelle Entwickelungslehre scheint eine Kette von Beweisen dafür, daß nicht irgendein vitalistisches Prinzip die Formbildung beherrscht, sondern immer nur die Struktur des Ausgangsmaterials. Auch nach Uexküll ist es das Protoplasma, das die Grundlage des Lebens bildet und wie ein zusammenhängendes Netz die ganze Körpermaschine durchsetzt. Wenn Uexküll aber als die 3 wesentlichsten Leistungen des Protoplasmas der höheren Tiere Erbauung, Betriebsleitung, Wiederherstellung nennt und dafür 3 verschiedene Impulssysteme annimmt, so würden die Mechanisten demgegenüber lieber ihr Nichtwissen erklären, wenn sie nicht erkannt zu haben glaubten, daß die Regel der Impulsfolge in der chemisch-physikalischen Struktur der lebendigen Substanz primär gegeben ist.

Eins der allerschwierigsten Probleme ist das Verhältnis von Körper und Geist; steckt doch in der Tatsache des Bewußtseins und der geistigen Tätigkeit auch das ganze Problem der Möglichkeit oder Unmöglichkeit mechanistischer Auffassung der Lebensvorgänge. Der an das Nachweisbare gebundene Naturwissenschafter muß aus Beobachtungen zu dem Schluß kommen, daß alles Bewußtsein, alles Geistige im engern Sinn in irgendeiner Weise an Existenz und Tätigkeit des Nervensystems geknüpft ist. Alles naturwissenschaftliche Wissen kann aber natürlich keine Erklärungen darüber abgeben, wie die Ganglienzellen Gedanken, Bewußtsein, Geist produzieren können. Die Beziehungen der Materie zur Psyche sind etwas Gegebenes, das naturwissenschaftlich nicht erklärt werden kann. Der Begriff des Bewußtseins, des Geistes ist genau so eine Abstraktion wie der Begriff Kraft oder Energie, und daher nicht materiell faßbar, erklärbar. Und daher ist es grundsätzlich falsch Erklärungen aus dem Materiellen dafür zu fordern. Solche Erklärungen kann die Naturwissenschaft nicht geben, denn sie kann nur auf die naturwissenschaftlichen Grundbegriffe zurückgehen, die ihrerseits aber schon metaphysischen Charakter haben. So ist auch das tiefste Problem der Psyche für die Naturwissenschaft ebenso wenig auflösbar wie das Problem der Materie selbst im Kosmos, das Problem der Qualität in der Physik, das Problem der Form in der Biologie. Aber das gleiche gilt nun auch für die von den Vitalisten als Beweis für ihre Anschauung gegründeten Tatsachen der unverkennbaren Ordnung sowie der Zweckmäßigkeit der organischen Vorgänge und der Einheit der Organismen. Auch in diesen Dingen liegen nur Tatsachenreihen vor, die begrifflich zusammengefaßt sind. Ist aber nach Driesch selbst die scharfe Begriffsbestimmung das erste Erfordernis wahrer Wissenschaft, so hat die Naturwissenschaft bisher höchstens Vorarbeit geleistet. Heinrich Rickert hat in seiner Abhandlung über die Grenzen der naturwissenschaftlichen Begriffsbildung /Tübingen, J. C. B. Mohr/ die völlige Unzulänglichkeit der naturwissenschaftlichen Begriffe eingehend auseinandergesetzt. Auch Driesch bezeichnet die biologischen als Kollektivbegriffe, so daß für sie Bleulers Kritik durchaus zutrifft, daß sich auf so schwankenden unscharfen Begriffen selbst mit richtiger Logik die falschesten Schlüsse aufbauen lassen.

Es fehlt der objektiven Betrachtung des Streits zwischen Vitalismus und Mechanismus die Basis, von der aus klar die Frage entschieden werden kann: Handelt es sich dabei um eine völlig andere innere Anschauung der Lebensprobleme, oder aber sind die betonten Unterschiede solche philosophischer Nomenklatur? Da bis jetzt die Diskussionen über Vitalismus und Mechanismus durch die geschilderten Unklarheiten so unfruchtbar und unbefriedigend geblieben sind, muß endlich der Weg aus dieser Sackgasse heraus gefunden werden. Handelt es sich doch dabei um die fundamentalste Frage der Biologie. Klärung kann hier nur die Aufdeckung der erkenntnistheoretischen Grundlagen bringen. Erst wenn diese Vorarbeit getan ist, kann eine neue Biologie aufgebaut werden.

**Krebsentstehung** Im Lancet vom 18. Juli 1925 haben *W. E. Gye* und *James Barnard* 2 Artikel über den neuen Krebserreger veröffentlicht, die, wie der Herausgeber betont, »einen Markstein in der Geschichte der Medizin bedeuten« und »die Lösung des Kerns des Krebsproblems bringen«. Nach den Feststellungen beider Forscher weisen die bösartigen Geschwülste einen invisiblen, ultramikroskopischen Erreger oder eine Gruppe von solchen Erregern auf. Diese sind züchtbar und finden sich wahrscheinlich innerhalb der Geschwulstzellen. Jedoch besitzen sie *allein* nicht die Fähigkeit bei Eindringen in gesundes Gewebe wieder Geschwülste zu erzeugen. Dies gelingt nur bei gleichzeitiger Injektion von Geschwulstextrakt. Demnach entstehen die bösartigen Geschwülste durch die Zusammenarbeit zweier Faktoren: eines spezifischen chemischen, gebildet von der Geschwulst, und durch den Erreger. Der spezifische Faktor ist streng an jede Art gebunden, besitzt demnach Artspezifität und verleiht dem nichtspezifischen Erreger die Kraft die normale Zelle in eine Geschwulstzelle umzuwandeln. Außer dieser Artspezifität, der Tatsache also, daß man zum Beispiel bei einer Maus nur unter Verwendung von Mäusegeschwulstextrakt eine Geschwulst erzeugen kann, besteht wohl auch noch eine Gewebsspezifität, derart, daß ein Karzinomextrakt immer nur zur Neubildung eines Karzinoms, ein Sarkomextrakt stets nur zu einer derartigen Neubildungsform führen kann.
Zu diesen Ausführungen hat nun der Direktor des Instituts für Krebsforschung in Berlin *Ferdinand Blumenthal* Stellung genommen. Er hebt hervor, daß dem von den englischen Forschern festgestellten Virus eine allgemeine Bedeutung für das Krebsproblem nur dann zukommen würde, wenn die aus Ratten- und Mäusegeschwülsten gezüchteten Kulturen nach Zusatz des spezifischen Faktors bei Mäusen und Ratten ebenfalls Geschwülste hervorriefen, während es ihnen nur gelungen sei mit den von Ratten und Mäusen stammenden Kulturen unter Zusatz des spezifischen Faktors aus der Hühnergeschwulst bei Hühnern typische Geschwülste zu erzeugen, ihre Schlüsse also viel zu weit gehen. Was die Versuche mit Menschenkrebs anlangt, so glückte es den Engländern nur in 1 von 3 Fällen einen Krankheitsstoff zu kultivieren, der biologisch dem der Hühnergeschwulst glich. Die Ergebnisse Gyes für die Krebsätiologie sind nun dadurch auch beeinträchtigt, daß die sogenannten Hühnersarkome von den meisten Pathologen nicht als echte Sarkome sondern als Granulome angesprochen werden, und daß sie sich von allen tierischen bösartigen Neubildungen am meisten vom menschlichen Krebs entfernen. Auch die Schlußfolgerung, daß die anorganische Krebsentstehung durch Teer, Ruß usw. auf Parasiten zurückgeführt werden müsse, und daß Gye somit alle Reize, die bisher mit der Krebsbildung in Beziehung gebracht wurden, als spezifischen Faktor wertet, daß sie nach ihm also die Gewebe so verändern sollen, daß die Infektion nunmehr haften und stattfinden kann, darf nicht als bewiesen angesehen werden.
Die Frage des Vorhandenseins eines ultravisiblen Virus ist jetzt in den Vordergrund gerückt. Es muß aber daran erinnert werden, daß an geschwulsterregende Eigenschaften derartiger Mikroorganismen schon seit langem gedacht worden ist. Diese Möglichkeit hat Borrel bei verschiedenen Würmern, die als Agens der Krebsbildung inmitten tierischer Tumoren gefunden wurden, erörtert. Und auch Johannes Fibiger, der berühmte Kopenhagener Krebsforscher, hat diese Möglichkeit bei seinen Untersuchungen mit Spireptera neoplastica, einem durch Schaben auf Ratten übertragbaren Wurm, in Betracht gezogen. Ebenso machten die Arbeiten Keyßers die Entstehung des Krebses auf infektiöser Basis durch ein filtrierbares Virus sehr wahrscheinlich. Ferdinand Blumenthal und seinen Mitarbeitern, Hans Auler

und Paula Meyer, gelang sogar der erstmalige Nachweis von krebserregenden Parasiten im Menschenkrebs, und es glückte weiterhin durch die gewonnenen Bazillen bei Ratten und Mäusen krebsähnliche Neubildungen hervorzurufen. Bei den Deutungen ihrer Untersuchungen über bazillogene Geschwülste und geschwulsterzeugende Bakterien haben diese Forscher ebenfalls die Frage diskutiert, ob diese Bakterien nicht mit einem Virus beladen seien, und dieses auf den Kulturen mitgezüchtet würde. In diesem Sinn könnten also verschiedene Parasiten krebserregende Eigenschaften erhalten. Auch die Feststellung des andern Faktors durch die englischen Forscher deckt sich mit den Ergebnissen der deutschen. Doch scheint der Faktor nicht die strenge von Gye behauptete Spezifität zu besitzen, da unter Zusatz von aus menschlichem Krebs gewonnener Lymphe bei Ratten bösartige transplantable Geschwülste erzeugt werden konnten, deren Fortzüchtung bis zur 15. Generation gelang. Die weitere Feststellung Gyes, daß das Virus anaerob, unter Luftabschluß, gezüchtet werden muß, deckt sich mit den Forschungsergebnissen *Otto Warburgs* in Berlin, der dem Sauerstoffmangel am Ort der Krebsbildung eine große Bedeutung beilegt und gezeigt hat, daß die Krebszelle im Gegensatz zur normalen Zelle anaerob leben kann. Dies stimmt auch mit Aulers Pflanzenuntersuchungen überein, bei denen der befördernde Einfluß des Sauerstoffmangels klar zum Ausdruck kam.

In ein ganz akutes Stadium ist durch den Vortrag *Josef Schumachers* in der Mikrobiologischen Gesellschaft zu Berlin am 15. Februar 1926 die Ätiologie des Karzinoms getreten. Bisher hatte noch niemand auf färberischem Weg die invisiblen Erreger im Krebsgewebe nachweisen können. Schumacher ist es gelungen durch Lipoideiweißblockierung S-förmige Gebilde nachzuweisen, die an ihren Enden knopfförmig verdickt sind, und zwar in ungeheurer Menge. Sie dürften auch den von Warburg beobachteten Stoffwechsel der Karzinomzelle bedingen. Die Hauptmasse der Erreger findet sich mantelartig an der Randzone der Tumoren, während sie im Innern nur spärlich oder gar nicht nachgewiesen werden können. Überall da, wo das Krebsgewebe vordringt, ist der Wall der Erreger vorangehend, das gesamte Gewebe also in Krebsgewebe verwandelnd. Danach stellt sich der Krebs als eine chronische Infektionskrankheit dar, bei der sich zuerst ein Primäraffekt bildet, von dem aus durch Einwanderung der Erreger in Blut- und Lymphbahn die Metastasenbildung einsetzt. Auch in den Metastasen hat Schumacher überall Erreger nachzuweisen vermocht, und zwar in der Wand der Gefäße, im umliegenden Bindegewebe. Schumacher betonte jedoch selbst, daß er den Beweis für die Entdeckung des Krebserregers erst dann als geführt ansähe, wenn es ihm gelänge die gefundenen Gebilde zu züchten und experimentell mit ihnen Krebs zu erzeugen.

**Totenliste**

In der Nacht vom 8. zum 9. August 1925 wurde *Felix Rosen*, der Direktor des Pflanzenphysiologischen Instituts der Universität Breslau, ermordet. Er hat ein Alter von 62 Jahren erreicht.

Am 16. September verschied im Alter von 84 Jahren *Karl Kupelwieser*, der Gründer der Biologischen Station Lund in Niederösterreich.

Am 19. September starb, fast 89 Jahre alt, *Georg A. Schweinfurth* (siehe über ihn auch die Rundschau Kolonisation, 1925 Seite 659 und folgende). Er war der beste Kenner und Erforscher der ägyptischen Flora, besonders der Flora von Altägypten. Sein Hauptverdienst liegt in dem Anlegen großer Sammlungen, die er in Zentralafrika, Arabien und Ägypten zusammenbrachte, und die in 2 Zimmern des Berliner Botanischen Instituts aufgestellt sind. Leider ist er selbst nie zu einer Zusammenfassung seiner botanischen Forschungsergebnisse gekommen, er hat diese, besonders sofern sie Altägypten betrafen, seinem Schüler und Freund Ludwig Keimer übertragen. Seine Tagebücher sind der Berliner Staatsbibliothek zugefallen.

Im September starb in Cambridge im Alter von 75 Jahren der 2. Sohn Charles Darwins, *Francis Darwin*, Professor der Pflanzenphysiologie dort an der Universität. Von Haus aus Mediziner, arbeitete er von 1874 an mit seinem Vater über pflanzenphysiologische Fragestellungen, er unterstützte ihn besonders bei seinen bedeutenden Untersuchungen über die insektenfressenden Pflanzen; seit 1882 wurden diese Studien von ihm allein fortgeführt. Von seinen Arbeiten seien die über die Lichtempfindlichkeit der Blattorgane genannt. Von besonderm Interesse ist naturgemäß sein 3bändiges, eine Fülle biographischen und naturwissenschaftlichen Materials enthaltendes Werk Life and Letters of Charles Darwin.

Im Alter von 82 Jahren starb um die Jahreswende *Camillo Golgi* in Pavia. Er war ursprünglich Anatom, ging aber schon früh zu pathologisch-anatomischen Studien über und hat seinen besondern Ruhm durch die Untersuchungen der feinern Anatomie des Zentralnervensystems begründet. Die von ihm angegebene und erfundene Färbemethode war von grundlegender Bedeutung für die weitere Ausgestaltung dieses Forschungsgebiets. Später war die Malariaforschung sein Hauptarbeitsgebiet. Er war Mitglied der Berliner Akademie der Wissenschaften, Ritter des Ordens pour le mérite und Nobelpreisträger.

Im hohen Alter von 90 Jahren starb am 31. Dezember *Ernst Ehlers in* Göttingen. Seit 1874 war er Ordinarius der Zoologie und Direktor des Zoologischen Instituts sowie Leiter der Ethnographischen Sammlung der Göttinger Universität. In bedeutenden wissenschaftlichen Publikationen legte er die Ergebnisse seiner zoologischen Forschungsreisen, so nach Ozeanien und Polynesien, nieder. In Gemeinschaft mit Köllicker hat er die Zeitschrift für wissenschaftliche Zoologie gegründet.

**Kurze Chronik** Am 8. Januar sprach in der Berliner Gesellschaft für Geschichte der Naturwissenschaften und der Medizin der Privatdozent für Geschichte der Medizin an der Universität Frankfurt Richard Koch über den Anteil der Geisteswissenschaften an den Grundlagen der Heilkunde. Heute hat schon wieder die *geisteswissenschaftliche Denkweise* in der modernen Medizin die rein naturwissenschaftlich-materialistische zum Teil zurückgedrängt. Schlaglichter werfen darauf die Erörterungen der Begriffe Norm, Konstitution, Zweckmäßigkeit, deren Klärung der materialistischen Schule nicht gelingen kann. In den Vordergrund gerückt ist jetzt auch wieder durch die modernen Theorieen und Methoden der Irrenheilkunde das Leib-Seele-Problem. So braucht der werdende Mediziner zur Ergänzung seiner naturwissenschaftlichen Ausbildung dringend auch eine geisteswissenschaftliche, damit er nicht einseitig während der Jahre seines Studiums auf ganz bestimmte Anschauungen festgelegt sondern fähig wird sein Wissen im Wechsel der Anschauungen beweglich zu erhalten und zur eigenen Sinnfindung nicht nur der medizinisch-naturwissenschaftlichen Fragestellungen sondern darüber hinaus des Lebens selbst zu gelangen. Zur Einführung in diesen wichtigen Bestandteil der geistigen Ausbildung ist der Medizinhistoriker vornehmlich berufen, da er mit der Problemgeschichte der Medizin am besten vertraut ist. In der Diskussion unterstrich Julius Schuster noch für das Gesamtstudium der Naturwissenschaften die Ausführungen Kochs. ◇ Der de Candolle-*Preis*, international ausgeschrieben für die monographische Bearbeitung einer Pflanzengattung oder -familie, wurde von der Société de physique et d'histoire naturelle in Genf einstimmig dem Göttinger Privatdozenten der Botanik Gustav Schellen zuerkannt. ◇ Dem Privatdozenten für Anatomie an der Universität Halle *Johann Hett* ist ein Lehrauftrag für die biologischen Grundlagen der Leibesübungen an der Universität Halle erteilt worden.

**Literatur** Zum 70. Geburtstag des Gießener Hygieneprofessors Hermann Griesbach erschien bei Alfred Töpelmann in Gießen eine Festschrift des Titels *Hygienische und biologische Abhandlungen*, unter Berücksichtigung der physikochemischen, serologischen und bakteriologischen Grenzgebiete, die auch neben 21 Abhandlungen seiner Freunde und Schüler ein Verzeichnis der Arbeiten des Gefeierten umfaßt. Den Biologen interessieren besonders Karl Bürker Über die Definition des Begriffs Reiz, G. W. Chlopin Zum gegenwärtigen Stand der Frage über den Einfluß geistiger Arbeit auf den Stoffwechsel des menschlichen Organismus, Edouard Claparède Sur la constance des épreuves dynamométriques, Nelly Seyfert Synergistische Versuche am überlebenden Gefäßstreifen und H. Zwaardemaker Corpuscula aequivalenta oder energetische Gleichheit in der Radiumbiologie. ◇ Über das vielumstrittene Problem der Vererbung erworbener Eigenschaften handelt in sehr klarer Form *Paul Kammerer* in seinem neuen Buch Neuvererbung oder Vererbung erworbener Eigenschaften, erbliche Belastung und erbliche Entlastung, das, mit 44 Abbildungen ausgestattet, bei Walter Seifert in Stuttgart erschien. Den Grund der absoluten Ablehnung der Theorie der Vererbung erworbener Eigenschaften sieht Kammerer einmal in dem bequemern absoluten Denken, dann aber im völkischen Selbstbewußtsein, dem ein solcher Glaube abträglich ist. Denn er lehrt zugleich, daß Vererbung, Forterbung der von den Vorfahren überkommenen Rassen- und Adelseigenschaften nicht alles ist; son-

dern daß auch Lebenslage und Lebensraum, Land und Leute, von denen der Mensch umgeben ist, in deren Mitte er aufwächst, Macht über ihn haben. Die Schrift, nicht aus bestimmter Festlegung heraus geschrieben, wendet sich also gegen das große Schrifttum, das über menschliche Rassenkunde unter dem Zeichen germanisch-völkischer Methode entstanden ist. ◇ Des allgemein biologischen Interesses wegen, dessen jene Schriften nicht entbehren, sei auch in dieser Rundschau auf sie hingewiesen; eine ihnen zukommende sachliche Behandlung können sie nur in der Rundschau Anthropogeographie finden, die demnächst hier eröffnet werden soll. Der Verlag J. F. Lehmann in München hat uns auf diesem Gebiet, die biologische Sendung der *nordischen Rasse* einseitig beleuchtend, mit einer reichen Literatur bedacht, deren Studium und Beachtung trotz dem hier vertretenen Standpunkt sehr empfohlen sei. Schildert Hans F. K. Günther in seinem mit ausgezeichnetem Bildermaterial (531 Abbildungen, 27 Tafeln) ausgestatteten Buch Rassenkunde des deutschen Volkes die körperlichen wie seelischen Eigenschaften der einzelnen Rassenelemente, so hat er seine rassenbiologische Auffassung erneut in seinem Buch Der nordische Gedanke unter den Deutschen zusammengefaßt. Die gleiche Richtung verfolgt Madison Grant (Der Untergang der großen Rasse). Die Rasse als Grundlage der Geschichte Europas wird in dem Buch Lothrop Stoddards Der Kulturumsturz, die Drohung des Untermenschen, unter Exemplifizierung am Bolschewismus behandelt, und es wird der Gedanke ausgesprochen, daß die neuherrschende Schicht gewöhnlich minderwertiger ist als die alte, während mittlerweile unersetzlicher Schaden an Kultur und Art erlitten wird: eine Ansicht, die wirklicher Prüfung nicht stichhält. Wie mit Hilfe des Verstandes nur eine rationale Zivilisation entstanden ist, die zur Mechanisierung des Lebens führt, wobei Seele und Kultur zerstört wird, zeigt Roderich von Engelhardts Buch Organische Kultur. Deutsche Lebensfragen im Lichte der Biologie. Er betont die Notwendigkeit der Erstarkung der Intuition und Erlebnisstärke zur Formung eigenster Lebensgesetze, die sich nur durch die Vertiefung philosophischer und biologischer Bestrebungen erreichen lassen: ein Postulat, dem man nur beipflichten kann, dessen Befolgung dann aber ganz von selbst über jede Rassenenge hinausführt.

**Rechtswissenschaft / Karl Steinhoff**

**Fürstenabfindung** Die vermögensrechtliche Auseinandersetzung zwischen den deutschen Ländern und ihren ehemaligen Fürstenhäusern gehört zu jenen vielen Dingen, die im neuen Deutschland auf die leichte Achsel genommen wurden, bis das Feuer auf den Nägeln brannte. Mit erstaunlicher Gelassenheit haben die Reichsregierungen den Dingen ihren Lauf gelassen, und der Reichstag hat noch vor einigen Jahren den sozialdemokratischen Antrag auf gesetzliche Regelung der Angelegenheit abgelehnt. Jetzt sollen, unter dem Druck der Entwickelung, die Versäumnisse vieler Jahre plötzlich in wenigen Wochen nachgeholt werden. Von allgemeinem Interesse sind die aus ihrem Anlaß aufgeworfenen wichtigen Fragen, ob Ausschluß des Rechtswegs und Regelung durch die Reichsgesetzgebung allgemein rechtlich, insbesondere verfassungsrechtlich, zulässig ist. Um es gleich vorweg zu sagen: Die rechtliche Zulässigkeit als solche ergibt sich aus der Souveränität der Gesetzgebung. Die Gesetzgebung kennt rechtlich innerhalb der jeweils geltenden Verfassung keine Schranken, sie ist allmächtig und beweist diese Allmacht Tag für Tag. Man hat zwar demgegenüber behauptet, die Ausschaltung des Rechtswegs bedeute einen Rückfall in die Kabinettsjustiz schlimmster Art, indem in Streitigkeiten des Privatrechts mit einem Akt der Gesetzgebung eingegriffen würde. Davon kann keine Rede sein. Oder war etwa die Aufwertungsgesetzgebung, die in erster Linie das Werk der heutigen Gegner der gesetzlichen Fürstenabfindung ist, ein Akt der Kabinettsjustiz? Jene Aufwertungsgesetzgebung, die in rücksichtsloser Weise in die Rechtsprechung eingriff, als diese der Wirtschaft und den Staatsfinanzen gefährlich zu werden drohte, und die die Höhe der Aufwertungssätze bindend durch den Akt der Gesetzgebung normierte? Damals hat kein Rechtsgelehrter der für die Aufwertungsgesetze verantwortlichen Parteien von Kabinettsjustiz gesprochen. In engster Verbindung mit diesem Argument wird ein anderes angeführt, das in dem Satz Iustitia fundamentum regnorum gipfelt; auch die Republik könne auf dieses Fundament nicht verzichten. Es ist rührend, wie gewisse Kreise um die Gerechtigkeit und den Bestand der Republik besorgt sind, wenn es sich um das Wohl der "angestammten" Dynastieen handelt.

Leider sind die Bemühungen am unrechten Platz. Es liegt auf der Hand, daß die in Beziehung gesetzten Dinge nichts mit einander zu tun haben. Wenn die Zulässigkeit gesetzlicher Regelung unter Ausschluß des Rechtswegs an sich zu bejahen ist, und sie ist es kraft der Souveränität der Gesetzgebung, so müssen damit selbstverständlich die Begriffe von juristischer Gerechtigkeit und Ungerechtigkeit ausscheiden. Denn Gesetze sind politische Akte und keine Gerichtsurteile. Ihre Gerechtigkeit erweist keine gelehrte Perücke, sondern einzig und allein das Forum der Geschichte; sie ist keine logische sondern eine historische Angelegenheit. Dem Urteil der Geschichte aber kann man mit um so größerer Ruhe entgegensehen, als ihre unbestechliche Gerechtigkeit sogar schon die Depossedierung von Fürstenhäuptern sanktioniert haben soll. Will aber jemand bestreiten, daß die Gesetzgebung überhaupt Anlaß hat in das Privatrecht der Fürstenansprüche einzugreifen? In der Tat sind derartige Einwendungen erhoben worden. Demgegenüber ist zu sagen, daß es sich hier nicht um eine Frage des Rechts sondern ausschließlich um eine Frage der Notwendigkeit oder Zweckmäßigkeit handelt. In erster Linie kommt hierfür in Betracht, daß die vermögensrechtlichen Auseinandersetzungen mit den ehemaligen Fürsten nur vom formaljuristischen Standpunkt aus privatrechtliche Streitigkeiten sind. Ihrem Wesen und wirklichen Inhalt nach gehen sie weit über den Rahmen des Privatrechts hinaus. In den persönlichen und Eigentumsverhältnissen der früheren Fürsten waren Privatrecht und öffentliches Recht vielfach derart eng mit einander verbunden, daß beides reinlich nicht zu scheiden war. Nun soll der Zivilprozeßrichter unter dem engen Gesichtswinkel des Privatrechts diese Aufgaben bewältigen, die eine staatsrechtliche Angelegenheit ersten Ranges sind? Besonders deutlich ist dies im Fall der Schmalkaldner Forsten. Diese Forsten hatte der König von Preußen dem Herzog von Gotha als Anerkennung für die Waffenhilfe gothaischer Truppen im Kampf gegen Hannover gegeben. Hier wird eine Entscheidung nach formellem Zivilrecht, die statt des öffentlichrechtlichen Gesichtspunkts die rein äußerliche Form der Eigentumsübertragung in den Vordergrund stellt, der Sache nicht gerecht. Aber nicht allein das Überwiegen öffentlichrechtlicher Gedankengänge, sondern die staatspolitische Notwendigkeit fordert eine Regelung außerhalb des Privatrechts und des ordentlichen Rechtswegs. Staatsnotwendigkeit und Staatswohl sind in jedem Rechtsstaat das oberste Gebot. Selbst zu Zeiten ausgesprochen individualistischer Denkweise ist dieser Satz anerkannt gewesen. Er gilt doppelt heute, wo der soziale Geist der Gemeinschaft das öffentliche Leben wenigstens de iure beherrscht. Es ist nicht angängig, daß das Wohl des Staates, das ist des Volkes, leiden muß, um einem überdies nur formalen Privatrecht nicht zu nahe zu treten. Der Fall ist akut in Thüringen, wo die Erfüllung der Urteile aus den Zivilprozessen der Fürsten das Land zugunsten von Einzelpersonen, die obendrein zum Teil nur im staatsrechtlichen Sinn Deutsche sind, buchstäblich an den Bettelstab brächte. Daß staatsrechtliche Veränderungen, mögen sie auf völkerrechtlichen oder innerstaatlichen Ursachen, also beispielsweise auf Krieg oder Revolution beruhen, außer für die Person auch für die Vermögensrechte der von der Veränderung betroffenen Personen Wirkungen haben, war zudem bisher ausnahmslose Praxis. Die Beispiele Englands, Frankreichs und Hannovers sind zu bekannt, als daß sie hier aufgeführt zu werden brauchten. Für die jüngste Vergangenheit darf nur auf Rußland und Deutsch Österreich verwiesen werden. Stehen nach alledem allgemeinrechtliche Bedenken einer gesetzlichen Regelung nicht entgegen, weisen vielmehr staatsrechtliche und staatspolitische Momente auf sie hin, so erhebt sich die weitere Frage, ob eine gesetzliche Regelung unter Ausschluß des Rechtswegs der Reichsverfassung widerspricht. In Betracht kommen die Artikel 105 Satz 2, Artikel 109 und Artikel 153. Nach Artikel 105 Satz 2 darf niemand seinem gesetzlichen Richter entzogen werden. In dieser Bestimmung ist, wie auch ihre Stellung ergibt, lediglich eine Wiederholung des 1. Satzes des Artikels zu erblicken, wonach Ausnahmegerichte unstatthaft sind. Sie bedeutet demnach nicht mehr, als daß niemand der ordentlichen Zuständigkeit der Gerichte entzogen und vor ein Ausnahmegericht gestellt werden darf. Die gesetzliche Bestellung eines Ausnahmegerichts, das über die vermögensrechtliche Auseinandersetzung zu verhandeln und entscheiden hätte, wäre hiernach unzulässig. Der Ausschluß des ordentlichen Rechtswegs für sich bedeutet dagegen keinen Verstoß gegen die Verfassungsbestimmung. Die neuerdings verfochtene Ansicht, daß Artikel

105 Satz 2 auch solche Anordnungen verbietet, »die einen Einzelfall lediglich dem "gesetzlichen" Richter entziehen, ohne einen andern einzusetzen«, ist als unbegründet abzulehnen. Diese Auslegung hätte im übrigen als Einwendung gegen die gesetzliche Regelung nur auf den ersten Blick etwas Bestechendes. Sie wäre vielleicht erwägenswert, wenn etwa das Gesetz, das die Abfindung regeln soll, gewissermaßen als ein Gerichtsurteil des Parlaments zu gelten hätte. Einer totalen oder partiellen in Gesetzesform zu erfolgenden Enteignung, und nur in dieser Richtung kann unter Ausschluß des Rechtswegs sich eine gesetzliche Regelung bewegen, ist aber selbst die weitestgehende Auslegung des Artikels 105 nicht im Weg. Denn diese Regelung leitet ihre Legitimation aus dem unten zu erörternden besondern Enteignungsartikel der Verfassung her. Eine gesetzliche Regelung soll ferner dem Artikel 109 der Reichsverfassung, wonach alle Deutschen vor dem Gesetz gleich sind, zuwiderlaufen. Bei diesem Einwand handelt es sich nicht, wie man zunächst anzunehmen geneigt sein wird, um eine Spitzfindigkeit, die aus Anlaß der Fürstenabfindungsfrage entdeckt worden wäre, sondern um eine Streitfrage über die Auslegung der Verfassungsbestimmung, die zwar erst neuern Datums, aber in Anlehnung an nordamerikanische und schweizerische Gedankengänge schon anderswo mehrfach erörtert worden ist. Die genannte Verfassungsbestimmung wird nämlich von einem Teil der Literatur dahin ausgelegt, daß auch die Gesetzgebung des Reichs und der Länder gehindert sei ungleiche Gesetze bei gleichen Tatbeständen zu erlassen, also im vorliegenden Fall den Fürsten in ihren Vermögensstreitigkeiten mit dem Fiskus den nach Maßgabe der allgemeinen Gesetze zulässigen Rechtsweg zu verschließen, der Müller und Schulze in ihren Eigentumsstreitigkeiten mit dem Fiskus geöffnet sei. Hiergegen ist folgendes zu sagen: Zunächst ist die erwähnte, in der Praxis nirgends vertretene Auslegung des Artikels 109 Absatz 1 unzutreffend. Der klare Wortlaut der Verfassungsbestimmung spricht lediglich von der Gleichheit *vor* dem Gesetz und bringt nirgends zum Ausdruck, daß die Gesetze selbst für alle Deutschen die gleichen sein müssen. Er enthält daher nur eine Anweisung an die Rechtsprechung und Verwaltung, nicht aber an die Gesetzgebung. Er besagt: Das bestehende Gesetz muß für alle Deutschen gleichmäßig, das heißt ohne Ansehen der Person angewendet werden. Nirgends ist ersichtlich, daß der Verfassunggeber dieser Bestimmung entgegen ihrem klaren Wortlaut und ihrem historischen Entwickelungsinhalt eine andere Auslegung zu geben beabsichtigt hat. Richtig ist die allerdings nicht aus Artikel 109 Absatz 1 zu folgernde und deshalb nicht verfassungsrechtlich gesicherte Auffassung, daß gleiche Tatbestände nicht *willkürlich* ungleiche Gesetzgebung erfahren dürfen. Denn in einem Rechtsstaat muß nicht nur in Rechtsprechung und Verwaltung sondern auch in der Gesetzgebung die Willkür ausgeschaltet sein. Die Entscheidung darüber aber, ob die Tatbestände sich gleichen, und ob bei gleichen Tatbeständen ungleiche gesetzliche Behandlung geboten ist, steht ausschließlich der Gesetzgebung selbst zu. Da Artikel 109 Absatz 1 die Gesetzgebung in dieser Richtung nicht bindet, kann eine Verfassungsverletzung bei dieser Entscheidung und damit gegebenenfalls eine Ungültigkeit des Gesetzes niemals in Betracht kommen. Insbesondere den Gerichten ist deshalb keine Gelegenheit gegeben etwa die materielle Gerechtigkeit der Gesetze zu prüfen, selbst wenn man ihnen überhaupt das ⟨bestrittene⟩ Recht der Prüfung der Verfassungsmäßigkeit einräumen will. Bildet aber Artikel 109 Absatz 1 in keinerlei Form eine Anweisung an den Gesetzgeber, so ist der Einwand hinfällig, daß eine von dem Privatrecht abweichende gesetzliche Regelung der vermögensrechtlichen Auseinandersetzung zwischen den Ländern und ihren ehemaligen Fürsten gegen die Verfassungsbestimmung verstößt, nach der alle Deutschen vor dem Gesetz gleich sind. Die gesetzliche Regelung widerspricht schließlich auch nicht dem Artikel 153 der Reichsverfassung, auf den sie sich stützt. Der in Absatz 1 des Artikels ausgesprochene Grundsatz, daß das Eigentum innerhalb der Schranken der Gesetzgebung von der Verfassung gewährleistet wird, erfährt sogleich in Absatz 2 seine bedeutende verfassungsmäßige Einschränkung. Nach ihm kann eine Enteignung zum Wohl der Allgemeinheit auf gesetzlicher Grundlage vorgenommen werden. Gegen die Zulässigkeit gesetzlicher Regelung der Fürstenabfindung auf dieser Grundlage werden vor allem 2 Einwendungen erhoben. Einmal soll Artikel 153 Absatz 2 nur ein Programm für ein künftiges Enteignungsgesetz enthalten, das die Grundsätze der Enteignung all-

gemein festzulegen habe. Eine spezielle gesetzliche Regelung für Einzelfälle sei dagegen ausgeschlossen. Diese wissenschaftlich übrigens nur vereinzelt vertretene Ansicht ist nach Wortlaut und Stellung des Artikels 153 unbegründet. Auch seine dürftige Entstehungsgeschichte gibt hierfür keinerlei Anhaltspunkt. Die Zulässigkeit der Enteignung für einen Einzelfall oder einen bestimmt umrissenen Komplex von Einzelfällen ist daher nicht zu bezweifeln. Der weitere Einwand hält die Voraussetzung, daß die Enteignung nur zum Wohl der Allgemeinheit erfolgen darf, nicht für gegeben. Nun ist das Wohl der Allgemeinheit ein Begriff, der vielseitige Deutungen zuläßt. Das Reichsgericht hat seine Bedeutung dahin ausgelegt, daß der in Artikel 153 Absatz 2 erforderte Nutzen für die Allgemeinheit über den durch die vorgenommene Rechtsentziehung an sich und ohne weiteres erreichten Vorteil hinausgehen oder außerhalb dieses Vorteils bestehen muß. Dieser nicht zu beanstandenden Auslegung liefe eine partielle oder totale Enteignung des Fürstenvermögens an den Staat nicht zuwider. Denn es ist nicht so, daß der Staat durch die Rechtsentziehung Ausgaben oder Verluste erspart. Man hat vielmehr davon auszugehen, daß die Allgemeinheit, die andernfalls die zum Teil unerträglichen Lasten zugunsten der Fürsten zu tragen hätte, vor einer weitern Verschlechterung ihrer Lebenslage verschont bleibt. Man wird nicht bestreiten können, daß eine zu diesem Zweck vorgenommene Enteignung über den bloß fiskalischen Vorteil hinausgehend dem Wohl der Allgemeinheit dient. Diese Schlußfolgerung ist doppelt berechtigt in einer Zeit schwerster wirtschaftlicher Not, in der jeder Pfennig Lastenerleichterung von der gesamten Bevölkerung als größte Wohltat empfunden wird. Daß eine hiernach zulässige Enteignung mit oder ohne Entschädigung und im ersten Fall unter Ausschluß des Rechtswegs über die Höhe erfolgen kann, ist in Artikel 153 Absatz 2 ausdrücklich bestimmt. Hieraus folgt, daß eine auf Artikel 153 Absatz 2 der Reichsverfassung basierte gesetzliche Regelung unter Ausschluß des Rechtswegs keinerlei verfassungsmäßigen Bedenken begegnet. Eine in seinen Grenzen gehaltene gesetzliche Auseinandersetzung mit den ehemaligen Fürstenhäusern bedarf daher zu ihrer Annahme nur der einfachen Mehrheit des Parlaments. Bei der außerordentlichen Wichtigkeit dieser Frage, deren Art der Erledigung geradezu als ein Prüfstein für die Reife des Volkes zur Demokratie, das heißt zum Dienst am Volk durch das Volk, angesehen werden muß, darf beim Versagen des Parlaments der Volksentscheid unter keinem Vorwand unterlassen werden.

**Uneheliche Kinder**

Abgesehen von geringfügigen Änderungen ist bisher die dringliche Reform der Rechtsstellung der unehelichen Kinder ein unausgeführtes Programm der Reichsverfassung geblieben. Nun hat die Reichsregierung im letzten Viertel des Jahres 1925 einen Gesetzentwurf vorgelegt, der auf dem Weg zum Ziel als eine beachtliche Etappe bewertet werden kann. Der Entwurf, der außerdem noch die Annahme an Kindesstatt neu regelt, ist im Reichsarbeitsblatt vom 1. Oktober 1925 veröffentlicht: eine Tatsache, die auf seine einschneidende soziale Bedeutung hinweist. Der entscheidende Punkt ist allerdings nicht geklärt: die Verwandtschaft des unehelichen Kindes mit dem Vater. An seine Stelle ist eine umständliche Kompromißlösung getreten, wie sie bei der Zusammensetzung der Reichsregierung nicht anders zu erwarten war. Im übrigen beseitigt aber der Entwurf die großen Härten des geltenden Rechts, die vor allem im Unterhaltsanspruch gelegen sind. Er sieht, neben der freiwilligen Anerkenntnis der Vaterschaft oder deren Feststellung durch das Vormundschaftsgericht, bei Ungewißheit der Vaterschaft die gesetzliche Haftung aller Väter als Gesamtschuldner vor, die in der Empfängniszeit der Mutter des Kindes beigewohnt haben. Diese Regelung beendet die unsoziale und ungerechte Lösung des geltenden Rechts, nach der das Kind keine Unterhaltsansprüche an den Vater hat, wenn dieser beweist, daß in der Empfängniszeit außer ihm andere Männer der Mutter beigewohnt haben. Ungerecht war die Lösung besonders deshalb, weil in diesen Fällen zuungunsten des Kindes das verwandtschaftliche Prinzip angewandt wurde, das in jeder andern Hinsicht, wo es zu seinen Gunsten gewirkt hätte, gegenüber dem Vater als nicht bestehend betrachtet wurde. Durch die Neuregelung wird zweifellos das freiwillige Anerkenntnis der Vaterschaft begünstigt, in jedem Fall aber die Unterhaltsnot des Kindes gemildert werden. Die letzte Wirkung wird noch dadurch erhöht, daß für die Höhe der Unterhaltsleistung nicht mehr ausschließlich

die Lebensstellung der Mutter des Kindes, sondern, allerdings unter gewissen Einschränkungen, auch die Vermögenslage des Vaters in Betracht zu ziehen ist. Diese Bestimmung hat, als eine erneute Anerkennung des Grundsatzes des sozialen Ausgleichs, besondere Bedeutung. Das dem Kind gewährte Erbrecht ist nur beschränkt. Es kann an Stelle der Abfindung den Pflichtteil verlangen, wenn der Vater nicht von seiner Ehefrau oder ehelichen Abkömmlingen beerbt wird. Andrerseits können die Genannten, falls sie den Vater beerben, das Kind mit dem gesetzlichen Pflichtteil abfinden. Diese Abfindung bedarf aber der Genehmigung des Vormundschaftsgerichts. Auch die Bestimmungen über die elterliche Gewalt sind verbessert. Während bisher die Mutter des unehelichen Kindes von seiner rechtlichen Vertretung ausgeschlossen war, kann ihr nach dem Entwurf auf ihren Antrag die elterliche Gewalt zugesprochen werden. Aber auch dem Vater kann auf seinen Antrag die elterliche Gewalt verliehen werden, was bisher nur über den Weg der Ehelichkeitserklärung oder der Bestellung des Vaters zum Vormund möglich war. Es ist zu wünschen, daß das Parlament den Entwurf so umgestaltet, daß endlich den Kindern einer natürlichen Verbindung ihr Lebensrecht zuteil wird.

**Informationsmittel** Der Industrieverlag Spaeth & Linde in Berlin hat eine Reihe von Kommentaren usw. zur *Aufwertung* herausgegeben, so eine ausführliche und zuverlässige Erläuterung des Hypothekenaufwertungs- und Anleiheablösungsgesetzes nebst Durchführungsbestimmungen von Otto Warneyer und Fritz Koppe, sowie in Ergänzung hierzu, von den selben Verfassern, Die Aufwertungsformulare, die eine wertvolle Mustersammlung der für die Aufwertungsfragen wichtigen Anmeldungen und Anträge umfassen. Die Schrift Otto Warneyers Die Aufwertung außerhalb der 3. Steuernotverordnung und des Aufwertungsgesetzentwurfs enthält eine Erörterung der Rechtsfragen dieser Materie an der Hand der im entscheidenden Teil wörtlich wiedergegebenen Reichsgerichtsurteile. Eine brauchbare, aber doch mehr volkstümliche Erläuterung bringt ein Heft Max Pulvermanns Das Aufwertungsgesetz vom 16. Juli 1925 mit der Verordnung vom 21. Juli 1925 über die Einrichtung und das Verfahren der Aufwertungsstellen /Halberstadt, H. Meyer/.

**Kurze Chronik** Am 11. November 1925 nahm der preußische Landtag einen sozialdemokratischen Antrag auf *Beseitigung der Plakatzensur* an. ◇ Im November wurde das 50jährige Bestehen des *Preußischen Oberverwaltungsgerichts* gefeiert. Sein Präsident Drews gab eine Übersicht über die Tätigkeit des Oberverwaltungsgerichts in diesen 50 Jahren. Die Glückwünsche des preußischen Staatsministeriums überbrachte der Minister des Innern Severing. Zum Jubiläum erschien bei Carl Heymann in Berlin eine Festgabe Verwaltungsrechtliche Abhandlungen, an der die namhaftesten Vertreter der deutschen Verwaltungsrechtswissenschaft mitgewirkt haben. Die Bedeutung, die dem Oberverwaltungsgericht als oberster Rechtskontrolle der Verwaltung zukommt, bedarf keiner Erörterung. Zu wirklich sachgemäßer Wahrnehmung dieser hervorragenden Aufgabe ist es aber unerläßlich, daß neben der fachlichen Tüchtigkeit auch der Geist einer neuen Zeit sich dort zeigt. ◇ Zum 150. Geburtstag des großen Strafrechtsgelehrten *Anselm von Feuerbach* wurde im November im Hof des Gerichtsgebäudes zu Ansbach ein Denkmal enthüllt. ◇ Der Oberlandesgerichtsrat *Rudolf Schmidt* in Jena folgte, als ordentlicher Professor, dem Ruf an die Universität Halle. ◇ Dagegen hat *Erich Kaufmann* die Berufung nach Kiel (siehe diese Rundschau, in diesem Band Seite 57) abgelehnt; er bleibt in Bonn. ◇ In diesem Monat hält der Freiburger Professor *Hermann Kantorowicz* an der Universität London Vorträge über die deutsche Verfassung.

**Literatur** Zur Erneuerung des deutschen Rechtswesens gibt Wilhelm Kroner in Verbindung mit Wolfgang Mittermaier, Gustav Radbruch und Hugo Sinzheimer eine justizpolitische Zweimonatsschrift *Die Justiz* heraus /Berlin, Walther Rothschild/. Sie ist vom lebendigen Geist des Rechts getragen. Sie hat nicht nur zu berichten, sie hat etwas zu sagen. Sie verbindet wissenschaftliche Gründlichkeit mit dem politischen Willen zur Reorganisation eines traditionell verkalkten Rechtswesens. ◇ Unter dem Titel *Völkerrechtsfragen* geben Heinrich Pohl und Max Wenzel eine Sammlung von Vorträgen und Studien heraus /Berlin, Ferd. Dümmler/. Bisher sind 5 Hefte erschienen: Weltunionen, Haager Friedenskonferenzen und Völkerbund von Philipp Zorn, Der deutsche Einmarsch in Belgien von Heinrich Pohl,

Die Revision der Mannheimer Rheinschiffahrtsakte von Hans Vomhoff, Die Tangerfrage von Kurt Fritz von Grävenitz, Ein Deutscher darf nicht ausgeliefert werden! von Wolfgang Mettgenberg. Die Beiträge sollen nach der Absicht der Herausgeber über wichtige Völkerrechtsfragen belehren und zur Beschäftigung mit ihnen anregen. Diesem Ziel wird die Sammlung um so eher dienen, je objektiver ihre Beiträge gestaltet sind. Die vorliegenden halten im wesentlichen die wissenschaftliche Linie inne, was nicht ausschließt, daß manche Ausführungen zu sehr starkem Widerspruch herausfordern. <> Den Einfluß des socialisme juridique auf die Umwälzung des französischen Zivilrechts am Ende des 19. Jahrhunderts und im 20. Jahrhundert weist in einer gleichnamigen Broschüre *Marco J. Barasch* eingehend nach /Paris, Les Presses Universitaires de France/. Die Darstellung der soziologisch begründeten Entwickelung vom Individualrecht zu kollektiven Rechtsnormen unter eingehender Berücksichtigung französischer Theorieen verdient Beachtung. <> Der in 3., vermehrter Auflage herausgegebene Grundriß der Psychologie für Juristen von *Otto Lipmann* /Leipzig, Johann Ambrosius Barth/ kann als Einführung in die Hauptgrundsätze der theoretischen und angewandten, insonderheit der forensischen Psychologie einer freundlichen Aufnahme gewiß sein. <> Einen bedeutenden und wertvollen Versuch die Soziologie des Rechts zu meistern bedeutet das in seinem 1. Band Gesetzmäßigkeit und Kollektivität betitelte Werk des Universitätsprofessors *Franz W. Jerusalem* /Jena, Gustav Fischer/. Sein großer Vorzug liegt darin, daß es kein System sondern ein Programm ist. Aus der unerschöpflichen Fülle der Lebenserscheinungen wird mit ungewöhnlicher Sorgfalt, die auch das Geringste nicht verachtet, das Material zusammengetragen, dessen Ausdeutung den Verfasser zur Gesetzmäßigkeit und Kollektivität als Grundlagen des sozialen Lebens und damit auch der reinen Wissenschaft des Rechts führt. Dem 2. Band, in dem die Soziologie des Rechts im einzelnen dargestellt werden wird, darf man mit Erwartung entgegensehen. <> In 4., erweiterter Auflage erschien *Erwin Jacobis* Einführung in das Gewerbe- und Arbeitsrecht /Leipzig, Felix Meiner/. Dieser Grundriß, auch auf der verbreiterten Grundlage übersichtlich, läßt in die wissenschaftlichen Zusammenhänge und gesellschaftlichen Zwecke dieses Rechtszweigs blicken.

# KUNST

**Dichtkunst / Max Hochdorf**

**Italien**

Giovanni Papini und Pietro Pancrazi haben bei Vallecchi in Florenz die Poeti d'oggi vereinigt. Diese Italiener, die heute die Fünfzig überschritten, aber auch die, die erst 30 Jahre wurden, stehen nun ganz besonders in der europäischen Gemeinschaft der Poeten da. Die Landschaft hilft ihnen, daß sie in einer äußern Freudigkeit leben können. Wohl daß sie in die Großstädte hineinwandern und dort auch das soziale Leben beobachten oder versuchen sich mit den Schwierigkeiten des Alltags aktiv oder leidend auseinanderzusetzen. Aber im Grunde können sie doch idyllische Naturen bleiben. So wird durch die italienische Lyrik, die in dieser Blütenlese vereinigt ist, eine gewisse Heiterkeit genährt.

Die Dichter, die noch tief im vergangenen Jahrhundert wurzeln, nehmen das Dasein viel leichter, man möchte sagen: viel kurzsichtiger, während die Jüngeren mit einem schon aufflammenden Gewissen der untern Schicht des Volkes nahen, der sie zum Teil selbst entstammen. Man lese zum Beispiel die Gedichte *Giovanni Bertacchis*, der bald 60 Jahre sein wird. Er ist der Verfasser des Canzoniere delle Alpi. Der Name dieses Buches verrät, daß dem Dichter an der Einsamkeit liegt. Er wandelt gern durch die Frische der heimatlichen Berge. Und er preist sich schon glücklich, wenn hinter ihm die friedliche Herde einherwandert. Alles in diesen Gedichten ist Sang, ist Reim, ist Stimmung. Noch tönen die harmonischen Klänge der Heineschen Lyrik, die in Italien auch von Lorenzo Stecchetti aufgenommen wurde, nach. Das Sarkastische wird absichtlich vermieden. Man beschränkt sich darauf ⟨und ist sehr zufrieden sich zu beschränken⟩ in einer kleinbürgerlichen Behaglichkeit die winzigen Freuden des Landlebens zu genießen. Nicht gerade, daß der große metaphysische Schwung diese Dichter bewegt. Der Turiner *Enrico Thovez*, auch einer von diesen Dichtern der ältern Schule, wird schon etwas schwermütiger, wenn er seine Gedichte von der Liebe und dem Tod sammelt.

Bei den Italienern, die um die Vierziger stehen, etwa bei *Camillo Sbarbaro* aus Santa Margherita, ist die Stimmung schon viel intensiver. Hier vertraut man nicht mehr den landläufigen Gefühlen, hier will man auch die Untertöne der

Empfindung in der eigenen Seele und bei den Nebenmenschen erlauschen. Pianissimo heißt ein Gedichtbuch /Florenz, La Voce/, also Ganz leise. Der Titel ist charakteristisch. Die Sordine wird auf das Instrument der Dichtung aufgesetzt. Der Dichter will die Welt abhorchen:

»Ich seh mich ganz einsam unterm Kirschenbaum am Wege
Und streichle mit den Händen das Gebeb der Gräser.«

Inmitten der sonnigen Landschaft zieht *Guiseppe Ungaretti*, der die Kriege der Erde besingt und also Anlaß nimmt dem Grausigen nicht auszuweichen, die Bilanz seiner Trübsal, und er dichtet, indem er nachdenklich auf einem Stein sitzt:

»Ich bin eine Kreatur wie dieser Stein von Sankt Michael,
So kalt, so hart, so verbittert, so gänzlich seelenlos.
So gänzlich seelenlos wie dieser Stein bin ich gefügt,
Unsichtbar mir selber.«

Alle diese Dichter sind Meister der Form. Sie leben vollständig von der Tradition, ja sogar von der klassischen Erstarrung der lateinischen Prosodie. Sie merken dabei gar nicht, daß eins der höchsten lateinischen Genies, daß Victor Hugo in der Einleitung zu seinen Gedichten immer wieder die Vorherrschaft des Gedankens über die Form betonte. Gerade dieser geniale Former, dem kein Geheimnis des innern Gesangs verschlossen blieb, spürte die Monotonie, der das ewig gebundene Talent verfallen kann, und es überrascht gar nicht, daß *Filippo Tommaso Marinetti*, ein Mann von ganz anderer Art, in seiner Verachtung der überlieferten Form, mit Victor Hugo, dem großen Bewältiger der repräsentativen Ode und Kanzone, verwandt ist. Schon 1909 lancierte Marinetti sein erstes Futuristenmanifest. Damals war die Welt ziemlich ruhig. Damals wollte man eigentlich ungestört bleiben, wenn man alexandrinisch eine Dichtkunst pflegte, die in der Hauptsache der gesellschaftlichen Unterhaltung diente. In der Lyrik herrschte ein Stil, der eben nur Stil war. Sogar das lyrische Rebellentum eines Carducci wurde zurückgedrängt, der leidenschaftlich von Dingen seines Landes bewegt wurde. Damals, als Marinetti sein Futuristenmanifest in die Welt sandte, war er nicht viel mehr als eine Sensation. Er war aber unermüdlich. Er opferte das Geld, das ihm die Geburt gesichert hatte, um die Länder zu durchfahren. Er diskutierte mit so starken, hymnisch aufgelegten Barden wie etwa Emile Verhaeren nächtelang. Die europäischen Persönlichkeiten, die sich lyrisch manifestierten, wollten mit ihm fertig werden. Sie spürten, daß in ihnen etwas erschüttert wurde. Man mußte die Vergangenheit verschütten. Man mußte nicht nur der überlieferten Auffassung von künstlerischen Dingen sondern nicht minder der Überlieferung des Formalen trotzen. Marinetti hat damals in den Köpfen Europas eine merkwürdige Unruhe erregt. Es ist kein Zweifel, daß er stärker als Herold denn als Mann der Tat war. Im Grunde war er ein romantisches Gemüt. Er war sehr glücklich, daß er die Klassik hinter sich ließ. Er war aber noch glücklicher, daß er nicht nur zu negieren brauchte und auch eine neue leidenschaftliche Erwerbung preisen durfte, die Entdeckung des Naturerlebens:

»Ich fühle, meine Brust wird offen wie ein großes Loch,
Und alles Himmelsblau, leicht, frisch und stürmisch,
Senkt sich mit Köstlichkeit in mich hinein.«

Poesie und Nichtpoesie wird in der revolutionären Lyrik der Futuristen ganz anders getrennt als bei Benedetto Croce, dem vorsichtigen Gelehrten, dem universalsten italienischen Kopf, der neben seinen Moralbetrachtungen und volkswirtschaftlichen Studien auch das Gebiet der Ästhetik in den Bereich der Gedanken hineinzog. Der Amaltheaverlag in Wien darf sich das Verdienst zuschreiben das Wichtigste aus den Werken Croces, also auch das Buch Poesie und Nichtpoesie, den Deutschen zugänglich gemacht zu haben. Aber gerade, wenn man die gelehrte Zergliederung studiert, die Croce an den italienischen und den französischen Dichtern des 19. Jahrhunderts vornimmt, begreift man die Gefahr, mit der die Vergangenheit die produktive Gegenwart überschattet. Croce ist ein bedeutender Kopf, ein unermüdlicher Arbeiter, ein objektiver Literaturrichter. Keine Quelle der Erkenntnis entgeht ihm. Aber wenn er sich mit lyrischen Gedichten befaßt, tadelt er immer wieder die zerrissenen Dichter, das heißt auch die nervöseren, um die unvergängliche Liebenswürdigkeit der glatteren und gefälligeren zu preisen. Der Pazifismus, der hier in dem Kampf um das Lyrische gehegt wird, scheint eben nur einer sehr bedenklichen Friedensseligkeit zu gleichen. Vergißt man nicht um der Gerechtigkeit willen den ehrwürdigen Namen des italienischen Philosophen zu nennen, so möchte man sich doch eher zu dem Herold des Futurismus bekennen, weil das Zukünftige wichtiger ist als das Vergangene. Schließlich faßt man auch nicht die Vergangenheit, wenn man nicht für die Zukunft gestaltet.

**Griechenland** Die Neugriechen sind nicht so kühn wie die kühnsten Italiener unserer Tage. Sie haben sich auch vereinigt, um einem ihrer dialektischen Führer, dem jungen Tellos Agras, die Herausgabe einer Sammlung der neugriechischen Lyrik anzuvertrauen. Οἱ νέοι heißt charakteristisch genug dieser Sammelband, der bei Elevtherudakis in Athen erschien. Es sind wirklich ganz junge Leute, die sich da vereinigen. Viele von ihnen zählten nach 1920 kaum erst 25 Jahre. Die allererste Blüte wird erhascht. *Kostis Welmiras*, der Kreter *Wrissimotzakis* und die Schauspielerin und Dichterin *Mirtiotissa* seien nur erwähnt, um einige Namen zu bringen. Gewiß, wenn diese Dichter sich in Theorieen auslassen, dann möchten sie gern sich ganz von der Vergangenheit befreien. Aber diese Emanzipation ist im hellenischen Orient, wo man noch nicht einmal Klarheit über den Unterschied zwischen der Volkssprache und der dem Altgriechischen nachbetenden gelehrten Sprache gefunden hat, nicht so leicht zu vollziehen. Die ganz Modernen, die auch mehr sklavisch als selbständig den Futurismus nachahmen, sind unsicher. Sie haben nicht die tiefen kulturellen Zusammenhänge, auf die Marinetti verweisen kann, wenn er sich gegen die Tradition auflehnt. Sie sind noch nicht verzweifelt genug, um das autonome Spiel mit sich selber auf Tod und Leben aufzunehmen. Das Patriarchalische sitzt ihnen noch allzu stark im Nacken. Und trotzdem auch hier der Versuch den erwachenden Sinnen ihr Recht zu verschaffen. Die Unmittelbarkeit soll sprechen. Aber nur in wenigen Stücken, so in Wrissimotzakis' Gedicht Das hellenische Meer gelingt das. Alles andere scheint unangebracht und von ganz Europa geborgt. Diese griechischen Dichter entleihen ihre Großstadt- und Dekadenzstimmungen fremden Gemütern. Alle strömten in sie hinein: Verlaine und Baudelaire, d'Annunzio und Heine und Schlaf, George und jener Dadaismus, der in Bukarest ebenso wie in Genf zu Hause ist. Wenn sie eine Bohemekneipe besingen, so finden sie noch keinen echten Ton.

**Frankreich** Das Auffallende an der Erzählungsliteratur der jungen Franzosen ist augenblicklich ihr Regionalismus. *Edouard Herriot*, der als Politiker der ganzen Welt dienen möchte, verkriecht sich, wenn er seine Ferien durchträumen darf, auch in einen engen Winkel. Seine Sehnsucht scheint dann nicht dem Internationalismus sondern dem seligen Regionalismus zu dienen. Er durchwandert den romantischen Wald, und sein Buch Dans la forêt normande /Paris, Hachette & Cie./ ist ein Zeugnis dieser Einkehr. Man darf sagen, daß diese Liebe zur Scholle augenblicklich das Merkwürdigste der französischen Geistigkeit ist. Die Académie Goncourt hat ihren vorletzten Preis an *Alphonse de Châteaubriant* für seinen Roman Schwarzes Land verliehen, der jetzt auch deutsch, im Verlag Die Schmiede in Berlin, erschien, und seinen letzten Preis für den Wildererroman Raboliot von *Maurice Genevoix* /Paris, Bernard Grasset/. Beide Bücher sind Romane regionalistischer Schriftsteller. Das »schwarze Land« ist die Bretagne, in ihrer Großartigkeit, mit ihren primitiven Menschen, die mit Wasser und Mooren existieren. Auch die Wildererergeschichte ist ganz Dorferzählung. Bauern und Jäger werden beschrieben. Das französische Land ist nicht mehr nur Paris. Die Provinz wird durchleuchtet. *Georges Duhamel* ist zwar ein Pariser, aber doch innerhalb der Riesenstadt ein Regionalist. Seine Erzählungen Die Gottverlassenen erschienen deutsch im Interterritorialen Verlag Renaissance in Wien, sein Roman Zwei Freunde kam im Propyläenverlag in Berlin heraus. Es wird mit einer gewissen Selbstverständlichkeit vermieden, daß ein Mensch nach der Großartigkeit äußern und innern Erlebnisses trachtet. Duhamel, ein Lyriker, der das Weltgefühl pries, will ganz kleinbürgerlich zusammengeschrumpfte Wesen zeichnen. Fast priesterlich bemüht er sich um diese Kleinbürger, die mit den winzigsten Gnaden des Schicksals zufrieden sind und am kargen Essen, Trinken und Lieben schon all ihre Sehnsucht erfüllen. Man kann nicht sagen, daß diese Beschränkung einer Schwäche entspringt. Duhamel und Francis Jammes und selbst *Francis Carco*, der die Sphäre der bürgerlichen Reinlichkeit verläßt, um das Laster und die Prostitution in ihrem Zusammenhang mit der Gesellschaft zu beleuchten (Les innocents /Paris, J. Ferenczi & Fils/, Der Gehetzte, An Straßenecken /Berlin, Verlag Die Schmiede/): sie alle sind der großen Worte etwas müde geworden. Sie alle haben sich zu Herzen genommen, was einstmals Henri Barbusse in seinem Roman Clarté den Schriftstellern seines Landes anriet: sie sollten sich vor den aufgeplusterten Worten und vor den groß-

artigen Ereignissen hüten, sie sollten das Leben an seiner grauen Seite nur nehmen. Nun, alle diese Erzähler, zu denen auch Jules Romains zählt, scheuen sich nicht das Leben auch ein wenig von seiner rosigen Seite zu betrachten. Es sind gerade die Moralisten und Pessimisten von einstmals. Sie vertiefen sich mit besonderer Vorliebe in die Seele des zarten jungen Mädchens. Nichts anderes tat *Romain Rolland*, als er die Geschichte von Annette und Sylvia schrieb, deren 2. Band kürzlich deutsch herauskam (Sommer /München, Kurt Wolff/). In das bürgerliche Geschehen kommt aber unversehens die Schwere des Seins. Ein einfaches Menschenkind, ganz zufrieden in der Winzigkeit seiner Tage, scheint auch die Lucienne des *Jules Romains* /Berlin, Propyläenverlag/. Was sie erlebt, ist ein Vorstadtleben in Paris. Der Boulevard wird selten beschritten. Es ist, als scheuten sich die Dichter längst den von Lichtreklamen übergossenen, von Autos durchsurrten, von Ausschreiern durchstürmten, von Hochstaplern durchspähten großen Boulevard aufzusuchen. Es wird scheinbar jenes Paris abgeleugnet, das im Fieber glüht. Es wird jenes Paris bewundert und fast psalmodisch gerühmt, das sich an kleinen Daseinsgenüssen erquickt und ergeben leidet, wenn Blut und Wonne etwas stärker werden. Diese Schriftsteller wollen beinahe linkisch sein und den linkischen Lebensgenossen in die Liebe ihrer Nächsten hineinheben. Sie sind gar nicht, was man mondäne Schriftsteller nennt. Und doch ist das alles nur so, wenn man ihre Bücher von außen sieht. Auf deren Grund liegt noch etwas ganz anderes, das unaufhaltsam alles einbezieht, was eben noch so bewußt ausgeschlossen war. Und was eben noch so simpel, klar und klein war, weitet sich zur Welt, wird undurchsichtig und rätselhaft. Keine intellektuelle Unklarheit, die sich mystisch gebärdet, wie wir sie bei so vielen deutschen Schriftstellern kennen. Es ist die stumme Sprache der Dinge, die die Verstandesklarheit absurd erscheinen läßt.

**Fünfzigjährige** Die Sechzigjährigen, nach Hauptmann und Schnitzler, Schlaf und Fulda (siehe diese Rundschau, 1922 II Seite 898 und folgende) auch Max Halbe und Emil Strauß, vor allem aber Arno Holz und der jüngst verstorbene Moritz Heimann, gehörten alle noch in ihrem theoretischen Denken und in ihrer poetischen Arbeit zum Naturalismus. Die jetzt 50 Jahre wurden und eben diese Lebenswende melancholisch oder freudig begingen, fühlten, als sie begannen, den Gegensatz zu diesen energischen Bejahern des Alltags. Ihre Phantasie arbeitete leidenschaftlicher, man möchte sagen: sie vagabondierte. Die Logik des Erdengeschehens lag ihnen weniger am Herzen. Sie wollten nicht nur überzeugen sondern priesterlich überreden.

Das zeigt sich ganz deutlich, wenn man das überschaut, was *Herbert Eulenberg* bis jetzt geschaffen hat. Der Verlag Engelhorn in Stuttgart feierte seinen 50. Geburtstag durch eine 5bändige Auswahlausgabe seiner Werke, die alles Wesentliche enthält: der 1. Band die Lyrik und einige dramatische Dichtungen, der 2. die Dramen aus der Jugendzeit, der 3. die Dramen aus dem Mannesalter, der 4., unter dem Titel Schattenbilder und Lichtbilder, die Essays über einzelne Persönlichkeiten, endlich der 5. die Erzählungen. ⟨Hervorzuheben ist, daß diese Ausgabe in einer schönen Antiqua gedruckt und in schönem grünen Leinen gebunden ist.⟩ Eulenberg war sich klar bewußt, daß er fast närrische Menschen gestaltete. Er wollte auch gar nicht, daß diese Menschen in ihrer klar gezeigten Persönlichkeit blendeten. Er wollte nur ein Symbol geben. Anna Walewska und Münchhausen und Blaubart sind solche Symbolgestalten.

Ähnlich auch *Wilhelm Schmidtbonn*, der den Landstreicher oder den Grafen von Gleichen, sogar den Heiland Jesus Christus auf die Bühne brachte. Es soll hinter dem Menschen noch eine metaphysische Kreatur stehen, die das schwärmerische Ingenium beflügelt. Bei Schmidtbonn ist diese Neigung zum Symbol besonders stark vorhanden. Wenn er rheinische Flößer- und Bauerngeschichten erzählt, so muß die Landschaft mit den Menschen fast gespenstisch zusammenwachsen. Es ist da eine geheime Seelenkraft vorhanden, wie sie nur der Gottgläubige wähnt und sucht. Die Träumernatur überwiegt in Schmidtbonn wie in Eulenberg. Die Traumdeuterei ist das Handwerk beider Dichter.

Die Traumdeuterei ist die Kunst der auch 50jährigen *Else Lasker-Schüler*. Sicher ist es, daß sie ganz aus ihrem Innern eine östliche Welt erbaut, die nur ihre Phantasie erfliegen durfte. Sie ist befreundet mit allen morgenländischen Fürsten, mit allen biblischen Schönheiten und Psalmensängern. Der Stab ihrer orientalischen Anbeter, die ihr Zärtlichkeit, Geschmeide und unvergängliche

Weisheit schenken, ist unermeßlich. In dem Besten, was sie aus diesen Träumen schöpfte, redet wirklich eine solche innere Stimme. Vielleicht wurde sie einstmals zu geheimen Geistern abgeholt, um sich wie Moses mit dem brennenden Dornbusch zu besprechen oder Unterhaltung mit der delphischen Pythia zu pflegen, oder auch Schehersad hat ihr Märchen erzählt, deren Aufzeichnung die arabische Königin einstmals vergaß. Sie ist eine große Dichterin von Mythen und wurde selber ein Mythos.

Als *Jakob Schaffner,* heute auch 50 Jahre alt, zu schreiben begann, war er wirklich und ehrlich ein wandernder Schustergeselle, ein Schweizer, entstammend den gleichen Handwerkergeschlechtern, die auch die Ahnherrn des helvetischen Realisten, des grimmigen und zugleich sonnigen Gottfried Keller, sind. Eduard Korrodi, der kluge Betrachter der Schweizer Dichtung, hat einmal darüber geklagt, daß die besten Nachfahren Kellers nicht über ihren Alpenhorizont hinauskämen. Sie bewegen sich ständig, um ein Kellersches Wort zu brauchen, zwischen Schweinetrog und Alpenglühen. Dieses Gebiet, das der Dichter durchforscht, ist nun durchaus würdig eines schönen Ingeniums. Und wirklich, wenn auf dieser Strecke Jakob Schaffner den Jonathan Bregger, den vagabondierenden Schustergesellen, entdeckt und seine Irrfahrten beschreibt, so tut er nicht nur ein nützliches sondern auch ein sehr erbauliches Werk. Die Poesie des Gemütlichen, des gar nicht Geistlosen des Kantönligeistes, das wurde in diesem ersten Schaffnerschen Buch sehr entzückend geschildert und mit Psalter und Harfe besungen. Das Buch, umwegig, verplaudert, dialektisch eingefärbt von einem Erzähler, der eben noch durchaus bei sich beheimatet war, mußte gefallen. Es war dem originalen Talent entsprungen. Es wirkte so gültig, daß auch der feinere Kopf berührt wurde, weil das zartere Herz den Reichtum des Erzählers spürte. Schaffner durfte bald volkstümlich werden. Er wuchs ins Breite. Er verließ seinen Kanton, er kultivierte sich, er wurde ein deutscher Schriftsteller, nahm in schweren Zeiten Partei für ein Deutschtum, dessen beste Offenbarungen er sich autodidaktisch angeeignet hatte, und konnte nun mit einer gewissen Behaglichkeit zu seinen neuen Landsleuten reden. Er wurde immerhin ein Liebling des Volkes. Das bedeutet, er adelte die Hausbackenheit. Man fühlt sich ihm befreundet, wenn man sonntäglich weich wird. Zu bemerken ist noch, daß die Deutsche Verlagsgesellschaft Union in Stuttgart es sich hat angelegen sein lassen fast alle Bücher Schaffners in sauberen, anspruchslosen, aber gerade darum dem Auge wohltuenden Ausgaben herauszubringen. Es sind dort die Novellenbände Die Laterne, Die goldene Fratze und Brüder und die Romane Konrad Pilater, Der Dechant von Gottesbüren, Die Weisheit der Liebe, Kinder des Schicksals, Das Wunderbare und der »Roman einer Jugend« Johannes vereinigt; dazu kam dann noch der neueste Roman Die Glücksfischer, der in einer Übersicht über die epische Literatur der letzten Jahre zu erwähnen sei.

Almanache

Mit Geschmack, mit Aufopferung und auch mit Gelehrsamkeit wird der *Amaltheaverlag* in Wien geleitet. Der Amaltheaalmanach für 1926 gibt Zeugnis von einer gewissen Universalität. Der Inhaber des Verlags, Heinrich Studer, ist ein Schweizer, der in Wien ansässig wurde. Schweizerisches Schrifttum und ästhetische Kultur, das sind die Gebiete, die er besonders ans Herz nahm. Die österreichische Biographie wird vom Amaltheaverlag fortgesetzt; aus den Archiven der Wiener Museen und Bibliotheken werden Dokumente hervorgeholt, die Kunstgeschichte und Memoirenliteratur wertvoll bereichern. Hervorgehoben werde auch das Verdienst, das sich der Amaltheaverlag um die Verdeutschungen der Werke Benedetto Croces erwarb.

Der Leipziger Verlag *Paul List* brachte seinen Almanach auf das Jahr 1926 heraus. Der junge Verlag ging gleich sehr kühn an die Arbeit. Er veröffentlichte besonders die Meisterwerke der epischen Weltliteratur. Und von all dieser Bemühung gibt der Almanach ein schönes und einleuchtendes Bild.

Nicht so jung und mutig sich gebärdend, aber von feststehendem Wert ist das, was durch den Jahresalmanach des Verlags *S. Fischer* in Berlin manifestiert wird. Männer des großen Ruhms, Hauptmann und Thomas Mann und Schnitzler und Hofmannsthal und andere, steuern zu diesem Almanach bei. Die Jüngeren sind in ihm freilich ein wenig ins Hintertreffen geraten.

Bei *Orell Füßli* in Zürich erschien ein Almanach, der sich besonders mit Schweizer Literatur und Kunstgeschichte beschäftigt: Dinge, die aber auch in Deutschland beachtet werden sollten, da es uns wichtig ist oder sein sollte zu erkennen, wie sich das Deutsche außerhalb der Reichsgrenzen gestaltet.

**Totenliste** Die Studentenvereinigung in Lund beschloß die sterblichen Überreste *Ola Hanssons*, der im September 1925 in der Nähe von Konstantinopel, kurz vor seinem 65. Geburtstag, starb, auf eigene Kosten nach Lund zu überführen und dort beizusetzen. Hansson war schon in jungen Jahren nach Deutschland übergesiedelt, wo er sich mit den Brüdern Hart befreundete. Er war mit Laura Marholm verheiratet. Seine Essays, die ihn bekannt machten, sind in Buchform, in den Bänden Das junge Skandinavien und Sensitiva Amorosa, erschienen.

Anfang Oktober schied der finnische Dichter *Runar Schildt* im Alter von 37 Jahren freiwillig aus dem Leben. Finnland verlor dadurch eines seiner stärksten Talente. Sein Drama Die große Rolle ist mit starkem Erfolg in Skandinavien aufgeführt worden.

Am 20. November erlag in Warschau *Stefan Zeromski*, 61 Jahre alt, einem Lungenleiden. Er war der bedeutendste polnische Prosaist der Gegenwart. Seine Romane und Novellen zeichnen sich durch Fülle und Tiefe der Probleme, durch hohes Ethos und durch Schönheit und Reichtum der Sprache aus. Tiefe Einsicht in die menschliche Seele und verstehendes Menschentum waren dem Dichter Zeromski eigen. Europa ist um einen bedeutenden und ganz eigenen Geist ärmer geworden.

Am 4. Dezember starb in Warschau auch *Wladislaw Stanislaw Reymont*, 57 Jahre alt, an einer Lungenentzündung. Seinen Weltruhm verdankt er seinem großen Roman Die polnischen Bauern, der 1924 auch mit dem Nobelpreis ausgezeichnet wurde; er erschien in deutscher Übersetzung bei Eugen Diederichs in Jena, der jetzt auch eine gekürzte, in einem Band zusammengefaßte Ausgabe dieses Werkes veranstaltet hat.

**Kurze Chronik** Der Kleist*preis* für 1925 ist Carl Zuckmayer, für sein Lustspiel Der fröhliche Weinberg, der Grillparzerpreis Franz Werfel, für sein Drama Juarez und Maximilian, zuerkannt worden. ◇ Die *Bücherausfuhr* aus Deutschland zeigt von 1913 bis 1924 einen Rückgang von fast 60 %; im Gegensatz dazu hat sich der Bücherexport Frankreichs im Jahr 1924 gegen 1923 verdoppelt. ◇ Ein *Romain Rolland-Archiv* wurde von Emil Roniger in Weinfelden in der Schweiz gegründet. ◇ Zu Ehren *Frédéri Mistrals*, des Dichters der Provence, wurden in Cassis 2 Gedenktafeln mit Versen aus Calendal enthüllt, die eine am Bahnhof, die andere im Gemeindehaus. ◇ Zur Feier des 60. Geburtstags *Max Halbes* veranstaltete das Theatermuseum in München eine Max Halbe-Ausstellung, in der Bildnisse, Handschriften, Erstdrucke, Szenenbilder gezeigt werden. Auch wird eine Straße Münchens nach Halbe benannt.

**Literatur** Die letzten Briefe *Oscar Wildes*, also jene, die der Dichter aus seiner armseligen und verlorenen Pariser Zeit schrieb, erschienen, von Max Meyerfeld verdeutscht, bei S. Fischer in Berlin. Nachdem Oscar Wilde Reading Goal verlassen hatte, glaubte er sich noch unverwüstlich an Kräften, und er meinte, daß er durch seine Feder oder auch durch seine Liebenswürdigkeit und seine aristokratischen Manieren noch einmal die ganze Welt gewinnen würde. Er baute Luftschlösser. Aber der Widerstand, den man dem unterhöhlten Genie entgegenbrachte, war nicht mehr zu brechen. Diese Briefe sind Briefe der Verzweiflung. Wilde konnte den Untergang nicht mehr aufhalten, und er starb, von einem Nichtsnutz ausgesogen und ausgeraubt, in dem elenden Hotelzimmer, das seine letzte Zuflucht war. ◇ Am 13. Oktober 1918 fiel *Gerrit Engelke* 27jährig bei Cambrai. Eins der letzten Geschosse des Weltkriegs verirrte sich zu ihm. Er war der Dichter des Rhythmus des neuen Europäers. Seine Gedichte erschienen bei Eugen Diederichs in Jena, sie verrieten eine erstaunliche Überkraft. Nur konnte er nicht mehr vollenden, wozu er wahrscheinlich berufen war. Wenn Jakob Kneip jetzt Briefe der Liebe von Gerrit Engelke veröffentlicht /München-Gladbach, Orplidverlag/, so ehren diese Blätter der Erinnerung den Herausgeber wie den Toten gleicherweise. Engelke schrieb diese Briefe der Liebe an seinen Freund. Prosa und auch mancher Vers ist eingestreut. Die Biographie des unbekannten Soldaten wird wieder einmal rührend erleuchtet. ◇ Wenn *Oskar Loerke* in seinem Sammelband Essays über Zeitgenossen aus vielen Zeiten vereinigt /Berlin, S. Fischer/, so will er mit diesem Titel eine bestimmte Geistesrichtung bezeichnen. Es ist nämlich ein sehr energischer L'art pour l'art-Standpunkt, dem Loerke huldigt. Während vieles abgewiesen wird, was sonst auch Klang und Ruhm hat, bezeugt der Essayist seine Verehrung nur einigen seltenen Genossen, die er sich in allen Jahrhunderten sucht. Der Essayband reicht trotzdem von Bach bis zu Dauthendey.

# KULTUR

**Technik / Heinrich Lux**

**Italien**

Schon vor dem Krieg hatte die oberitalienische Industrie eine nicht zu unterschätzende Bedeutung. Auf manchen Gebieten, insbesondere im Automobilbau, dem Bau von Dampfmaschinen, Turbinen und Elektrizitätsgeneratoren, hatte sie geradezu vorbildliche Leistungen zu verzeichnen. Trotzdem war Italien bis zum Weltkrieg im wesentlichen als Agrarstaat anzusehen; bestanden doch damals noch nicht 3000 Industrie- und Handelsbetriebe auf Aktiengrundlage mit insgesamt kaum 5,5 Milliarden Lire Kapital. Dieser Zustand wurde mit dem Mangel Italiens an Eisen und Kohle begründet. Aber schon vor dem Krieg suchte man diesen Mangel durch den Ausbau der reichen italienischen Wasserkräfte auszugleichen, und der Zwang des Krieges hat diese Entwickelung beschleunigt. Die Elektrostahlerzeugung, die chemische Industrie und die Textilindustrie, besonders die Seidenindustrie, haben hiervon ganz unmittelbaren Nutzen gezogen, und damit sind denn auch die Zubringerindustrieen zu intensiver Tätigkeit angespornt worden, insbesondere die Eisenverhüttung, die Gewinnung von Schwefel- und Salpetersäure, das Baugewerbe und der Schiffbau. Die Stahlerzeugung, die 1924 monatlich rund 98 000 Tonnen betrug, war Mitte 1925 auf 130 000 Tonnen pro Monat gestiegen; eine ganze Reihe von Hochöfen wurde dabei neu in Betrieb gesetzt; die Schiffswerften, besonders in Venezien, wurden bedeutend vergrößert, allein in dem kleinen Ort Monfalcone bei Triest beschäftigt eine Firma 6000 Werftarbeiter; 73 Fabriken befassen sich mit der Herstellung von künstlichem Dünger; die Farbenindustrie deckt beinahe vollständig den gesamten Inlandbedarf, während vor dem Weltkrieg beinahe alle Farben aus Deutschland eingeführt wurden; die Kunstseideerzeugung kommt nahe an die deutsche heran. Die starke Zunahme der industriellen Arbeit in Italien spiegelt sich in der großen Anzahl neu errichteter Industrie- und Handelsunternehmungen wider. Im 1. Halbjahr 1925 wurden 1100 neue Aktiengesellschaften gezählt, davon gehören 64 zur chemischen, 64 zur mechanischen, 59 zur Textilindustrie, 33 sind elektrotechnische Großunternehmungen, 75 Baugesellschaften, 28 metallurgische Unternehmungen, 17 Bergwerke, 85 Unternehmungen der Nahrungsmittelindustrie, 45 Transport- und Verkehrsgesellschaften und 44 graphische Anstalten. In der gleichen Zeit haben 895 bestehende Unternehmungen ihr Gesamtkapital um 4,5 Milliarden Lire erhöht. Diese Bewegung hat sich in der 2. Hälfte des Jahres 1925 weiter fortgesetzt. Italien verwandelt sich also tatsächlich immer mehr aus einem fast reinen Agrarstaat in einen Industriestaat, der Weltgeltung für sich beansprucht und beanspruchen darf.

**Kunstseide**

Schon vor dem Weltkrieg hatte die Kunstseide eine nicht geringe wirtschaftliche Bedeutung, wurden doch vor 1913 jährlich etwa 5 Millionen Kilo erzeugt; während des Krieges und in der Nachkriegszeit ist jedoch die Produktion auf 65 Millionen Kilo jährlich in die Höhe geschnellt, wovon 16 Millionen auf Amerika, je 11 Millionen auf Deutschland und England entfallen. Ein wesentlicher Grund für diese enorme Steigerung ist in der Frauenmode zu erblicken, die jetzt dünne, glänzende Stoffe bevorzugt, für die die echte Seide das Vorbild gegeben hat, und die, dem äußern Ansehen nach, durch die Kunstseide vollständig ersetzt wird. Dazu kommt dann noch der große Bedarf in der Gasglühkörperindustrie, wo der Kunstseideglühkörper den Ramie- und Baumwollglühkörper immer mehr verdrängt. Die Fortschritte in der Kunstseidefärberei, die ursprünglich große Schwierigkeiten bereitet hatte, trugen weiter dazu bei der Kunstseide neue Gebiete zu erschließen. Sie bildet heute bereits vielfach den Rohstoff mannigfaltiger Textilwaren, vom Teppich bis zum feinsten Schleierstoff, und unter dem Namen Stapelfaser hat sie während des Krieges und der Nachkriegszeit in recht großem Umfang auch zur Herstellung von Herrenkleiderstoffen gedient. Da der Ausgangsstoff für die Herstellung der Kunstseide, der Holzzellstoff, durch die verhältnismäßig einfache Verwandlung in Kunstseide eine fast 100fache Wertsteigerung erfährt, so ist der Anreiz für die Kunstseidefabrikation sehr groß, und es ist deshalb auch noch eine beträchtliche Produktionssteigerung zu erwarten.

Kunstseide ist reiner Zellstoff, also ein vegetabiles Produkt, im Gegensatz zur Naturseide, das als Erzeugnis der Raupe des Maulbeerspinners animalischen Ursprungs ist. Bei der Herstellung des Kunstseidefadens wird das Spinnverfahren der Raupe des Maulbeerspinners nachgeahmt. Das heißt, es wird

aus sehr engen Düsen eine zähe und klebrige Lösung von reiner Zellulose zu einem Faden ausgespritzt, der beim Austritt in die Luft oder eine geeignete Flüssigkeit erstarrt und fest wird. Der Faden, der fast beliebig dünn gemacht werden kann, wird dann weiter in ganz ähnlicher Weise behandelt wie ein echter Seidenfaden. Man kann die Zelluloselösung auch gleich aus mehreren sehr feinen Düsen gleichzeitig ausspritzen und den Fäden beim Austritt aus den Düsen einen leichten Drall erteilen, so daß ein dem Kokonfaden sehr ähnliches Gespinst entsteht. Der echte Seidenkokonfaden hat zwar eine 3- bis 5fach höhere Zugfestigkeit als der Kunstseidefaden; durch die weitere Behandlung des echten Seidefadens sinkt dessen Zugfestigkeit aber so sehr, daß schließlich der Seidefaden nicht wesentlich fester als der Kunstseidefaden ist. Zur Herstellung der Kunstseide dienen heute 4 verschiedene Verfahren, die ein fast gleichwertiges Endprodukt liefern. Das älteste Verfahren rührt von Chardonnet in Besançon her, der 1885 dickflüssiges Kollodium, eine Lösung von Nitrozellulose in Alkoholäther in Wasser einspritzte, das dem Kollodium das Lösungsmittel entzog, wodurch der feste Kunstseidefaden entstand. Diese Kollodiumseide ist so leicht entflammbar wie Schießbaumwolle, und ein einziges kleines Fünkchen vermag ein ganzes Gewand aus Chardonnetseide im Augenblick zur vollständigen Verbrennung zu bringen, eine Tatsache, die in der ersten Zeit die Kunstseidefabrikation stark in Mißkredit gebracht hatte. Durch Behandlung der Chardonnetseide mit Schwefelammonium vermag man sie zu denitrieren, die Entflammbarkeit also stark herabzusetzen, aber trotzdem bleiben alle Kunstseideerzeugnisse weit leichter entflammbar als echte Seidenstoffe; bei der Benutzung von Kunstseide ist daher immer größere Vorsicht angebracht. Ein weiteres Verfahren zur Kunstseideerzeugung besteht in der Lösung von Zellstoff, der mit Natronlauge vorbehandelt war, in Kupferoxydammoniak und Einspritzen der Lösung in verdünnte Schwefelsäure. Das Erzeugnis, meist Glanzstoff oder Glanzseide genannt, ist gleichfalls reine Zellulose, die aber nicht weiter behandelt zu werden braucht, um ihr die hohe Entflammbarkeit zu entziehen. Ähnlich verhält sich die Viscoseseide. Zu ihrer Herstellung wird gewöhnlicher Holzzellstoff benutzt, der mit Natronlauge und Xantogensäure behandelt wird. Meist geschieht dies in einem einzigen Arbeitsgang durch Behandlung der Zellulose in alkoholischer Natronlauge mit überschüssigem Schwefelkohlenstoff. Es entsteht hierbei die sogenannte Viscose, eine äußerst zähe, schleimige, klebrige Flüssigkeit, die beim Einspritzen in eine warme Lösung von Ammoniumsulfat gallertartig erstarrt. Durch geeignete Nachbehandlung wird der aus zellulosexantogensaurem Natron bestehende Faden in Zellulosehydrat (Viscoseseide) verwandelt. Da bei dem Viscoseverfahren die Lösungsmittel fast vollständig wiedergewonnen werden können, so werden gegenwärtig nahezu 90 % der Kunstseide nach dem Viscoseverfahren hergestellt. Von großer Bedeutung ist dann noch die Azetatseide, die sich von den anderen Kunstseiden durch die geringste Entflammbarkeit auszeichnet. Als Ausgangsmaterial dient wieder Holzzellstoff, der mit Eisessig und Schwefelsäure in der Wärme behandelt wird.

Ein großer Nachteil aller Kunstseiden ist die verminderte Zugfestigkeit im feuchten Zustand, wovon auch die Azetatseide kaum eine Ausnahme macht. Auch beim Färben macht die Azetatseide größere Schwierigkeiten als die anderen Kunstseidearten; es ist aber zu erwarten, daß auch diese Schwierigkeiten bald überwunden sein werden, und dann dürfte die Azetatseide wohl eine bevorzugte Rolle spielen, da sie am meisten der echten Seide ähnelt.

**Totenliste**

Anfang Januar 1925 starb in Zürich der Professor für Baumechanik und Technologie der Baumaterialien an der Technischen Hochschule in Zürich *François Schüle*, im Alter von 65 Jahren. Er war auch Direktor der Eidgenössischen Materialprüfungsanstalt.

Der Chemiker und Technologe *Karl Engler*, der über ein Menschenalter an der Technischen Hochschule Karlsruhe wirkte, starb am 8. Februar, in seinem 83. Lebensjahr. Sein Laboratorium galt als eines der bedeutendsten Institute für die Erdölforschung. Ihm gelang als erstem die Herstellung des Petroleums aus tierischen und pflanzlichen Fetten, ferner, zusammen mit Emmerling, die künstliche Darstellung des Indigos. Im Krieg leistete er Hervorragendes durch Ersatz der uns fehlenden Rohstoffe.

Am 12. Juni starb in Berlin der Oberingenieur *Carl Giebeler*, in seinem 78. Lebensjahr. Er hat nahezu 47 Jahre an den Berliner Wasserwerken gewirkt und einen großen Teil der Pläne für die

Wasserversorgung Berlins entworfen und ausgeführt. Auch hat er sich mit der Geschichte des Wasserbaus ganz eingehend beschäftigt. So schrieb er eine Abhandlung über einige der ältesten Wasserleitungen und deren Beziehung zu den neuesten sowie über vorgeschichtliche Eisenschmelzstätten.

Am 18. August starb der frühere Direktor des Gasinstituts der Technischen Hochschule Karlsruhe *Hans Bunte*, einer unserer bedeutendsten Technologen, im Alter von 77 Jahren. Er war von 1884 bis 1887 Generalsekretär des Deutschen Vereins der Gas- und Wasserfachleute und wirkte fast ein Menschenalter an der Karlsruher Hochschule. Bunte begründete eine technisch und wissenschaftlich fundierte Gaswirtschaft.

Am 19. August starb der Hallenser Professor der Chemie und Leiter des Laboratoriums für angewandte Chemie *Ernst Erdmann* auf einer Ferienreise in Schweden an einem Herzschlag, 68 Jahre alt. Er hatte besonders der chemischen Technologie seine Aufmerksamkeit zugewandt.

Der Lehrer an der Hamburger Technischen Staatslehranstalt *Otto Schaefer* erlag im November auf einer wissenschaftlichen Forschungsreise nach Südamerika auf hoher See einer Blinddarmentzündung. Er ist nur 48 Jahre alt geworden. Von ihm stammen zahlreiche Abhandlungen über Spannungsmesser, Schwingungsvorgänge usw. Auch hatte er mehrere Apparate für technische Forschungen für diese Studienreise entworfen.

Am 7. Dezember starb in Berlin nach kurzer Krankheit im Alter von 55 Jahren *Georg Klingenberg*, Mitglied des Vorstands der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft. Klingenberg hatte seine erfolgreiche technische, insbesondere elektrotechnische Laufbahn als Assistent Slabys begonnen; aber schon als Assistent entfaltete er eine bedeutende praktische Tätigkeit beim Bau einer Reihe größerer Elektrizitätswerke. 1896 habilitierte er sich an der Technischen Hochschule Berlin; er las als erster in Deutschland über die Projektierung elektrischer Anlagen. Auch nach dem Eintritt in den Vorstand der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft setzte er diese Vorlesung auf Wunsch der Technischen Hochschule bis 1909 fort. Mehr als 70 Elektrizitätswerke, davon ein Drittel im Ausland, wurden nach Klingenbergs Entwürfen gebaut, darunter die riesigen Anlagen der Victoria Power Falls Company mit einer Gesamtleistung von 288 000 Pferdestärken. Seine wichtigste Leistung war das Großkraftwerk der Stadt Berlin am Rummelsburger See, das, im Jahr 1925 beschlossen, schon in diesem Jahr in Betrieb genommen wird. Klingenbergs besondere Bedeutung bestand in der wirtschaftlichen Durchdringung technischer Aufgaben. Er begründete die Elektrizitätswirtschaftsstelle. Zahlreiche Verbände leitete er als Vorsitzender, so den Verband deutscher Elektrotechniker, den Verein deutscher Ingenieure, den Deutschen Verband technisch-wissenschaftlicher Vereine. Klingenberg war eine genialische Natur von unerschöpflich scheinender Arbeitskraft und dabei ein besonders gütiger, hilfsbereiter Mensch.

**Kurze Chronik** Für einen brauchbaren Wärmezähler in Warmwasserheizanlagen ist vom Verband der Zentralheizungsindustrie in Berlin ein *Preisausschreiben* veranstaltet worden. Die Bewerbungen, denen ein gebrauchsfähiger Wärmezähler beizufügen ist, müssen bis zum 31. Dezember 1926 bei dem genannten Verband eingereicht werden. ◇ Vom 29. Juni bis zum 6. Juli 1925 tagte der 6. *internationale Kongreß für Photographie* in Paris, das anläßlich der Jahrhundertfeier der Entdeckung der Photographie durch Niepce als Tagungsort gewählt wurde. Besonders bemerkenswert war die vollständig gleichberechtigte Teilnahme der Deutschen. Die in Englisch, Französisch und Deutsch geführte Diskussion drehte sich um Fragen der Standardisierung für reine Photographie und Kinematographie. ◇ Die Bildtelegraphie hat durch Einführung der trägheitslosen photoelektrischen Zelle auf der Sendeseite an Stelle der Selenzelle in den letzten Jahren erhebliche Fortschritte gemacht. Nunmehr ist es Karolus vom Physikalischen Institut in Leipzig gelungen mit seiner *Karoluszelle* auch einen trägheitslosen und daher verzerrungsfrei arbeitenden Empfangsapparat zu schaffen. Die Karoluszelle nutzt die Eigenschaft des Nitrobenzols aus: doppelbrechend zu werden, wenn es sich im elektrischen Feld befindet. ◇ Die größte *Dieselmaschine* der Welt, die von Blohm & Voß in Hamburg nach den Patenten der Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg erbaut und im Kraftwerk Neuhof der Hamburgischen Elektrizitätswerke aufgestellt wird, leistet bei 94 Umläufen in der Minute 15 000 effektive Pferdestärken. ◇ Armstead hat ein *Schneefahrzeug* erfunden, das mit gro-

ßem Erfolg im vergangenen Jahr am Jungfraujoch erprobt worden ist. An Stelle der Kufen besitzt das Fahrzeug 2 rotierende Walzen, die mit Schraubengängen versehen sind, so daß sich das Fahrzeug gewissermaßen vorwärts schraubt. Die Steuerung geschieht durch Veränderung der Rotationsgeschwindigkeit der einen oder der andern Walze. ◇ Das neue *Telegraphenkabel* Emden-Azoren wird in Funchal an das amerikanische Kabel Azoren-New York angeschlossen. Zur Erhöhung der Telegraphiergeschwindigkeit wird die Kupferseele mit einem Band einer amerikanischen Eisenlegierung von sehr hoher Permeabilität umgeben. ◇ Die Elektrotechniker New Yorks beabsichtigen zu Ehren Edisons und seines Werkes einen *Wolkenkratzer* von 20 Stockwerken im Mittelpunkt New Yorks zu erbauen. Am Eingang soll eine 9 Meter hohe Bronzestatue Edisons stehen, und neben Bureau- und Geschäftsräumen wird ein großes Elektrizitätsmuseum im Gebäude seinen Platz finden. Edison und andere Erfinder werden gebeten alle Modelle und Zeichnungen ihrer Erfindungen diesem Museum zu überweisen. ◇ Systematische Messungen der aus der Atmosphäre niederfallenden *Ruß- und Staubmengen* haben in London ergeben, daß in den letzten Jahren 11,7 Tonnen Ruß und Staub auf das Quadratkilometer oder 11,7 Gramm auf das Quadratmeter niederfallen. ◇ In *Chile* wird von den Wasserkräften der Huilo-Huilo-Fälle, die 120 000 Pferdekräfte betragen, zunächst ein Teil von 30 000 Pferdekräften zur Gewinnung von elektrischer Kraft ausgebaut. Der elektrische Strom soll Metallwerke, ferner Papier- und Kalziumkarbidfabriken versorgen.

**Literatur**

Im Verlag von R. Oldenbourg in München sind 2 Arbeiten erschienen, die sich mit den technischen Möglichkeiten beschäftigen mit irdischen Mitteln sich von der Erde weg in den Weltenraum zu begeben, ein Problem, mit dem sich insbesondere Jules Verne in seinem phantastischen Roman Von der Erde zum Mond intensiv befaßt, und das nach ihm mancher andere behandelt hatte. In der ersten Arbeit: Die Rakete zu den Planetenräumen von *Hermann Oberth*, werden mit einem großen Aufwand von Rechnung die Bedingungen untersucht, wie ein irdischer Körper das Schwerefeld der Erde zu überwinden vermöchte. Der Verfasser gelangt hierbei zu einer Rakete oder vielmehr zu einer Kombination ineinandergeschachtelter Raketen, die mechanisch auf eine Höhe von rund 5500 Meter gehoben und von dort durch den Rückstoß von Verbrennungsgasen, zunächst des Alkohols und dann komprimierten Wasserstoffs, von der Erde weg in den Weltenraum getrieben werden. Die Konstruktion einer solchen Rakete und ihrer technischen Einrichtungen werden angedeutet, und es werden die Möglichkeiten erwogen auch Menschen mit einem derartigen siderischen Geschoß in den Weltenraum zu befördern. Bei dem Mangel an jeder Erfahrung über die wirklichen Verhältnisse, denen eine siderische Rakete im Weltenraum zu genügen hätte, zum Beispiel über das Verhalten der Metalle bei Temperaturen nahe dem absoluten Nullpunkt, wird mit Annahmen auf der Basis irdischer Erfahrungen gearbeitet; auch die rechnerischen und technischen Schwierigkeiten werden durch vereinfachende Annäherungen spielend überwunden. ◇ Auf dieser wissenschaftlichen Grundlage baut *Max Vallier* in seinem Büchlein Der Vorstoß in den Weltenraum weiter. Er sucht die Phantasmen Oberths zu übertrumpfen. Nicht nur daß er zu einem Versuch den Mond zu besiedeln anregt, wozu zweckmäßig ein kleiner Hilfsmond von der Erde aus zu errichten wäre, er spielt auch mit dem Gedanken dereinst die Menschen mit Lichtgeschwindigkeit aus unserm Sonnensystem heraus in den Weltenraum reisen zu lassen; freilich nur, um auf Grund physikalischer Erwägungen die Zwecklosigkeit eines solchen Unterfangens darzutun. Vorläufig begnügt er sich dazu anzuspornen zunächst einmal eine unbemannte Rakete nach dem Mond abzusenden, die, dort angekommen, eine genügende Menge bengalischen Feuers entflammen sollte, das einen kurzen Augenblick lang von unseren Sternguckern beobachtet werden könnte. Oberth schätzt die Kosten einer solchen Versuchsrakete auf 10 000 bis 20 000 Goldmark, Vallier kommt schon auf einige Millionen. Obwohl die hierfür verpulverten Millionen sicher zweckmäßiger angewandt wären als für die Inszenierung von Boxwettkämpfen, wird man in unserer gegenwärtigen Sorgenzeit doch wohl Dringenderes zu tun haben als durch eingehendes Studium und Kritik an den Einzelheiten beider Arbeiten den Nachweis zu erbringen, daß bei dem gegenwärtigen Stand der Technik auch eine bloße Versuchsrakete nach dem Mond das ihr gesteckte Ziel nicht erreichen würde.

# EINZELNES

## Neuerscheinungen

**Renan**

Wir stehen wieder im Zeichen der Jahrhundert- und der Halbjahrtausendfeiern. Die Erinnerungstage an die Reformation versetzten Europa, ja darüber hinaus die ganze protestantische Welt in Resonanz und ließen die jüngeren sowie die heranwachsenden Geschlechter das gesamte Reformationszeitalter selber noch einmal durchleben. Auf dem Gebiet der wissenschaftlichen Theologie stehen wir am Anfang der Gedenktage an die großen Bibel- und Evangelienforscher des 19. Jahrhunderts und ihre Werke. In solchen Zeitläuften erheben sich die Toten aus den Gräbern und reden wieder zu einer tausendköpfigen Menge, ja, wenn sich ihnen die gelesenste Tagespresse als Katheder bietet, zu Zehntausenden und Hunderttausenden. Unter diesen Bibelforschern erscheint als erster unter den ganz Großen Ernest Renan. 100 Jahre nach seinem Geburtsjahr erschien ein Buch Renan, d'après des documents inédits, von *Jean Pommier* /Paris, Perrier & Cie./.

Renans Leben ist voller Größe und Tragik, schließlich voll höchster Ehren, lange Zeit aber auch verbittert durch kränkende Zurücksetzung. In der frühesten Kindheit verliert er den Vater, der, um die verarmte Familie zu ernähren; wieder zu Schiff gegangen war und am Strand als Leiche, völlig entstellt, aufgefunden wurde. Näheres ist auch bis heute nach Pommier nicht bekannt. Des begabten Knaben, der zu Haus von seiner 12 Jahre ältern Schwester Henriette erzogen wird, nimmt sich die Kirche an, um ihn zum Priester auszubilden. Aber bereits mit 15 Jahren, so klagt ein Prälat, zeigt er sich in der Kirche und beim Ministrieren völlig teilnahmlos. Mit 18 Jahren fühlt er sich der Kirche vollständig entfremdet, und bereits Anfang der zwanziger Jahre steht ihm sein Plan, seine Lebensaufgabe fest. Er will die Geschichte Israels und die Ursprünge des Christentums erforschen. Jahrzehnte hindurch blieb seine Schwester Henriette seine treue Gehilfin und Mitarbeiterin, später ersetzt durch seine besonders dafür erzogene Tochter Noemi. Die Schwester Henriette wünschte, Renan solle heiraten; die Braut wäre da, Cornelie Scheffer, Holländerin, Nichte des berühmten Ary Scheffer. Aber als es mit der Heirat ernst werden soll, findet ein katastrophaler Umschwung in Henriette statt: Du hast mich verraten, sagt sie, an dem Tag, wo du mit einer andern vereint sein wirst, verlasse ich dich, nie wirst du mich wiedersehen. Alle Unwetter stürmten durch seine Seele, sagt Renan. Er greift zu einer List. Er erklärt, daß er Cornelie Scheffer nicht wiedersehen werde, er habe sie bereits davon verständigt. Am andern Morgen stürzt Henriette zu Cornelie Scheffer; eine Aussprache findet statt, beide schließen unter Tränen ewige Freundschaft, und die Heirat kommt zustande. Auf einer der Reisen im Orient stirbt Henriette an der Küste Syriens in einer Niederlassung der Maroniten. Während diese die Beerdigung besorgen, wird Renan selbst schwerkrank auf ein französisches Kriegsschiff transportiert. Bis zu seinem Tod taucht immer wieder die erschütternde Klage auf, ob er seiner treuen Mitarbeiterin gegenüber sich wohl dankbar genug erwiesen habe.

Renan wird Ritter der Ehrenlegion unter Napoléon III. Aber dem mehrfach zum Professor Ernannten werden sowohl öffentliche wie private Vorlesungen verboten; die Regierung befürchtet Unruhen. Da erscheint Ende Juni 1863 das lang vorbereitete Meisterwerk Renans, das Leben Jesu. Vor Ende des Jahres hat es 6 Auflagen erlebt; innerhalb eines Jahres war es in 12 Sprachen übersetzt. An Erfolg übertraf es, sagt Sainte-Beuve, die allerberühmtesten Romane. Die Tendenz läßt sich in den wenigen Worten Mohammeds aussprechen: Was waren alle die Propheten Allahs seit Anbeginn? Sie waren alle Menschen gleich wie wir, sie hungerten und dürsteten, sie mußten sich an Trank und Speise laben und starben endlich auch wie alle sterben. Rühmend hob man hervor, daß Renan auf seinen vielen Reisen das 5. Evangelium, die Landschaft, entdeckt hätte. Aber seine Gegner gerieten in eine Wut ohne Maß. Wie Macbeth, so erklärt ein berühmter Kritiker, habe Renan den Schlaf getötet; er habe die Moral, das Fundament jeder Ordnung, und den Staat unterminiert. Fortan rangiert Renan unter den ganz Großen, aber Vorlesungen darf er immer noch nicht halten. Und seine Feinde verbreiten, er habe, um das Christentum zu schädigen, vom Haus Rothschild für das Leben Jesu eine Million Francs erhalten. Im Jahr 1870 begleitet Renan den Prinzen Napoléon auf einer Reise in die nordischen Gewässer; unterwegs treffen beunruhigende Depeschen ein. Eines Morgens betritt Renan den Salon, der Prinz steht da, tief ernst, sinnend

auf die Erde blickend und ihm eine Depesche mit den Worten überreichend: »Das wird die letzte Dummheit der Regierung sein.« Der Krieg bricht aus. Renan steht wieder auf der Liste der zu Berufenden. Die Kaiserin Eugenie, jetzt Statthalterin, streicht mit kräftigem Zug den Namen Renan aus der Liste. Und noch einmal, nach dem Krieg, werden ihm öffentliche Vorlesungen untersagt: durch den Marschall Mac Mahon, jetzt Präsidenten der Republik. Aber nach dem Sturz Mac Mahons überhäuft ihn die Republik mit Ehren. Er wird Großoffizier und schließlich Kommandeur des Ordens der Ehrenlegion. Unter den Unsterblichen erhält er den Platz Victor Hugos. Seine Vorlesungen werden zu Ereignissen.

Ein merkwürdiges Erlebnis in einer völlig katholischen Gegend Europas könnte uns nachdenklich machen. Auf einer Reise in Sizilien im Jahr 1878 wird er von der Bevölkerung umjubelt; die Zeitungen berichten von seinen täglichen Handlungen, seinem Befinden, als ob ein Kaiser auf Reisen wäre. Kaum ist er 1879 in Ischia angekommen, als er einen ganzen Ballen von Briefen und Depeschen empfängt; er wollte incognito reisen, aber die Blätter Neapels hatten seine Adresse verraten, jeder bittet ihn um sein Autogramm, man stürmt die Post, um einen Brief oder eine Karte von ihm zu erhaschen, bei seinen Ausfahrten ist er gleich einem gekrönten Haupt der Gegenstand stürmischer Ovationen. Nähert sich die katholische Kirche einer schweren Krisis?

Als Politiker im allgemeinen Optimist, hegt Renan doch in mancher Hinsicht für die Kulturentwickelung gewisse schwere Bedenken. Wenn der Kirche einmal eine schwere Katastrophe naht, meint er, wenn sie sich einmal verloren glaubt, wird sie es mit einer nie geahnten Grausamkeit versuchen: elle mordra comme un chien enragé. Renan war Evolutionist, aber die neue Ethik jenseits von Gut und Böse, mit den Bildern der wildesten Raubtiere auf den Fahnen, die wüste Anbetung der Macht macht ihm Sorge; es wird zu »zoologischen Kriegen« kommen, man wird Völker und Rassen auszurotten suchen, als ob es sich um Scharen von Mäusen und Ratten handelte. Und um eines beneidet er die Jugend: Sie wird die Entwickelung der geheimen Triebe des Kaisers Wilhelm II mit leibhaftigen Augen sehen. In Worten und Handlungen Wilhelms II findet Renan »mystische und exaltierte Tendenzen«. Als er nun aber den Kaiser die Reisen nach Wien, Petersburg, Konstantinopel machen sieht und die begleitenden Brandreden liest, da schreibt er: »Ich bezweifle, daß der, in dessen Gehirn all so etwas entsprang, ganz gesund sein kann. Wir werden seltsame Dinge erleben.« ⟨Einige Monate später sagte Moltke, als er mit anderen Generalen im Berliner Schloß die Treppe hinunterstieg, das selbe in ähnlichen Worten voraus: »Der junge Herr wird uns noch manches zu raten aufgeben.«⟩

Auch im hohen Alter ist Renan der Richtung, die er ein halbes Jahrhundert innegehalten hatte, treu geblieben. Er war und blieb freundlich und milde, skeptischer Anhänger des guten alten Rationalismus, der Trias Gott, Freiheit, Unsterblichkeit. Unter den hohen schattigen Bäumen seiner kleinen Besitzung am Meer, sinnend und in die Ferne schauend, sagte Renan gelegentlich, seine geheimsten Gedanken offenbarend: »Tout est possible, même Dieu.« Und scherzend meinten seine Freunde: Renan wird wieder Priester, seine Gedanken beschäftigen sich dauernd mit Tod, Gott, Unsterblichkeit. Der Kirche bleibt er völlig entfremdet, er sucht sie nicht im mindesten und vermißt sie nicht im mindesten. Altar des lieblichsten Dankes wird ihm die Natur, und im sinnenden Schauen genießt er den Zauber des Heiligen, den Zauber der Sakramente. Ganz wie Goethe empfand er auch über die Unsterblichkeit. Ich hoffe, sagt er, »in Verbindung zu bleiben mit dem Licht, meine angefangenen Gedanken fortzusetzen, eines Tages die Wahrheit zu schauen und den Triumph des Guten zu erleben«.

Im Alter von 70 Jahren stirbt Renan, überhäuft mit Ehren wie ein ganz Großer der Erde, mit tiefster Ehrerbietung behandelt von den Seinen, von den Gelehrten, von der Regierung, als der freundlich milde Weise von Rosmapamon, seiner kleinen Besitzung in der Bretagne an der Küste. Die Beerdigung findet auf Staatskosten statt; aber im Panthéon ihn beizusetzen gelingt seinen Freunden nicht, dafür war Rom immerhin noch zu mächtig.

Was nun das Werk Jean Pommiers betrifft, so will ich nur eins sagen: Möge jeder der großen Evangelien- und Bibelforscher einen Biographen finden wie Jean Pommier, so nachdenklich und sinnend, so tief in der Analyse, so genial und wahrhaftig in jedem Pinselstrich, so schlicht und so groß in Auffassung und Komposition. **Adolf Siegfried**

VERANTWORTLICH FÜR DIE REDAKTION ELLA BORMANN / VERLAG DER SOZIALISTISCHEN MONATSHEFTE GESELLSCHAFT MIT BESCHRÄNKTER HAFTUNG / DRUCK DER BLÜCHER-DRUCKEREI GESELLSCHAFT MIT BESCHRÄNKTER HAFTUNG / SÄMTLICH IN BERLIN